



Bundesministerium
der Finanzen

Das Ministerium



Monatsbericht des BMF September 2008



Monatsbericht des BMF September 2008

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2008	27
Termine, Publikationen	29
Analysen und Berichte	31
Förderung von Wagniskapital	33
Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2007	43
Mitarbeiterkapitalbeteiligungen	49
Zur künftigen Entwicklung der Weltagrarmärkte	57
Mittelfristige Perspektive der öffentlichen Haushalte	63
Statistiken und Dokumentationen	71
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	74
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	98
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	102

Zeichenerklärung Tabellen und Grafiken

- nichts vorhanden;
- 0 weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts;
- Zahlenwert unbekannt;
- X Wert nicht sinnvoll.

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monatsberichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de> oder

<http://www.bmf.bund.de>

Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

in keinem anderen Wirtschaftssektor sind die internationalen Verflechtungen so groß wie auf den Finanzmärkten. Die Globalisierung stellt hohe Anforderungen an die Leistungsfähigkeit des Finanzplatzes Deutschland. Entsprechend stellt sich der Finanzmarktpolitik auch die Aufgabe, neue Finanzierungsmodelle für deutsche Unternehmen am heimischen Finanzplatz zu erschließen. Deutsche Unternehmen sollten nicht nur an ausländischen Finanzmärkten Zugang zu innovativen Finanzierungsmöglichkeiten finden, die ihnen Chancen auf Umsatzwachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen eröffnen. Gleichzeitig ist es ein zwingendes Gebot verantwortlicher Politik, die Risiken zu begrenzen, die mit Finanzinnovationen einhergehen können. Das belegen die jüngsten Entwicklungen an den Finanzmärkten einmal mehr.

Das Gesetz zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen und das Risikobegrenzungs-gesetz sind Ausdruck einer derart ausbalancierten Finanzmarktpolitik der Bundesregierung. Bewusst fördert die neue Regelung nicht die gesamte Private-Equity-Branche. Stattdessen greift die steuerliche Förderung genau dort, wo der Markt alleine nicht genügend Kapital bereitstellt, vor allem Wagniskapital in der Frühphase der Gründung innovativer, nicht an der Börse notierter Unternehmen. Denn ohne die Gründung neuer Unternehmen als Impulsgeber und Innovationsträger kann sich Deutschland auf Dauer im weltweiten Standortwettbewerb nicht behaupten. Gleichzeitig schafft das Risikobegrenzungs-gesetz mehr Transparenz und Rechtssicherheit auf dem Kapitalmarkt. So werden z. B. die Informationsrechte der Unternehmensbelegschaften bei Übernahmen konkretisiert, zugleich wird der Verbraucherschutz bei Kreditverkäufen gestärkt. Das



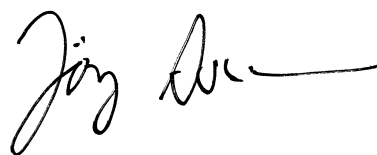
Risikobegrenzungs-gesetz ist ein wichtiger Beitrag zur Stabilität und damit zum Vertrauen der Menschen in die Finanzmärkte.

Zusätzlich will die Bundesregierung die Möglichkeiten für die Beschäftigten verbessern, an den Gewinnen und künftigen Ertragschancen der Unternehmen zu partizipieren. Deswegen hat das Bundeskabinett am 27. August 2008 den Ausbau von Mitarbeiterkapitalbeteiligungen beschlossen. Mit dem Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung wurde eine wichtige Regelung zur verbesserten Teilhabe von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern an „ihrem“ Unternehmen auf den Weg gebracht. Dazu wird die Kapitalbeteiligung der Mitarbeiter in Zukunft stärker gefördert werden. Neue Mitarbeiterbeteiligungsfonds für kleine und mittlere Unternehmen steigern die Attraktivität von Mitarbeiterkapitalbeteiligungen zum beiderseitigen Nutzen: Die Unternehmen verbessern ihre Eigenkapitalbasis sowie die Möglichkeiten zur Gewinnung und Bindung ihrer Beschäftigten. Diese wiederum bekommen die Chance auf einen fairen Anteil am Unternehmenserfolg und erhalten eine steuerliche Förderung mit dem Ziel privater Vermögensbildung. Es gilt jedoch immer das Prinzip der Freiwilligkeit. Die Mitarbeiterkapitalbeteiligungen müssen als „On-top-Leistung“ zum Arbeitslohn gewährt werden. Die Vermögensbeteiligung darf nicht durch Entgeltumwandlung finanziert werden, also aus Lohnbestandteilen, auf die die Beschäftigten arbeits- oder tarifvertraglich bereits einen Rechtsanspruch haben.

Die Situation auf den internationalen Agrarmärkten bleibt angespannt. Neben witterungsbedingten Ernteschwankungen tragen die wachsende Nachfrage nach hochwertigen Nahrungsmitteln und auch der anhaltende Bioenergieboom zum starken Anstieg der Preise für agrarische Produkte bei. Die begrenzt verfügbaren Anbauflächen und Wasserreserven verschärfen die Situation zusätzlich. Auch wenn sich eine gewisse Beruhigung abzeichnet, ist auf mittlere Sicht damit zu rechnen, dass sich die Preise für wichtige agrarische Rohstoffe auf hohem Niveau stabilisieren werden. Hieraus ergibt sich politischer Handlungsbedarf, weil die Nahrungsmittelsicherheit nicht nur agrarpolitische Fragen betrifft, sondern viele Politikbereiche unmittelbar berührt. Andererseits können hohe Preise der europäischen Landwirtschaft die Chance eröffnen, angemessene Einkommen auch ohne Subventionen der EU-Agrarpolitik zu erzielen.

Nachdem der Staatshaushalt im vergangenen Jahr zum ersten Mal seit der deutschen Vereinigung wieder mit einem Überschuss abgeschlossen hatte, geht das Bundesministerium der Finanzen in seiner aktuellen Finanzprojektion mittelfristig von einer Fortsetzung der günstigen Entwicklung aus. Trotz der Unternehmenssteuerreform und den zusätzlichen Ausgaben als Folge der Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst ist im laufenden Jahr nur eine leichte Verschlechterung des gesamtstaatlichen Finanzie-

rungssaldos zu erwarten. Insgesamt bleiben die Haushalte auch 2009 ausgeglichen. Setzt sich die Konsolidierung so wie von der Bundesregierung vorgesehen fort, ist in der mittleren Frist mit einer weiteren Verbesserung auf allen Ebenen zu rechnen. Hierzu trägt wesentlich der weiterhin moderate Ausgabenanstieg bei, der sich jahresdurchschnittlich bis 2012 auf 2 % beläuft – verglichen mit einem Anstieg des nominalen Bruttoinlandsprodukts von 3 %. Im Ergebnis wird die Staatsquote, also die Gesamtausgaben in Relation zum Bruttoinlandsprodukt, im Jahr 2012 vorraussichtlich nur noch 41 1/2 % betragen. Entscheidend ist: Auch konjunkturbereinigt verbessern sich die öffentlichen Haushalte mittelfristig weiter. Erst ein strukturell – d. h. ein von konjunkturellen und sonstigen vorübergehenden Schwankungen bereinigter – ausgeglichener Haushalt ermöglicht die Einführung einer neuen Schuldenregel, wie sie derzeit in der Föderalismuskommission II erarbeitet wird. Vom erfolgreichen Pfad der strukturellen Konsolidierung darf daher auch weiterhin nicht abgewichen werden.



Jörg Asmussen
Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2008	27
Termine, Publikationen	29

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich August beliefen sich auf 196,7 Mrd. €. Sie lagen damit um 9,0 Mrd. € über dem Vorjahresergebnis (+ 4,8 %) und damit in etwa auf dem Veran-

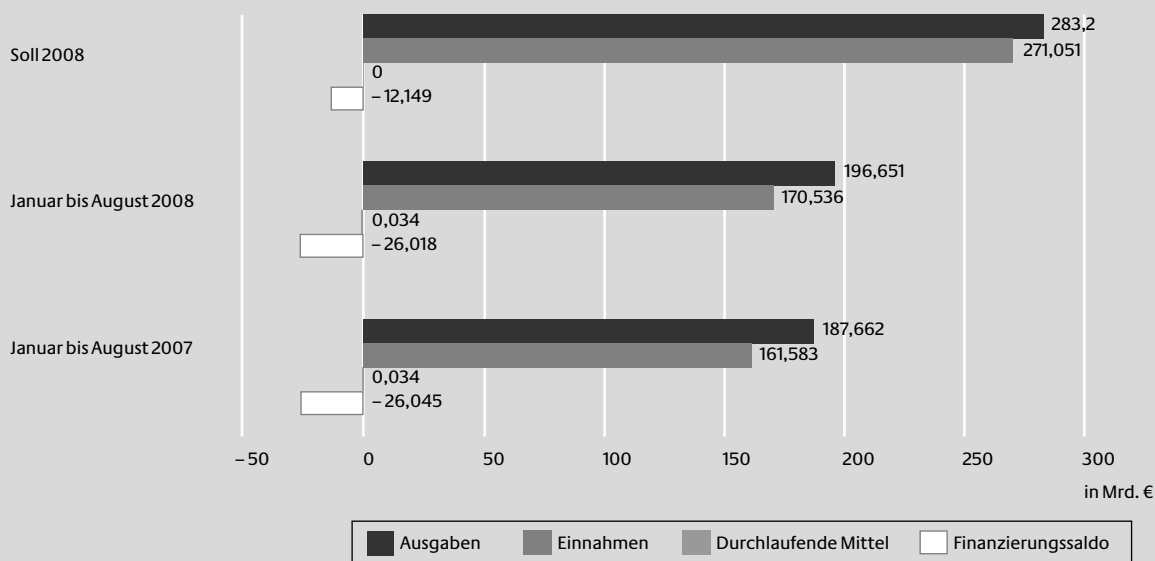
schlagungsniveau für das Gesamtjahr (+4,7%). Der Ausgabenanstieg ist vor allem auf die Ende 2007 wieder aufgenommene Zahlung der Bundeszuschüsse an die Postbeamtenversorgungskasse und

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2008	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis August 2008
Ausgaben (Mrd. €)	283,2	196,7
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	4,7	4,8
Einnahmen (Mrd. €)	271,1	170,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	6,0	5,5
Steuereinnahmen (Mrd. €)	238,0	150,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	3,4	5,3
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 12,1	- 26,1
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	- 23,1
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,2	- 0,1
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo (Mrd. €)	- 11,9	- 2,9

¹ Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



die Darlehensauszahlung an die KfW im Zusammenhang mit der Zuweisung einer Kapitalmaßnahme zugunsten der IKB Deutsche Industriebank AG zurückzuführen. Des Weiteren belastet eine im August aufgrund EU-Rechtsprechung

erfolgte Rückzahlung einer Beihilfe an die Deutsche Post AG in Höhe von gut 1 Mrd. € die Ausgabenseite.

Die Einnahmen des Bundes übertrafen das Vorjahresergebnis mit 170,5 Mrd. € um knapp

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Ist 2007	Soll 2008	Ist-Entwicklung Januar bis August 2008		Ist-Entwicklung Januar bis August 2007		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	49 353	50 045	32 984	16,8	32 216	17,2	2,4
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	4 373	4 985	3 755	1,9	3 411	1,8	10,1
Verteidigung	28 540	29 299	19 533	9,9	18 223	9,7	7,2
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 930	6 043	3 920	2,0	5 235	2,8	- 25,1
Finanzverwaltung	3 093	3 471	2 014	1,0	1 939	1,0	3,9
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	12 837	13 758	7 563	3,8	7 561	4,0	0,0
BAföG	1 092	1 297	825	0,4	800	0,4	3,1
Forschung und Entwicklung	7 146	7 835	3 885	2,0	3 906	2,1	- 0,5
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	139 751	140 322	98 916	50,3	97 082	51,7	1,9
Sozialversicherung	75 520	75 664	55 650	28,3	55 644	29,7	0,0
Arbeitslosenversicherung	6 468	7 583	5 056	2,6	4 312	2,3	17,3
Grundsicherung für Arbeitsuchende	35 679	34 895	22 784	11,6	23 942	12,8	- 4,8
darunter: Arbeitslosengeld II	22 654	20 880	14 749	7,5	15 555	8,3	- 5,2
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	4 332	3 900	2 610	1,3	2 908	1,5	- 10,2
Wohngeld	876	1 000	649	0,3	742	0,4	- 12,5
Erziehungsgeld/Elterngeld	3 710	4 514	3 332	1,7	2 181	1,2	52,8
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	2 513	2 332	1 640	0,8	1 803	1,0	- 9,0
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	853	999	570	0,3	498	0,3	14,5
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 743	1 771	867	0,4	944	0,5	- 8,2
Wohnungswesen	1 225	1 223	682	0,3	770	0,4	- 11,4
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 605	5 975	3 815	1,9	3 554	1,9	7,3
Regionale Förderungsmaßnahmen	1 023	711	453	0,2	448	0,2	1,1
Kohlenbergbau	1 772	1 900	1 816	0,9	1 662	0,9	9,3
Gewährleistungen	697	1 065	414	0,2	385	0,2	7,5
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 802	11 149	6 511	3,3	6 228	3,3	4,5
Straßen (ohne GVFG)	5 871	7 296	3 176	1,6	3 088	1,6	2,8
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 904	15 319	10 217	5,2	5 484	2,9	86,3
Bundeseisenbahnvermögen	5 263	5 054	2 324	1,2	3 175	1,7	- 26,8
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 965	3 719	1 730	0,9	2 095	1,1	- 17,4
Allgemeine Finanzwirtschaft	39 601	43 862	35 208	17,9	34 095	18,2	3,3
Zinsausgaben	38 721	41 818	34 277	17,4	33 473	17,8	2,4
Ausgaben zusammen	270 450	283 200	196 651	100,0	187 662	100,0	4,8

9,0 Mrd. € (+5,5 %). Die Steuereinnahmen stiegen im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um 7,5 Mrd. € (+ 5,3 %); damit liegt die Ist-Entwicklung im Rahmen der Erwartungen. Die Verwaltungseinnahmen legten im Vergleich mit dem Zeitraum von Januar bis einschließlich August 2007 um 7,6 % zu.

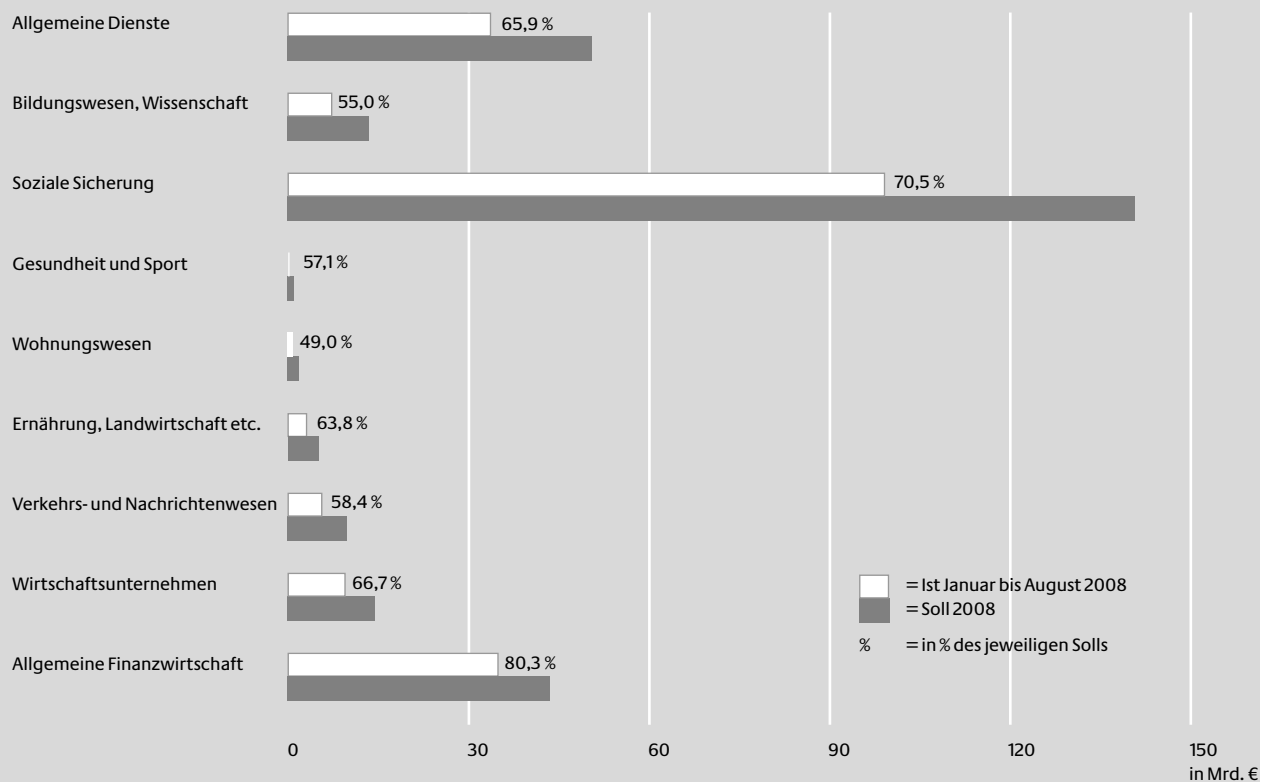
Der Finanzierungssaldo hat sich im August mit – 26,1 Mrd. € im Vergleich zum Vormonat leicht verringert. Die Einnahmen- und Ausga-

benentwicklung verläuft innerhalb des Jahres nicht gleichmäßig. Daher können aus dem unterjährigen Saldo nur schwer Rückschlüsse auf das endgültige Jahresergebnis gezogen werden. Nach derzeitiger Einschätzung besteht jedoch die Erwartung, dass die im Haushaltsplan 2008 vorgesehene Nettokreditaufnahme in Höhe von 11,9 Mrd. € eingehalten oder unterschritten werden kann.

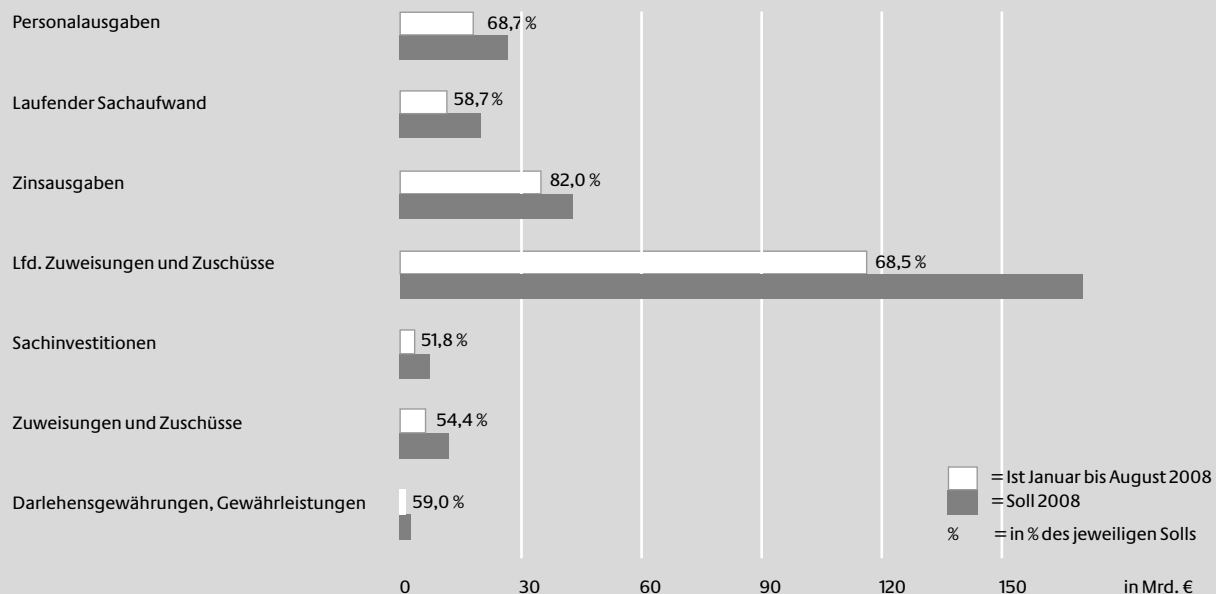
Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Ist 2007	Soll 2008	Ist-Entwicklung Januar bis August 2008		Ist-Entwicklung Januar bis August 2007		Verän- derung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Konsumtive Ausgaben	244 235	258 509	183 034	93,1	173 922	92,7	5,2
Personalausgaben	26 038	26 762	18 391	9,4	17 634	9,4	4,3
Aktivbezüge	19 662	20 276	13 683	7,0	13 112	7,0	4,4
Versorgung	6 376	6 486	4 709	2,4	4 522	2,4	4,1
Laufender Sachaufwand	18 757	19 778	11 612	5,9	11 023	5,9	5,3
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 365	1 473	798	0,4	761	0,4	4,9
Militärische Beschaffungen	8 908	9 581	5 743	2,9	5 031	2,7	14,2
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 484	8 723	5 071	2,6	5 232	2,8	– 3,1
Zinsausgaben	38 721	41 818	34 277	17,4	33 473	17,8	2,4
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	160 352	169 769	116 221	59,1	111 526	59,4	4,2
an Verwaltungen	14 003	14 463	8 140	4,1	9 087	4,8	– 10,4
an andere Bereiche	146 349	155 307	108 124	55,0	102 471	54,6	5,5
darunter:							
Unternehmen	15 399	23 740	13 778	7,0	9 551	5,1	44,3
Renten, Unterstützungen u.a.	29 123	28 276	20 035	10,2	19 753	10,5	1,4
Sozialversicherungen	97 712	98 521	71 179	36,2	70 369	37,5	1,2
Sonstige Vermögensübertragungen	367	382	2 534	1,3	266	0,1	852,6
Investive Ausgaben	26 215	24 658	13 617	6,9	13 740	7,3	– 0,9
Finanzierungshilfen	19 312	17 385	9 850	5,0	10 082	5,4	– 2,3
Zuweisungen und Zuschüsse	16 580	13 924	7 581	3,9	8 062	4,3	– 6,0
Darlehensgewährungen, Gewährleistungen	2 100	2 717	1 603	0,8	1 431	0,8	12,0
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	632	744	666	0,3	589	0,3	13,1
Sachinvestitionen	6 903	7 273	3 768	1,9	3 658	1,9	3,0
Baumaßnahmen	5 478	5 783	3 057	1,6	2 936	1,6	4,1
Erwerb von beweglichen Sachen	909	1 010	451	0,2	454	0,2	– 0,7
Grunderwerb	516	480	259	0,1	268	0,1	– 3,4
Globalansätze	0	32	0		0		
Ausgaben insgesamt	270 450	283 200	196 651	100,0	187 662	100,0	4,8

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis August 2008



Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis August 2008



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart	Ist 2007	Soll 2008	Ist-Entwicklung Januar bis August 2008		Ist-Entwicklung Januar bis August 2007		Verän- derung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
I. Steuern	230 043	237 955	150 416	88,2	142 877	88,4	5,3
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	184 262	191 705	122 494	71,8	114 423	70,8	7,1
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	89 886	93 953	58 505	34,3	52 680	32,6	11,1
davon:							
Lohnsteuer	56 005	59 925	37 337	21,9	34 505	21,4	8,2
veranlagte Einkommensteuer	10 628	12 687	5 977	3,5	3 482	2,2	71,7
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	6 878	7 083	6 358	3,7	5 518	3,4	15,2
Zinsabschlag	4 918	5 317	4 369	2,6	3 511	2,2	24,4
Körperschaftsteuer	11 455	8 941	4 464	2,6	5 663	3,5	- 21,2
Steuern vom Umsatz	92 755	96 601	63 250	37,1	60 879	37,7	3,9
Gewerbesteuerumlage	1 621	1 151	738	0,4	864	0,5	- 14,6
Energiesteuer	38 955	40 335	20 601	12,1	20 251	12,5	1,7
Tabaksteuer	14 254	14 050	8 315	4,9	8 941	5,5	- 7,0
Solidaritätszuschlag	12 349	12 800	8 311	4,9	7 665	4,7	8,4
Versicherungsteuer	10 331	10 540	8 072	4,7	7 972	4,9	1,3
Stromsteuer	6 355	6 600	4 118	2,4	4 414	2,7	- 6,7
Branntweinabgaben	1 962	2 163	1 424	0,8	1 244	0,8	14,5
Kaffeesteuer	1 086	980	640	0,4	709	0,4	- 9,7
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 933	- 14 721	- 7 259	- 4,3	- 7 415	- 4,6	- 2,1
BNE-Eigenmittel der EU	- 14 337	- 16 240	- 9 547	- 5,6	- 8 700	- 5,4	9,7
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 929	- 4 100	- 2 619	- 1,5	- 2 413	- 1,5	8,5
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 6 710	- 6 610	- 4 450	- 2,6	- 4 473	- 2,8	- 0,5
II. Sonstige Einnahmen	25 675	33 096	20 120	11,8	18 706	11,6	7,6
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	4 307	4 385	4 208	2,5	3 866	2,4	8,8
Zinseinnahmen	924	702	557	0,3	537	0,3	3,7
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	6 694	12 534	3 183	1,9	5 045	3,1	- 36,9
Einnahmen zusammen	255 718	271 051	170 536	100,0	161 583	100,0	5,5

Steuereinnahmen von Bund und Ländern im August 2008

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) übertrafen im August 2008 das Vorjahresergebnis um + 6,8 %. Das Aufkommen aus den gemeinschaftlichen Steuern stieg dabei um + 9,8 %. Ein Rückgang von – 11,5 % war bei den Ländersteuern hinzunehmen. Bei den Bundessteuern wurde eine schwach positive Bewegung registriert (+ 1,3 %).

Die kumulierte Veränderungsrate (+ 6,0 %) hat sich bei den Steuereinnahmen insgesamt weiter erhöht. Sie liegt damit gegenwärtig deutlich über dem Ergebnis der Mai-Steuerschätzung (+ 3,8 %).

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) übertrafen das August-Ergebnis des Vorjahres um + 12,2 %. Eine wesentliche Rolle spielten dabei die im Vergleich zum Vorjahresmonat deutlich geringeren EU-Abführungen. Kumuliert ergibt sich für den Bund derzeit eine Zuwachsrate von + 5,2 %¹ (Mai-Steuerschätzung für 2008: + 3,6 %).

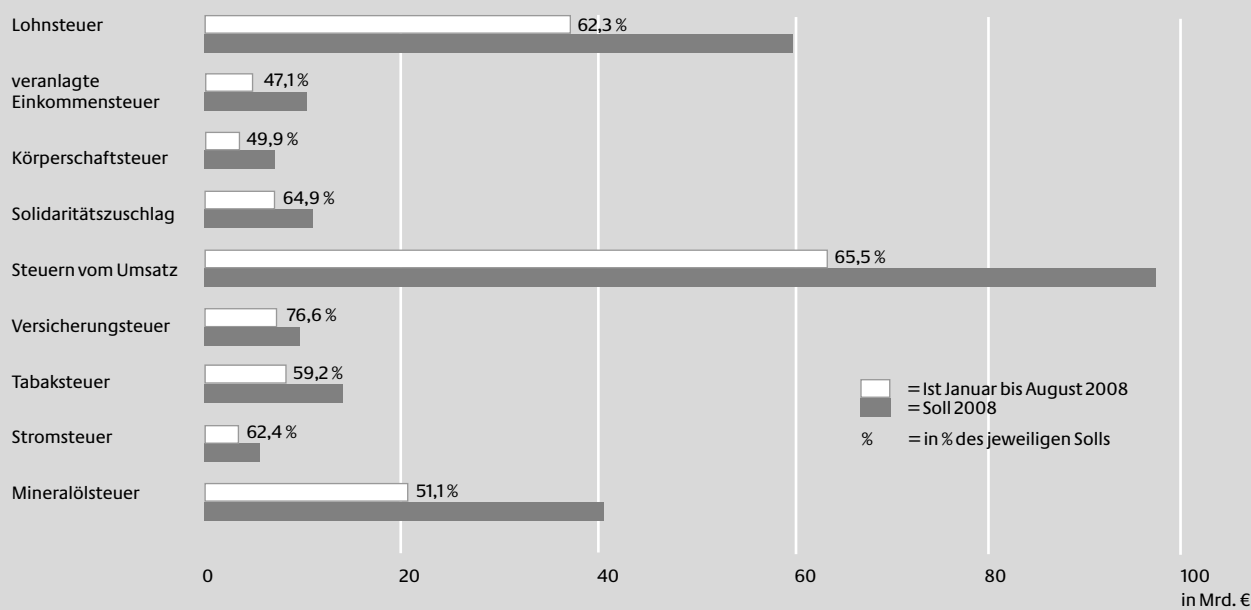
Aus der Tatsache, dass die Zuwachsraten gegenwärtig über den in der Steuerschätzung für das Gesamtjahr erwarteten Zuwächsen lie-

gen, lässt sich noch nicht schließen, dass dies auch zum Jahresende der Fall sein wird. So fiel der Anstieg bei den Steuern vom Umsatz im August mit + 10,4 % bedingt durch kassentechnische Sondereffekte in einer Reihe von Bundesländern sehr viel höher aus, als es der nach wie vor schleppenden Entwicklung des privaten Verbrauchs entspräche. Mit einer gegenläufigen Entwicklung in den kommenden Monaten ist daher zu rechnen. Außerdem wird zum Stichtag 30.9.2008 erstmals eine Jahresrate für die Altkapitalguthaben bei der Körperschaftsteuer ausgezahlt. Hinzu kommt die allgemeine Abschwächung der Konjunktur.

Eine im Vergleich zum Vorjahr höhere Beschäftigung und die erzielten Zuwächse bei den Verdiensten haben dafür gesorgt, dass es auch im August wieder zu einem deutlichen Plus bei den Einnahmen aus der Lohnsteuer kam. Die Zuwachsrate (+ 7,4 %) hat sich im Vergleich zum Juli (+ 9,1 %) allerdings merklich vermindert. Dazu passt, dass sich die in den ersten Monaten des Jahres beobachteten hohen Vorjahresabstände bei der Zahl der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse im bisherigen Jahresverlauf etwas verringert haben. Diese Entwicklung wird sich vermutlich bis zum Jahresende

¹ Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. S. 18, Fußnote 1).

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis August 2008



fortsetzen und etwas geringere Zuwächse bei der Lohnsteuer zur Folge haben.

Bei der veranlagten Einkommensteuer hat sich das Ergebnis im August verglichen mit dem gleichen Zeitraum des Vorjahres um rd. + 200 Mio. € verbessert. Entscheidend für dieses Resultat war der Rückgang bei den Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer um – 340 Mio. €.

Das Aufkommen aus der Körperschaftsteuer ist im Berichtsmonat im Vergleich zum Vorjahr um rund – 130 Mio. € zurückgegangen. Der Rückgang in den ersten acht Monaten des Jahres zusammengekommen ist insbesondere auch ein Reflex der Steuerentlastungen durch die Unternehmensteuerreform. Die Größenordnung der Mindereinnahmen entspricht in der Summe etwa den Erwartungen.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag setzte sich die positive Entwicklung der vergangenen Monate mit nochmals beschleunigtem Anstieg (+ 38,2 %) fort. Hierin spiegelt sich die sehr positive Gewinnentwicklung des vergangenen Jahres, die nun zu hohen Dividendenzahlungen führen.

Beim Zinsabschlag war der Anstieg nicht mehr ganz so rasant (+ 16,4 %) wie zuletzt. Bei einer Betrachtung der kumulierten Veränderungsrate ist aber immer noch eine Zunahme um fast ein Viertel (+ 24,3 %) zu verzeichnen.

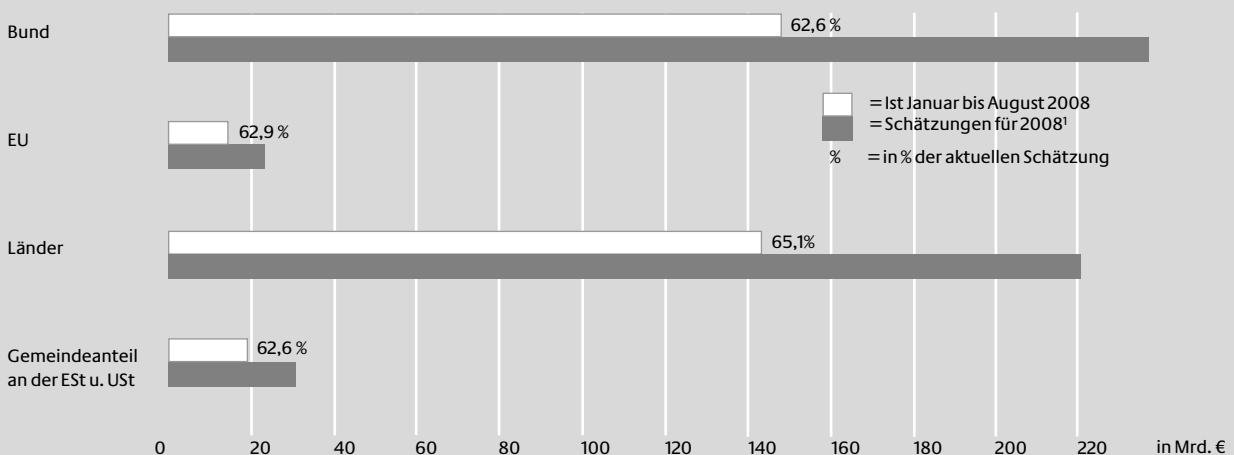
Überraschend stark entwickelten sich die Steuern vom Umsatz im August (+ 10,4 % gegenüber dem Vorjahresmonat). Allerdings ist nicht zu

erwarten, dass sich diese Entwicklung in den restlichen Monaten des laufenden Jahres fortsetzt. Im Gegenteil: Der Zuwachs wurde im August in einer Reihe von Bundesländern durch Sondereinflüsse geprägt. Zum Teil haben diese den Charakter von Vorzieheffekten, sodass in den kommenden Monaten mit gegenläufigen Kassenwirkungen zu rechnen ist. Angesichts der Schwäche der Einzelhandelsumsätze und der eher gedämpften Erwartungen für den privaten Konsum dürfte sich die kumulierte Zuwachsrate (derzeit + 4,4 %) in den kommenden Monaten wieder verringern.

Bei den reinen Bundessteuern ergab sich im August wie schon im Juli wieder ein leichtes Plus (+ 1,3 %). Dahinter standen vergleichsweise kräftige Zuwächse bei der Stromsteuer (+ 14,0 %) und beim Solidaritätszuschlag (+ 11,2 %), was vor dem Hintergrund der Entwicklung im bisherigen Jahresverlauf allerdings zu einer unterschiedlichen Bewertung Anlass gibt: Beim Solidaritätszuschlag verlief die Entwicklung seinen Bemessungsgrundlagen folgend vergleichsweise kontinuierlich, bei der Stromsteuer hat es dagegen einige kräftige Ausschläge in beide Richtungen – unter anderem aufgrund von Basiseffekten – gegeben. In den Monaten Januar bis August zusammengekommen ist das kassenmäßige Ergebnis bei der Stromsteuer um – 6,7 % hinter dem Ergebnis vom Vorjahr zurückgeblieben.

Im Falle der Tabaksteuer zeigten sich im August gemessen am Vorjahresaufkommen keine wesentlichen Unterschiede, bei der Branntweinsteuer

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis August 2008



¹ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ (Mai 2008).

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (vorläufige Ergebnisse)¹

	August	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis August	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2008 ⁴	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	10 998	7,4	91 048	7,8	141 700	7,5
veranlagte Einkommensteuer	– 129	X	14 046	71,4	30 050	20,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	704	38,2	12 682	14,9	14 630	6,1
Zinsabschlag	1 013	16,4	9 931	24,3	12 635	13,0
Körperschaftsteuer	– 415	X	8 909	– 21,3	18 840	– 17,8
Steuern vom Umsatz	15 811	10,4	116 255	4,4	176 200	3,9
Gewerbesteuerumlage	247	– 30,4	1 807	– 12,0	2 775	– 27,9
erhöhte Gewerbesteuerumlage	214	– 4,9	1 814	9,8	2 828	– 9,5
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	28 443	9,8	256 491	7,7	399 658	4,8
Bundessteuern						
Energiesteuer	3 184	– 1,5	20 601	1,7	39 900	2,4
Tabaksteuer	1 292	0,0	8 315	– 7,0	13 420	– 5,9
Branntweinsteuer inkl. Alkopopsteuer	153	– 3,4	1 422	14,4	2 160	10,3
Versicherungsteuer	1 029	– 0,1	8 072	1,3	10 400	0,7
Stromsteuer	516	14,0	4 118	– 6,7	6 350	– 0,1
Solidaritätszuschlag	756	11,2	8 311	8,4	12 950	4,9
übrige Bundessteuern	112	5,9	957	– 1,3	1 451	– 2,5
Bundessteuern insgesamt	7 043	1,3	51 797	0,7	86 631	1,1
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	534	23,1	3 321	14,1	4 270	1,6
Grunderwerbsteuer	452	– 30,9	4 091	– 12,3	6 360	– 8,5
Kraftfahrzeugsteuer	610	– 15,5	6 281	– 1,9	8 690	– 2,3
Rennwett- und Lotteriesteuer	112	– 17,5	1 058	– 3,9	1 682	– 1,1
Biersteuer	74	6,2	504	– 1,8	760	0,4
sonstige Ländersteuern	20	– 7,9	248	– 2,9	320	– 1,3
Ländersteuern insgesamt	1 802	– 11,5	15 503	– 2,2	22 082	– 3,3
EU-Eigenmittel						
Zölle	359	– 6,0	2 581	– 3,6	4 240	6,5
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	189	– 37,2	2 619	8,5	4 300	9,4
BNE-Eigenmittel	776	– 39,2	9 547	9,7	14 910	4,0
EU-Eigenmittel insgesamt	1 324	– 32,4	14 747	6,9	23 450	5,4
Bund³	18 220	12,2	149 166	5,2	238 333	3,6
Länder³	16 035	5,5	143 182	5,7	220 031	3,2
EU	1 324	– 32,4	14 747	6,9	23 450	5,4
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	2 068	10,2	19 277	12,8	30 797	9,0
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	37 646	6,8	326 372	6,0	512 611	3,8

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundeszentralamt für Steuern.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom Mai 2008.

(–3,4%) wie auch bei der aufkommensstarken Energiesteuer (–1,5%) waren Rückgänge hinzunehmen.

Noch sehr viel deutlicher fiel das Minus bei den reinen Ländersteuern aus (–11,5%). Mehreinnahmen bei der Erbschaftsteuer (+23,1%) und der

Biersteuer (+6,2%) reichten hier nicht aus, um die erheblichen Mindereinnahmen bei der Grunderwerbsteuer (–30,9%), bei der Kraftfahrzeugsteuer (–15,5%) sowie bei der Rennwett- und Lotteriesteuer (–17,5%) zu kompensieren.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

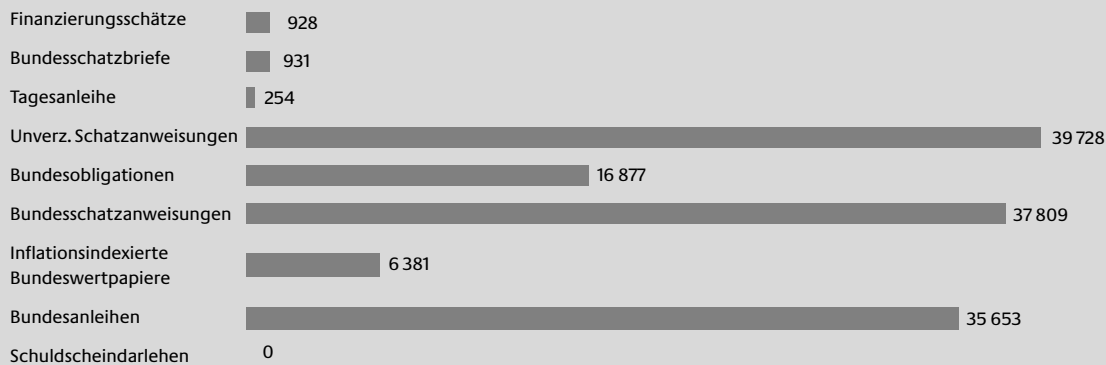
Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sanken im August gegenüber Juli. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende Juli bei 4,41 % lag, notierte Ende August bei 4,13 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – blieben fast unverändert, verringerten sich lediglich von 4,97 % Ende Juli auf 4,96 % Ende

August. Die Europäische Zentralbank hatte zuletzt am 3. Juli 2008 beschlossen, die Leitzinsen um 25 Basispunkte anzuheben. Mit Wirkung vom 9. Juli liegt seitdem der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte bei 4,25 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 3,25 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 5,25 %.

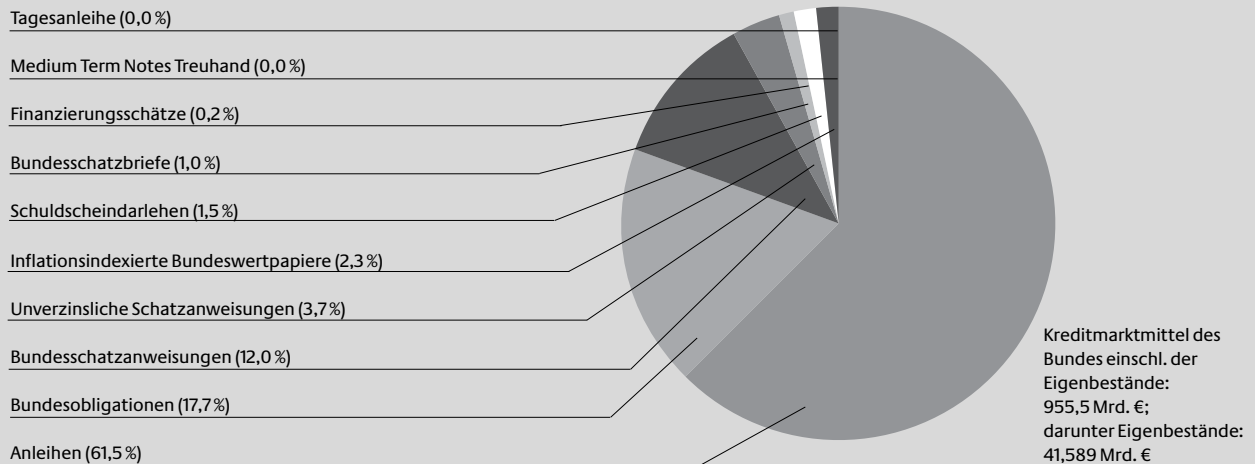
Die europäischen Aktienmärkte gaben im August leicht nach; der Deutsche Aktienindex

Kreditaufnahme des Bundes bis Juli 2008 in Mio. €¹



¹ Bruttoemissionen ohne Rückhaltequote und Aufbau von Eigenbeständen.
Nachrichtlich: Kreditaufnahmewirksame Eigenbestandsveränderungen: 1.722 Mio. €.

Kreditmarktmittel des Bundes per 31. Juli 2008



verringerte sich von 6 480 auf 6 422 Punkte, der 50 Spitzenwerte der Eurozone umfassende Euro Stoxx 50 blieb fast unverändert, verringerte sich lediglich von 3 368 auf 3 366 Punkte (Monatsendstände).

Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet lag im Juli bei 9,3% (nach 9,5 % im Vormonat). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum Mai 2008 bis Juli 2008 betrug 9,6 %, verglichen mit 10,0 % des vorangegangenen Dreimonatszeitraumes (Referenzwert: 4,5%).

Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor im Euroraum belief sich im Juli auf 11,1% (nach 11,2% im Vormonat). Die Grunddynamik des Geldmengen- und Kreditwachstums bleibt damit relativ kräftig. In Deutschland stieg die vorgenannte Kreditwachstumsrate von 5,8 % im Juni 2008 auf 6,0% im Juli 2008.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Der Bruttokreditbedarf des Bundes im Jahr 2008 betrug bis einschließlich Juli 138,6 Mrd. €. Davon wurden 132 Mrd. € im Rahmen des Emissionskalenders umgesetzt. Darüber hinaus wurden im Tenderverfahren die 2,25 %ige inflationsindexierte Obligation des Bundes – ISIN DE 0001030518 – am 5. März 2008 um 3 Mrd. € und am 9. Juli 2008 um 2 Mrd. € sowie die 1,5 %ige inflationsindexierte Anleihe des Bundes – ISIN DE 0001030500 – am 11. Juni 2008 um 2 Mrd. € aufgestockt. Wegen der Kapitalmarktentwicklung wurde statt der zunächst angekündigten Aufstockung der Bundesanleihe vom 23. Juli 2008 – ISIN DE 0001135325 – um 4 Mrd. € eine Neuemission einer Bundesanleihe mit einer 30-jährigen Laufzeit – ISIN DE 0001135366 – um 4 Mrd. € begeben. Die übrige Kreditaufnahme erfolgte durch Verkäufe im Privatkundengeschäft des Bundes und im Rahmen von

Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen (in Mrd. €)

Tilgungen

Kreditart	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summe insgesamt
in Mrd. €								
Anleihen	15,6	–	–	–	–	–	22,8	38,2
Bundesobligationen	–	14,0	–	14,0	–	–	–	28,0
Bundesschatzanweisungen	–	–	16,0	–	–	14,0	–	30,0
U-Schätze des Bundes	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	5,9	41,1
Bundesschatzbriefe	0,4	0,0	0,4	0,0	0,1	0,2	0,3	1,5
Finanzierungsschätze	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	1,4
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	–	–	–	–	–
MTN der Treuhandanstalt	–	–	–	–	–	–	–	–
Schuldscheindarlehen	1,0	0,3	0,2	0,0	0,0	0,0	0,3	1,8
Tagesanleihe							0,0	0,0
Gesamtes Tilgungsvolumen	23,2	20,4	22,7	20,2	6,2	20,2	29,3	142,2

Zinszahlungen

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni	Juli	Summe insgesamt
in Mrd. €								
Gesamte Zinszahlungen und Sondervermögen Entschädigungsfonds	13,7	0,8	1,2	3,4	0,2	1,7	13,7	34,7

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Marktpflegeoperationen (Eigenbestandsaufbau: 1,7 Mrd. €).

Die in den Monaten August und September 2008 zur Finanzierung des Bundeshaushalts geplanten Kapital- und Geldmarktemissionen ergeben sich aus der Übersicht über die „Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2008“.

Die Tilgungen des Bundes und des Sondervermögens „Entschädigungsfonds“ belaufen sich bis einschließlich Juli 2008 auf rund 142,2 Mrd. €; die Zinszahlungen des Bundes und des Sondervermögens „Entschädigungsfonds“ betrugen rund 34,7 Mrd. €.

Emissionsvorhaben des Bundes im 3. Quartal 2008

Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesanleihe ISIN DE0001135358 WKN 113 535	Aufstockung	2. Juli 2008	10 Jahre fällig 4. Juli 2018 Zinslaufbeginn: 30. Mai 2008 erster Zinstermin: 4. Juli 2009	7 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137222 WKN 113 722	Aufstockung	9. Juli 2008	2 Jahre fällig 11. Juni 2010 Zinslaufbeginn: 11. Juni 2008 erster Zinstermin: 11. Juni 2009	7 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135325 WKN 113 532	Aufstockung	23. Juli 2008	30 Jahre fällig 4. Juli 2039 Zinslaufbeginn: 26. Januar 2007 erster Zinstermin: 4. Juli 2008	4 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135358 WKN 113 535	Aufstockung	13. August 2008	10 Jahre fällig 4. Juli 2018 Zinslaufbeginn: 30. Mai 2008 erster Zinstermin: 4. Juli 2009	ca. 6 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137230 WKN 113 723	Neuemission	10. September 2008	2 Jahre fällig 10. September 2010 Zinslaufbeginn: 10. September 2008 erster Zinstermin: 10. September 2009	ca. 8 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141539 WKN 114 153	Neuemission	24. September 2008	5 Jahre fällig 11. Oktober 2013 Zinslaufbeginn: 26. September 2008 erster Zinstermin: 11. Oktober 2009	ca. 7 Mrd. €
3. Quartal 2008 insgesamt				ca. 39 Mrd. €

Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115186 WKN 111 518	Neuemission	14. Juli 2008	6 Monate fällig 14. Januar 2009	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115194 WKN 111 519	Neuemission	11. August 2008	6 Monate fällig 18. Februar 2009	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001115202 WKN 111 520	Neuemission	15. September 2008	6 Monate fällig 18. März 2009	ca. 6 Mrd. €
3. Quartal 2008 insgesamt				ca. 18 Mrd. €

¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.

Konjunkturentwicklung aus finanzpolitischer Sicht

- Wirtschaftliche Aktivität durch Abkühlung der Weltkonjunktur und Preisniveaustieg belastet.
- Vorlaufende Konjunkturindikatoren deutlich abwärts gerichtet.
- Situation auf dem Arbeitsmarkt immer noch robust.
- Sinkende Rohölpreise bremsen Verbraucherpreisanstieg.

Das Bruttoinlandsprodukt ist im 2. Quartal merklich zurückgegangen (preis-, kalender- und saisonbereinigt – 0,5 % gegenüber dem Vorquartal), nachdem es zuvor spürbar zugenommen hatte (+ 1,3 % gegenüber dem Vorquartal). Der Rückgang der Wirtschaftsleistung stellte dabei im Wesentlichen eine Gegenreaktion auf die vorangegangenen witterungsbedingten Übersteigerungen dar. Im 2. Quartal sind vom Außenbeitrag rein rechnerisch positive Wachstumsimpulse (+ 0,4 Prozentpunkte) auf das Bruttoinlandsprodukt ausgegangen, da die Importe weitaus stärker rückläufig waren als die Exporte. Negative Wachstumsimpulse kamen dagegen von der Inlandsnachfrage (– 1,0 Prozentpunkte). Belastend wirkten der spürbare Rückgang der Bauinvestitionen (– 3,5 %), die im 1. Quartal noch kräftig angestiegen waren (+ 5,7 %). Die Abschwächung der Aktivität im Baubereich dürfte vor allem eine Gegenreaktion auf die vorangegangenen Übersteigerungen sein (mildes Winterwetter). Die nachlassende Inlandsnachfrage war maßgeblich auch durch den Rückgang des privaten Konsums verursacht worden (– 0,7 % gegenüber dem Vorquartal). Die Konsumschwäche zeigt sich in der rückläufigen Entwicklung der Einzelhandelsumsätze. Zwar haben Beschäftigungsaufbau und die Lohnerhöhungen dieses Jahres zu deutlichen Einkommensverbesserungen geführt. Dies führte zu einem deutlichen Anstieg des Lohnsteueraufkommens (August um 7,4 % gegenüber dem Vorjahr, Januar bis August + 7,8 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahresniveau). Jedoch wer-

den die Realeinkommen durch die Preisniveausteigerungen für Energie und Nahrungsmittel belastet. Dies beeinträchtigt die Kaufneigung der privaten Haushalte.

Die Wirtschaftsdaten zeigen, dass sich die konjunkturelle Grunddynamik abgeschwächt hat. Der in der Frühjahrsprojektion der Bundesregierung erwartete BIP-Anstieg von real 1,7 % im Jahresdurchschnitt 2008 könnte – aufgrund des starken 1. Quartals – gleichwohl erreicht werden.

Die Abschwächung der wirtschaftlichen Aktivität dürfte sich im 3. Quartal zunächst noch fortsetzen. Dies signalisieren die aktuellen Konjunkturindikatoren. Wesentlicher Grund hierfür sind die Abkühlung der Weltkonjunktur sowie die hohen Weltmarktpreise für Rohöl, Gas und Nahrungsmittel. Die ruhigere weltwirtschaftliche Gangart schlägt sich deutlich in der abwärts gerichteten Tendenz der nominalen Warenexporte nieder. In saisonbereinigter Rechnung stiegen die Exporte im Zweimonatsdurchschnitt (Juni/Juli gegenüber April/Mai) zwar an. Aber im aussagekräftigeren Dreimonatsdurchschnitt ist ein merklicher Rückgang zu verzeichnen (– 0,8 %). Im Vorjahresvergleich nahmen die Lieferungen an das Ausland von Januar bis Juli weiterhin deutlich zu (+ 6,9 % gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum). Nach Regionen war dabei die Ausfuhrzunahme in Drittländer (+ 10,3 %) und in den Nicht-Euro-Raum der EU überdurchschnittlich stark (+ 7,3 %). Exporte in den Euro-Raum stiegen dagegen wesentlich geringer an (+ 3,9 %). Die konjunkturelle Abschwächung im Euro-Raum zeigt sich

Finanzpolitisch wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2007 Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			4.Q.07	1.Q.08	2.Q.08	4.Q.07	1.Q.08	2.Q.08
Bruttoinlandsprodukt								
Vorjahrespreisbasis (verkettet)	108,7	+ 2,5	+ 0,3	+ 1,3	- 0,5	+ 1,6	+ 1,8	+ 3,1
jeweilige Preise	2 423	+ 4,4	+ 0,5	+ 1,7	- 0,1	+ 3,5	+ 3,1	+ 4,4
Einkommen								
Volkseinkommen	1 827	+ 3,5	+ 0,6	+ 1,4	+ 0,4	+ 2,9	+ 3,5	+ 5,0
Arbeitnehmerentgelte	1 184	+ 3,0	+ 0,8	+ 1,5	+ 0,8	+ 2,9	+ 3,5	+ 3,5
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	644	+ 4,5	+ 0,3	+ 1,2	- 0,4	+ 2,8	+ 3,5	+ 8,0
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 515	+ 1,6	+ 1,3	+ 0,0	+ 0,7	+ 1,7	+ 2,5	+ 2,6
Bruttolöhne und -gehälter	958	+ 3,4	+ 1,0	+ 1,6	+ 1,0	+ 3,5	+ 4,0	+ 3,9
Sparen der privaten Haushalte	167	+ 5,1	+ 4,6	+ 2,4	+ 0,5	+ 8,5	+ 6,6	+ 8,1
Außenhandel/ Umsätze/ Produktion/ Auftragseingänge	2007 Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Zwei- monats- durch- schnitt			Zwei- monats- durch- schnitt		
			Jun 08	Jul 08		Jun 08	Juli 08	
in jeweiligen Preisen								
Umsätze im Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	81	- 0,6	- 2,4	.	- 4,6	+ 5,4	.	+ 4,4
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	969	+ 8,5	+ 4,1	- 1,7	+ 1,5	+ 7,9	+ 7,0	+ 7,5
Waren-Importe	770	+ 5,0	- 0,4	+ 7,4	+ 3,6	+ 5,0	+15,7	+10,3
in konstanten Preisen von 2000								
Produktion im Produzierenden Gewerbe (Index 2000 = 100)¹	116,3	+ 5,9	+ 0,1	- 1,8	- 1,7	+ 1,5	- 0,6	+ 0,4
Industrie ²	121,1	+ 6,9	+ 0,5	- 2,0	- 1,5	+ 2,2	- 0,2	+ 1,0
Bauhauptgewerbe	83,2	+ 2,8	- 2,4	- 2,0	- 2,3	- 0,1	- 2,8	- 1,5
Umsätze im Produzierenden Gewerbe¹								
Industrie (Index 2000 = 100) ²	121,6	+ 6,4	- 0,2	- 2,3	- 1,7	+ 1,7	- 0,7	+ 0,5
Inland	107,2	+ 4,5	- 0,4	- 2,7	- 1,6	+ 2,6	- 0,2	+ 1,2
Ausland	144,9	+ 8,7	- 0,1	- 1,9	- 1,8	+ 0,7	- 1,3	- 0,3
Auftragseingang (Index 2000 = 100)¹								
Industrie ²	130,7	+ 9,8	- 2,6	- 1,7	- 4,0	- 8,2	- 4,1	- 6,2
Inland	113,0	+ 7,1	- 0,5	- 3,6	- 3,7	- 1,8	- 4,8	- 3,3
Ausland	152,8	+12,5	- 4,5	+ 0,3	- 4,3	-13,7	- 3,4	- 8,8
Bauhauptgewerbe	77,6	+ 4,1	- 0,1	.	- 5,4	+ 0,1	.	- 2,9
Umsätze im Handel (Index 2003 = 100)								
Einzelhandel								
(einschl. Kfz und Tankstellen)	100,6	- 3,6	- 2,1	- 1,5	- 2,1	- 4,0	- 1,0	- 2,5
Großhandel (ohne Kfz)	109,2	- 0,5	- 1,0	+ 0,2	- 1,2	+ 3,8	+ 4,2	+ 4,0
Arbeitsmarkt	2007 Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Veränderung in Tsd. gegenüber					
			Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahr		
			Jun 08	Jul 08	Aug 08	Jun 08	Jul 08	Aug 08
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	3,78	- 15,8	- 43	- 20	- 40	- 528	- 505	- 510
Erwerbstätige, Inland sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	39,77	+ 1,7	+ 16	+ 37	.	+ 561	+ 560	.
	26,97	+ 2,2	+ 38	.	.	+ 596	.	.
Preisindizes	2007 Index	ggü. Vorj. %	Veränderung in % gegenüber					
			Vorperiode			Vorjahr		
			Jun 08	Jul 08	Aug 08	Jun 08	Jul 08	Aug 08
2000 = 100								
Importpreise	108,0	+ 1,2	+ 1,5	+ 0,6	.	+ 8,9	+ 9,3	.
Erzeugerpreise gewerbli. Produkte	119,1	+ 2,0	+ 0,9	+ 2,0	.	+ 6,7	+ 8,9	.
Verbraucherpreise 2005 = 100	103,9	+ 2,3	+ 0,3	+ 0,6	- 0,3	+ 3,3	+ 3,3	+ 3,1
ifo-Geschäftsklima	saisonbereinigte Salden							
Gewerbliche Wirtschaft								
	Jan 08	Feb 08	Mrz 08	Apr 08	Mai 08	Jun 08	Jul 08	Aug 08
Klima	+ 5,9	+ 7,2	+ 8,5	+ 3,9	+ 6,0	+ 1,6	- 5,8	- 11,1
Geschäftslage	+ 11,7	+ 16,3	+ 18,6	+ 12,5	+ 15,8	+ 12,3	+ 7,2	+ 2,5
Geschäftserwartungen	+ 0,3	- 1,5	- 1,1	- 4,4	- 3,4	- 8,6	- 18,0	- 23,8

¹Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet. ² Ohne Energie.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

hierin besonders deutlich. Bei den Ausfuhren in Drittländer verläuft die Entwicklung jedoch sehr unterschiedlich. So stiegen die Lieferungen im 1. Halbjahr nach China (+ 20,6 %) und Russland (+ 23,4 %) sehr stark an, während sie in die USA vergleichsweise gering zunahmen (+ 2,5 %). Im Verlauf dürften die verschlechterten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen die Exporttätigkeit weiter belasten (Abkühlung der Weltkonjunktur, immer noch starker Euro gegenüber dem US-Dollar trotz deutlicher Abwertung seit Mitte Juli). Neben der konjunkturellen Abschwächung in vielen Industrieländern, wird sich nach Einschätzung des IWF auch das Wirtschaftswachstum in einigen wichtigen Schwellenländern aufgrund der Handelsverflechtungen zwischen den Wirtschaftsregionen abschwächen. Die BIP-Zuwachsraten dürften dort dennoch hoch bleiben. Die Abschwächung der Konjunktur in wichtigen deutschen Handelspartnervländern führte zu einer deutlich rückläufigen Auslandsnachfrage nach deutschen Industrieerzeugnissen (in saisonbereinigter Rechnung). Dies deutet auf eine weitere Verringerung der Exportdynamik hin. Besonders deutlich war der Rückgang der Auslandsorder von Investitionsgütern. Dieser war auf einen spürbaren Einbruch der Nachfrage aus den Ländern außerhalb des Euroräums zurückzuführen, während aus dem Euroraum ein geringes Plus zu verzeichnen war.

Die Entwicklung der nominalen Warenimporte ist deutlich aufwärts gerichtet. So nahmen die Einfuhren im Zweimonatsdurchschnitt saisonbereinigt spürbar zu. Dies dürfte – neben dem Importpreisanstieg – vor allem mit einer mengenmäßigen Zunahme der Importe zusammenhängen.

Die Indikatoren für die Wirtschaftstätigkeit im Produzierenden Gewerbe zeigen eine deutlich abwärts gerichtete Entwicklungstendenz. Dies spricht für einen schwachen Einstieg des Bruttoinlandsprodukts ins 3. Quartal. So wurde die Industrieproduktion im Juni/Juli deutlich zurückgefahren (saisonbereinigt gegenüber der Vorperiode). Alle drei Gütergruppen (Vorleistungs-, Investitions- und Konsumgüter) waren davon betroffen. Besonders deutlich nahm die Erzeugung von Investitionsgütern ab. Allerdings dürfte der aktuelle starke Produktionsrückgang überzeichnet

sein: Die in diesem Jahr überdurchschnittlich hohe Anzahl von Ferientagen im Juli könnte zu einer Verringerung der Produktionstätigkeit geführt haben. Die ferienbedingten Produktionsausfälle dürften in den Folgemonaten aufgeholt werden, d.h. sie stellen keine bleibende Belastung dar. In welchem Umfange der starke Produktionsrückgang im Juli durch einen Effekt der Schulferien überzeichnet ist, kann jedoch nicht verlässlich quantifiziert werden. Auch der Absatz der hergestellten Produkte in das In- und Ausland ging im Zweimonatsdurchschnitt zurück, wobei das Minus der Auslandsumsätze etwas höher ausfiel. Sowohl im Inland als auch im Ausland gaben die Investitionsgüterumsätze besonders stark nach. Dabei war der Rückgang der Auslandsumsätze mit dem Euroraum doppelt so stark wie der mit den Ländern außerhalb des Euroräums.

Die weiter in die Zukunft reichenden Indikatoren signalisieren, dass die wirtschaftliche Abschwächung zunächst noch anhalten dürfte. So zeigt sich in den deutlich rückläufigen Auftragseingängen in der Industrie, dass die Schwächephase hier noch nicht vorbei ist. Im Juni/Juli ging die Bestelltätigkeit sowohl aus dem Inland als auch aus dem Ausland spürbar zurück. Besonders ausgeprägt war dabei der Rückgang der Auftragseingänge für Investitionsgüter, wobei die Inlandsbestellungen stärker nachließen als die aus dem Ausland. Dies spricht für eine weitere Verringerung der Investitionsdynamik. Die Indikatoren für die Entwicklung des Bauhauptgewerbes zeigen für den weiteren Jahresverlauf ein uneinheitliches Bild: Zwar sind die Auftrags-eingänge im Bauhauptgewerbe deutlich rückläufig, was für die nächsten Monate auch die Bauproduktion belasten dürfte. Aber die Baugenehmigungen im Hochbau (in Mrd. Euro) sind spürbar angestiegen (2. Quartal: saisonbereinigt + 5,6 % gegenüber dem Vorquartal), besonders stark im gewerblichen Bau mit nichtöffentlichen Bauherren (+ 16,0 %). Der nach dem Wegfall der Eigenheimzulage einsetzende abwärts gerichtete Trend im Wohnungsbau dürfte sich dagegen fortsetzen (rückläufige Auftragseingänge und Baugenehmigungen). Auch die schlechtere Stimmung in den Unternehmen deutet auf eine weitere konjunkturelle Abschwächung im Jahresverlauf hin. So hat sich das ifo-Geschäftsklima vor allem in der Erwartungskomponente spür-

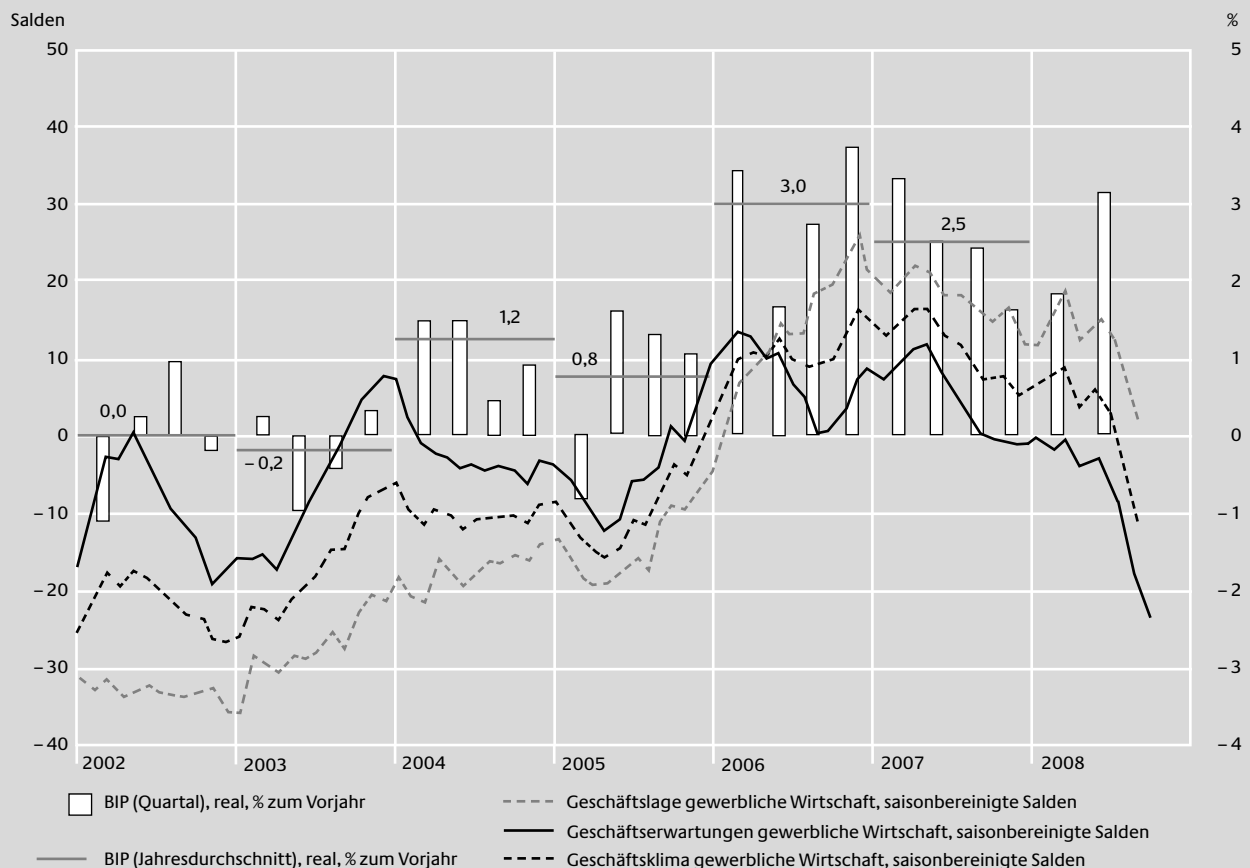
bar abgekühlt, und der Einkaufsmanagerindex liegt erstmals seit drei Jahren unter der 50-Punkte-Marke.

Der private Konsum bleibt das Sorgenkind der konjunkturellen Entwicklung. Darauf deuten die Einzelhandelsumsätze und die Konsumentenstimmung hin, die am aktuellen Rand deutlich von Schwäche gekennzeichnet sind. Die Entwicklungstendenz der Einzelhandelsumsätze ist im Zweimonatsdurchschnitt deutlich abwärts gerichtet. Dabei wirkt sich die Verringerung des Verkaufs von Privatfahrzeugen immer noch besonders negativ aus. Im Durchschnitt der Monate Januar bis Juli kam es im Vorjahresvergleich zu einem spürbaren Rückgang des Einzelhandelsumsatzes mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren. Dies zeigt, dass vor allem die stark gestiegenen Preisniveaus für Nahrungsmittel für die Kaufzurückhaltung der Verbraucher verantwortlich sein dürften. Hinzu kommt der Preisanstieg für Energiegüter, der die Kaufkraft deutlich dämpft. Entlastung für den

privaten Konsum könnte die nach wie vor gute Lage auf dem Arbeitsmarkt bringen. Darüber hinaus hat sich der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus im August abgemildert, insbesondere aufgrund deutlicher Preisrückgänge von Rohöl auf dem Weltmarkt. Allerdings sind die Kaufkraftbelastungen durch das gestiegene Verbraucherpreisniveau immer noch hoch. Das Inflationspotential auf der Verbraucherstufe ist noch groß (aufgrund des Preisanstiegs auf den vorgelagerten Handelsstufen). Die Verbraucherstimmung hat sich im August weiter eingetrübt und befindet sich auf dem niedrigsten Niveau seit dem Sommer 2003 (GfK-Konsumklimaindex). Insbesondere die Konjunkturerwartung gab spürbar nach. Damit scheint die Verunsicherung der Konsumenten nach wie vor groß zu sein. Auch die Einzelhändler erwarten keine Verbesserungen im Einzelhandelsgeschäft.

Auf dem Arbeitsmarkt hat sich die positive Entwicklung der Vormonate fortgesetzt. Die saisonbereinigte Zahl der arbeitslosen Personen

BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



verringerte sich im August spürbar (– 40 000 Personen). Nach Ursprungszahlen hat die registrierte Arbeitslosigkeit um 510 000 auf 3,20 Mio. Personen abgenommen. Die Arbeitslosenzahl befindet sich damit auf dem niedrigsten Stand seit Dezember 1992. Die Arbeitslosenquote nahm im Vergleich zum Vorjahr um 1,2 Prozentpunkte auf 7,6 % ab (West 6,3 %, Ost 12,8 %).

Die Zahl der Erwerbstätigen sowie die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nahmen im Juli bzw. Juni wieder deutlich stärker zu als in den aufgrund saisonaler Sondereffekte schwächer ausgefallenen Frühjahrsmonaten. So stieg die Beschäftigung in saisonbereinigter Rechnung um 37 000 Personen an (Erwerbstätige nach dem Inlandskonzept). Nach Ursprungszahlen nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 560 000 auf nun 40,31 Mio Personen zu. Insgesamt ist die Situation am Arbeitsmarkt also weiterhin robust. Für den weiteren Jahresverlauf dürften sich aber auch hier erste Bremsspuren der konjunkturellen Abkühlung zeigen. So wollen die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in den nächsten Monaten weniger Personal einstellen als zuvor (ifo-Geschäftsklimaindex).

Der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus hat sich im August etwas abgemildert. Die Teuerungsrate lag bei 3,1 %, nachdem die Inflation im Juni und Juli noch jeweils + 3,3 % gegenüber dem Vorjahr betragen hatte. Die rückläufigen Rohölpreise auf dem Weltmarkt haben den Anstieg des Verbraucherpreisindex gebremst. Dennoch war der Preisanstieg für Energiegüter im Vorjahresvergleich (+ 13,0 %) immer noch kräftig. Ohne Einrechnung der Preisentwicklung für Energie hätte die Teuerungsrate bei 1,9 % gelegen. Auch das Preisniveau für Nahrungsmittel nahm weiter

zu (+ 7,4 %). Beide Güterbereiche erklären zusammen etwa zwei Drittel der gesamten Teuerung. Für den weiteren Jahresverlauf ist alleine schon basisbedingt mit einer weiteren Rückbildung der Teuerungsrate zu rechnen, es sei denn, es käme zu einem deutlichen Wiederanstieg des zuletzt zurückgegangenen Ölpreisniveaus.

Durch die Preisniveausteigerungen auf den vorgelagerten Handelsstufen besteht – aufgrund der noch zu erwartenden Preisüberwälzungsschritte – weiterhin ein erhebliches Inflationspotential. So stieg der Erzeugerpreisindex im Juli deutlich um 8,9 % an. Eine höhere Jahresteuerrate hatte es letztmalig im Oktober 1981 (+ 9,1 %) gegeben. Der Preisanstieg für Energie (+ 24,5 %) hatte den größten Einfluss auf die Erzeugerpreiserhöhung (Erdgas: + 27,1 %, Strompreis: + 22,6 %, Mineralölprodukte: + 28,3 %). Ohne Berücksichtigung von Energieerzeugnissen stiegen die Erzeugerpreise lediglich um 3,6 % an.

Auch Importe verteuerten sich im Juli spürbar (+ 9,3 % gegenüber dem Vorjahr). Dies ist die höchste Jahresteuerrate seit November 2000. Besonders hoch war der Preisanstieg für Energieträger (+ 48,8 %). Dabei verteuerten sich Steinkohle, Rohöl und Mineralölerzeugnisse besonders deutlich. Ohne Rohöl und Mineralölprodukte belief sich der Preisanstieg auf 3,5 %. Erdgaspreise nahmen ebenfalls spürbar zu (+ 53,6 %). Deutliche Preiserhöhungen gab es auch im Nahrungsmittelsektor (Nahrungsmittel und Getränke: + 7,7 %, nach + 8,6 % im Juni). Die Teuerung in diesem Bereich verlief jedoch etwas gedämpfter als in den vergangenen Monaten. Im Vormonatsvergleich sanken Getreidepreise (– 4,6 %). Preise für Milch und Milcherzeugnisse veränderten sich kaum (+ 0,3 %).

Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2008

Das Bundesministerium der Finanzen legt Zusammenfassungen über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich Juli 2008 vor.

Bis Ende Juli 2008 stiegen die Ausgaben der Länder insgesamt im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum um + 2,8 %. Dem standen im gleichen Zeitraum um + 5,2 % gestiegene Einnahmen gegenüber. Allein die Steuereinnahmen stiegen im Berichtszeitraum um + 6,6 %. Ende Juli 2008 konnten die Länder insgesamt einen Finanzierungsüberschuss in Höhe von 0,5 Mrd. € erwirtschaften. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum bedeutet das eine Verbesserung von rund 3,6 Mrd. €.

In den Flächenländern West stiegen die Ausgaben nahezu wie geplant um + 3,0 %, die Ein-

nahmen erhöhten sich um + 4,8 %, darunter die Steuereinnahmen um + 5,9 %. Die Haushaltsplanungen der Flächenländer West sehen für das Haushaltsjahr 2008 konstante Einnahmen vor (+ 0,0 %). Mit + 1,9 % entwickelten sich die Ausgaben der Flächenländer Ost moderater (Haushaltsplanung: + 3,0 %). Die Einnahmen der Flächenländer Ost stiegen um + 4,2 %, allein die Steuereinnahmen um + 9,2 %. In den Haushaltsplanungen für 2008 wird von einem Einnahmerückgang (– 3,0 %) ausgegangen. Am günstigsten fiel die Einnahmeentwicklung in den Stadtstaaten aus (+ 10,8 %). Dem stand aber auch ein Ausgabenzuwachs von + 4,3 % gegenüber. Geplant ist für 2008 ein Zuwachs der Ausgaben von + 1,6 % und der Einnahmen von + 0,2 %.

Länder insgesamt

Bereinigte Ausgaben

Personalausgaben

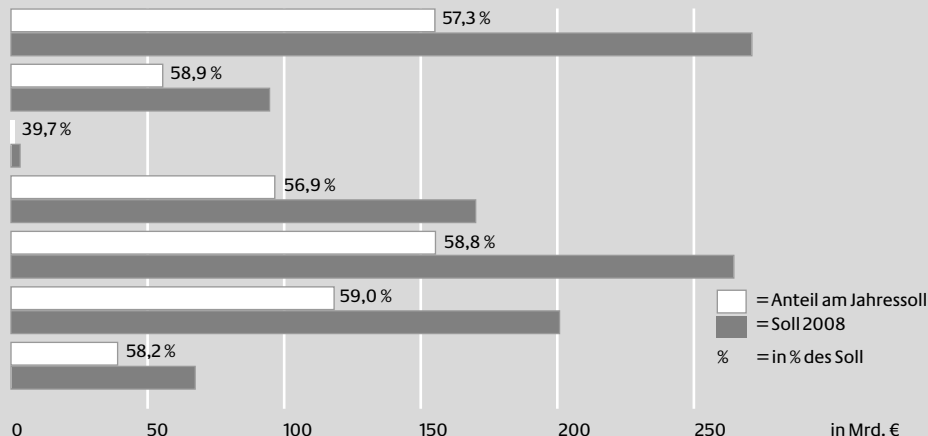
Baus Ausgaben

übrige Ausgaben

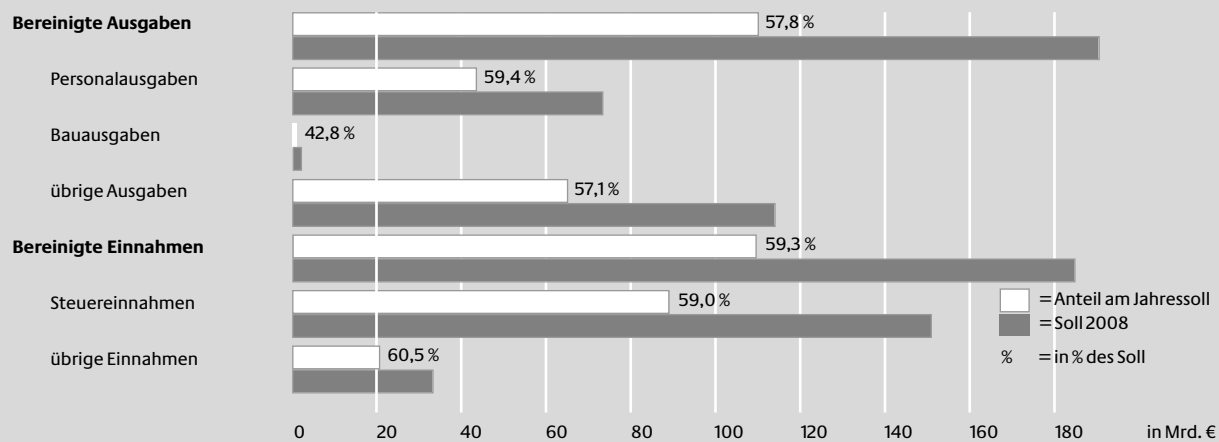
Bereinigte Einnahmen

Steuereinnahmen

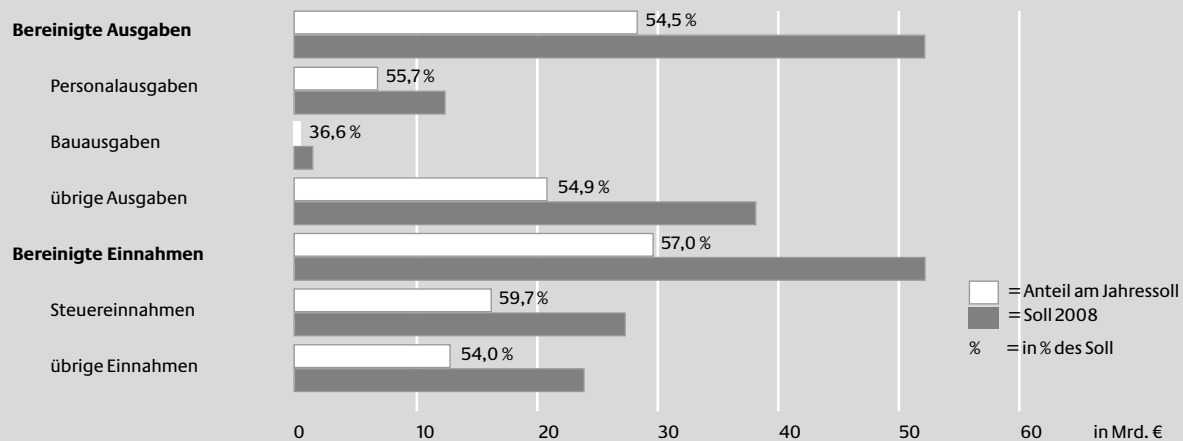
übrige Einnahmen



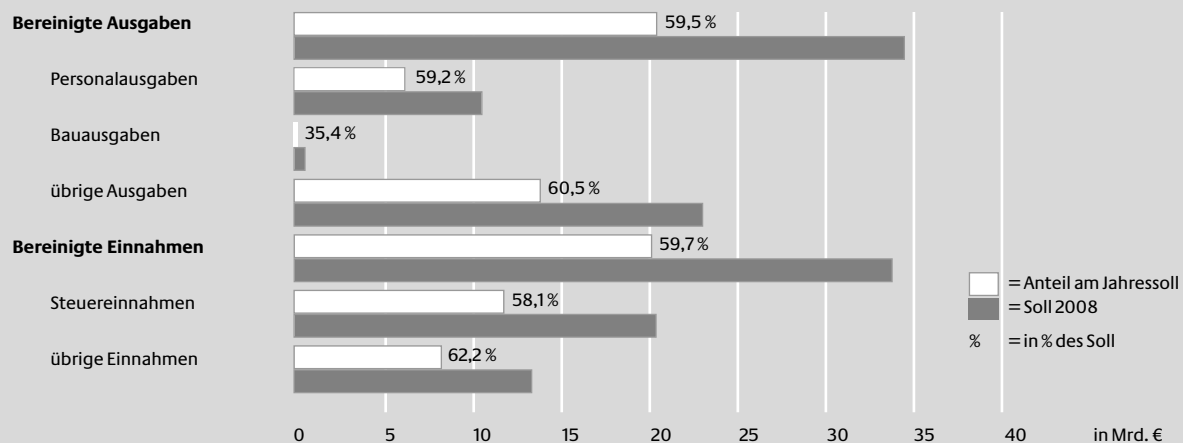
Flächenländer West



Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Termine, Publikationen

Finanz- und wirtschaftspolitische Termine

- 6./7. Oktober 2008 – Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
- 10./12. Oktober 2008 – Herbsttagung von IWF und Weltbank in Washington
- 3./4. November 2008 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel
- 8./9. November 2008 – Treffen der G20-Finanzminister in Sao Paulo (Brasilien)

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2009

- 6. bis 8. Mai 2008 – Steuerschätzung
- bis 20. Juni 2008 – Regierungsinterne Haushaltsverhandlungen
- 27. Juni 2008 – Zuleitung an Kabinett
- 2. Juli 2008 – Kabinettsbeschluss
- 2. Juli 2008 – Finanzplanungsrat
- 8. August 2008 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 16. bis 19. September 2008 – 1. Lesung Bundestag
- 19. September 2008 – 1. Beratung Bundesrat
- 24. September bis
- 12. November 2008 – Beratungen im Haushaltsausschuss
- 4. und 5. November 2008 – Steuerschätzung
- 13. November 2008 – Bereinigungssitzung Haushaltsausschuss
- 25. bis 28. November 2008 – 2./3. Lesung Bundestag
- 19. Dezember 2008 – 2. Beratung Bundesrat
- Ende Dezember 2008 – Verkündung im Bundesgesetzblatt

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
Oktober 2008	September 2008	23. Oktober 2008
November 2008	Oktober 2008	21. November 2008
Dezember 2008	November 2008	19. Dezember 2008
Januar 2009	Dezember 2008	30. Januar 2009
Februar 2009	Januar 2009	20. Februar 2009
März 2009	Februar 2009	20. März 2009
April 2009	März 2009	23. April 2009
Mai 2009	April 2009	20. Mai 2009
Juni 2009	Mai 2009	22. Juni 2009
Juli 2009	Juni 2009	20. Juli 2009
August 2009	Juli 2009	20. August 2009
September 2009	August 2009	21. September 2009
Oktober 2009	September 2009	22. Oktober 2009
November 2009	Oktober 2009	20. November 2009
Dezember 2009	November 2009	21. Dezember 2009

Publikationen des BMF

Publikationen des BMF können kostenfrei bestellt werden beim:

Bundesministerium der Finanzen
 Referat Bürgerangelegenheiten
 Wilhelmstraße 97
 10117 Berlin
 buergerreferat@bmf.bund.de
 www.bundesfinanzministerium.de

Zentraler Bestellservice:
 telefonisch: 0 18 05 / 77 80 90¹
 per Telefax: 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ Jeweils 0,12 € / Min. aus dem Festnetz der T-Com, abweichende Preise aus anderen Netzen möglich.

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de> oder
<http://www.bmf.bund.de>



Analysen und Berichte

Förderung von Wagniskapital	33
Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2007	43
Mitarbeiterkapitalbeteiligungen	49
Zur künftigen Entwicklung der Weltagrarmärkte	57
Mittelfristige Perspektive der öffentlichen Haushalte	63

Förderung von Wagniskapital

Begrenzung der mit Finanzinvestitionen verbundenen Risiken

1	Einleitung	33
2	Förderung von Wagniskapitalbeteiligungen	34
2.1	Inhalt des Wagniskapitalgesetzes	34
2.2	Novellierung des Gesetzes über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften	38
3	Begrenzung der mit Finanzinvestitionen verbundenen Risiken	39
3.1	Abgestimmtes Verhalten von Investoren	39
3.2	Aussagefähigere wertpapierhandelsrechtliche Meldungen	39
3.3	Bessere Informationen über Inhaber wesentlicher Beteiligungen	39
3.4	Verschärfung der Rechtsfolgen bei Verletzung von gesetzlichen Mitteilungspflichten	40
3.5	Verbesserte Identifizierung der Inhaber von Namensaktien	40
3.6	Konkretisierung der Informationsrechte der Belegschaften	40
3.7	Intensivierung der Finanzmarktaufsicht durch die BaFin und die Deutsche Bundesbank	40
4	Verbesserung des Schutzes von Darlehensnehmern beim Verkauf von Krediten	41
5	Fazit	42

- Finanzinvestitionen beinhalten sowohl Chancen als auch Risiken. Beide Aspekte müssen bei der Gestaltung zukunftsgerichteter Finanzmarktpolitik berücksichtigt werden.
- Mit dem Gesetz zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen werden Finanzinvestitionen in junge und innovative Unternehmen gezielt gefördert; dort besteht ein Mangel an Kapital.
- Mit dem Gesetz zur Begrenzung der mit Finanzinvestitionen verbundenen Risiken wird die Transparenz, Klarheit und Rechtssicherheit auf dem Kapitalmarkt erhöht und der Schutz von Darlehensnehmern beim Verkauf von Krediten verbessert.

1 Einleitung

Finanzinvestitionen spielen für unsere Volkswirtschaft eine immer wichtigere Rolle. Einerseits tragen Finanzinvestitionen zu einer verbesserten Versorgung unserer Wirtschaft mit Finanzmitteln bei und schaffen dadurch auch die Voraussetzungen für Wirtschaftswachstum und neue Arbeitsplätze. Andererseits gilt es jedoch, mögliche Risiken dieser Investitionen für Unternehmen, Arbeitnehmer und die Finanzmärkte zu begrenzen. Um diese Entwicklung verantwortungsvoll zu begleiten und zu gestalten hat die Bundesregierung im letzten Jahr zwei Gesetzentwürfe mit ordnungs- und steuerpo-

litischen Maßnahmen auf den Weg gebracht: den Entwurf des Gesetzes zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen (MoRaKG) und den Entwurf des Gesetzes zur Begrenzung der mit Finanzinvestitionen verbundenen Risiken (Risikobegrenzungs-gesetz). Der Deutsche Bundestag und der Bundesrat haben die Gesetze Ende Juni bzw. Anfang Juli 2008 verabschiedet. Am 18. August 2008 wurden beide Gesetze im Bundesgesetzblatt veröffentlicht und traten mit einigen Ausnahmen und Übergangsbestimmungen am Tag darauf in Kraft. Im Folgenden werden die Ziele und wesentliche Inhalte der Gesetze erläutert.

2 Förderung von Wagniskapitalbeteiligungen

Nach seiner sehr dynamischen Entwicklung in den 90er Jahren hat der Beteiligungsmarkt durch das Platzen der Spekulationsblase auf den Märkten für Technologieunternehmen Anfang dieses Jahrzehnts einen empfindlichen Dämpfer erhalten. Im Bereich der wichtigen Frühphasenfinanzierung innovativer Unternehmen ist seitdem ein erheblicher Kapitalmangel zu beobachten. Allein von 2006 bis 2007 sind nach Angaben des Bundesverbandes Deutscher Kapitalbeteiligungsgesellschaften (BVK) sogenannte Venture-Capital-Investitionen erneut um 19 % von etwas mehr als 1 Mrd. € auf knapp 840 Mio. € zurückgegangen. Hier setzt das MoRaKG durch die Schaffung eines neuen Wagniskapitalbeteiligungsgesetzes und eine Reform des Gesetzes über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften an.

2.1 Inhalt des Wagniskapitalgesetzes

Mit dem neuen Wagniskapitalbeteiligungsgesetz (WKBG) werden Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaften als neue Investitionsvehikel anerkannt und gefördert. Um eine Fokussierung der Förderung auf junge Unternehmen zu gewährleisten, die eine hohe Innovationskraft aufweisen, muss der Unternehmensgegenstand der Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaft primär auf den Erwerb, das Halten, die Verwaltung und die Veräußerung von Wagniskapitalbeteiligungen ausgerichtet sein. Unter Wagniskapitalbeteiligungen sind Eigenkapitalbeteiligungen an gesetzlich definierten Zielgesellschaften zu verstehen. Die Kapitalbereitstellung insbesondere für junge, innovative Unternehmen soll durch gezielte steuerliche Fördermaßnahmen verbessert werden.

Zielgesellschaften

Als Zielgesellschaften gelten Kapitalgesellschaften, die zum Zeitpunkt des Beteiligungserwerbs nicht älter als zehn Jahre sind und deren Eigenkapital zu diesem Zeitpunkt nicht größer als 20 Mio. €

ist. Hintergrund für diese weite Definition ist das Bestreben, auch Unternehmen in innovativen Bereichen zu erfassen, in denen hohe Investitionen erforderlich und lange Anlaufphasen üblich sind; wie beispielsweise bei der Entwicklung neuer Arzneimittel und in der Biotechnologieindustrie.

Es muss sichergestellt sein, dass es sich bei Zielgesellschaften nicht nur formal um junge Unternehmen handelt. Auch die Aufnahme der unternehmerischen Tätigkeit der Zielgesellschaft muss innerhalb der Altersgrenze erfolgt sein. Aus diesem Grund schreibt das Gesetz vor,

- dass die Zielgesellschaft keine Unternehmen oder Unternehmensteile betreibt, die älter als die Zielgesellschaft sind,
- dass auf die Zielgesellschaft keine Unternehmen oder Unternehmensteile übergehen, die älter als die Zielgesellschaft sind, wobei die Übertragung einzelner Wirtschaftsgüter im Regelfall unschädlich ist, und
- dass die Zielgesellschaft kein Organträger im Sinne des § 14 des Körperschaftsteuergesetzes oder Mitunternehmer des Organträgers ist.



Sitz und Geschäftsleitung einer Zielgesellschaft müssen im Inland oder in einem anderen Vertragsstaat des Europäischen Wirtschaftsraums liegen.

Ferner darf die Zielgesellschaft zum Zeitpunkt des Erwerbs einer Beteiligung durch eine Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaft nicht börsennotiert sein. Unternehmen, deren Wertpapiere an einer Börse notiert sind, verfügen bereits über einen hohen Reifegrad und bedürfen nicht der mit einer steuerlichen Förderung verbundenen Finanzierung durch eine Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaft, da sie die Möglichkeit haben, sich über die Börse die erforderlichen Mittel zu beschaffen.

Eine Wagniskapitalbeteiligung darf maximal über 15 Jahre bestehen. Wird die Beteiligung länger gehalten, gilt sie nicht mehr als eine Beteiligung an einer Zielgesellschaft, sondern als eine Beteiligung außerhalb des Wagniskapitalbeteiligungsportfolios.

Nach einer Börsenzulassung verliert eine Gesellschaft ihren Status als Zielgesellschaft. Gleichwohl kann eine Beteiligung nach der Börsenzulassung einer Zielgesellschaft noch maximal drei Jahre lang im Wagniskapitalbeteiligungsportfolio gehalten werden. Diese Regelung soll der Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaft einen geordneten Verkauf einer Beteiligung an der Börse (sogenannter „Exit“) ermöglichen.

Die Beteiligung einer Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaft am Eigenkapital einer Zielgesellschaft darf 90 % nicht übersteigen. Diese Einschränkung soll unerwünschte Gestaltungen erschweren, die allein auf die steuerliche Förderung abzielen. Außerdem darf eine Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaft sich mit maximal 40 % des von ihr verwalteten Vermögens an einer Zielgesellschaft beteiligen, um eine Mindeststreuung des Portfolios der Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaft zu gewährleisten.

Ausgestaltung der Aufsicht

Zuständig für die Anerkennung von Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaften und ihre laufende Beaufsichtigung ist die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin). Die BaFin gewährleistet die bundeseinheitliche Auslegung und Anwendung des WKBG. Potenzielle Initiatoren aus dem In- und Ausland können sich mit der BaFin an einen zentralen Ansprechpartner wenden.

Die Anerkennung durch die BaFin beruht auf einer freiwilligen Entscheidung der Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaft. Sie ist Voraussetzung für die Inanspruchnahme der steuerlichen Fördermaßnahmen, jedoch nicht erforderlich, um Wagniskapitalbeteiligungen zu halten. Das Konzept der Anerkennung unterscheidet sich insofern von dem Konzept der Erlaubniserteilung gemäß dem Gesetz über das Kreditwesen (KWG); eine Erlaubnis nach dem KWG ist Voraussetzung für die Durchführung von Bankgeschäften und das Erbringen von Finanzdienstleistungen.

Falls sich ein Unternehmen jedoch für eine Anerkennung als Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaft entscheidet, muss es die im WKBG aufgeführten Bestimmungen einhalten.

Zulässige Geschäfte

Eine Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaft darf neben dem Wagniskapitalbeteiligungsgeschäft nur folgende weiteren Tätigkeiten durchführen:

- Den Erwerb sowie das Halten, Verwalten und Veräußern von
 - Beteiligungen an anderen Gesellschaften, die nicht die Kriterien einer Zielgesellschaft erfüllen,
 - Wertpapieren, Geldmarktinstrumenten und Investmentanteilen,
 - Bankguthaben bei einem Kreditinstitut mit Sitz in einem Vertragsstaat des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum;
- Beratung von Zielgesellschaften, an denen die Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaft beteiligt ist;
- Gewährung von Darlehen und Bürgschaften an Zielgesellschaften, an denen die Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaft beteiligt ist;
- Aufnahme von Krediten und Begebung von Schuldverschreibungen;
- Erwerb von Grundstücken zur Beschaffung von Geschäftsräumen;
- Sonstige Geschäfte, wenn sie mit dem Unternehmensgegenstand zusammenhängen.

Des Weiteren gelten folgende Anforderungen an eine Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaft:

- Mindestens 70 % des verwalteten Vermögens einer Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaft müssen – nach einer fünfjährigen Übergangsphase – in Wagniskapitalbeteiligungen investiert sein; d. h. 30 % des verwalteten Vermögens können außerhalb des Wagniskapitalbeteiligungsportfolios gehalten werden.
- Die Geschäftsleiter einer Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaft müssen fachlich geeignet und zuverlässig sein.
- Sitz und Geschäftsleitung einer Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaft müssen sich in Deutschland befinden.

Anteile an Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaften müssen eine Mindeststückelung von 25 000 € aufweisen. Dieser Betrag ist so bemessen, dass einerseits unerfahrene Kleinanleger keine Anteile an Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaften erwerben und somit vor den Verlustrisiken, die mit einer Anlage in Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaften verbunden sind, geschützt werden. Andererseits sollen aber insbesondere auch die Manager der Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaft aus dem Kreis potenzieller Investoren nicht ausgeschlossen werden.

Verlustabzugsbeschränkung nach § 8c Körperschaftsteuergesetz (KStG)

Von zentraler Bedeutung für die Wirkungsweise und den Anwendungsbereich des Gesetzes ist die steuerliche Behandlung von Verlustvorträgen. Beim Erwerb von Anteilen an einer Zielgesellschaft durch eine Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaft und bei der Weiterveräußerung an Dritte sollen künftig die Verlustvorträge im Umfang der in der Zielgesellschaft vorhandenen stillen Reserven erhalten bleiben. Aus diesem Grunde sieht das Gesetz eine entsprechende Ausnahmeregelung zu der im Rahmen der Unternehmensteuerreform 2008 neu eingeführten Verlustabzugsbeschränkung für Körperschaften (§ 8c KStG) vor.

Die Voraussetzungen dürften insbesondere von forschungsintensiven und innovativen Unternehmen erfüllt werden. Ausgaben für Forschung und Entwicklung führen häufig erst nach mehreren Jahren zu vermarktungsreifen Produkten mit entsprechenden Einnahmen und Gewinnen; kurz- und mittelfristig schlagen sich diese Ausgaben in der Bilanz jedoch lediglich als Verluste bzw. Verlustvorträge nieder. Ohne die Ausnahmeregelung des neuen § 8c KStG würden diese Verluste bei Anteilserwerben durch Beteiligungsgesellschaften regelmäßig ganz oder teilweise untergehen. Durch die Neuregelung wird damit ein wesentliches Hindernis, das einer Finanzierung junger innovativer Wachstumsunternehmen durch Risikokapital entgegenstehen würde, beseitigt.

Bei Unternehmen, deren Geschäftsstrategie auf die Produktion von Wirtschaftsgütern und Erbringung von Dienstleistungen ausgerichtet

ist, ohne dass sie in größerem Umfang in Forschung und Entwicklung investieren, wird der beschriebene Zusammenhang zwischen Ausgaben, Verlustvorträgen und stillen Reserven regelmäßig nicht in diesem Umfang bestehen. Diese Unternehmen werden daher als Zielgesellschaften für Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaften von geringem Interesse sein.

Die Nutzung von Verlustvorträgen nach einer Veräußerung der Anteile an einer Wagniskapitalgesellschaft setzt jedoch voraus, dass die Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaft die Wagniskapitalbeteiligung mindestens vier Jahre lang gehalten hat. Zudem kann der Verlustvortrag in jedem Jahr nur zu einem Fünftel realisiert werden; d.h. in voller Höhe erst nach fünf Jahren. Diese Vorschriften bezwecken ein nachhaltiges Engagement in Zielgesellschaften und wirken kurzfristig angelegten, steuerlich motivierten Handelsstrategien entgegen.

Vermögensverwaltende Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaften

Bei Einhaltung bestimmter Voraussetzungen, die in § 19 WKBG festgeschrieben sind, gilt die Tätigkeit einer Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaft als vermögensverwaltend. Das hat zur Folge, dass bei einer solchen Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaft eine Besteuerung ausschließlich auf der Ebene des Anlegers stattfindet („transparente Besteuerung“). Bislang waren die Voraussetzungen für die Einstufung einer Private Equity-Gesellschaft als gewerblich oder vermögensverwaltend lediglich in einem Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) vom 16. Dezember 2003 festgelegt. Mit der im MoRaKG enthaltenen Regelung wird die von der Branche seit Jahren geforderte Rechtssicherheit herbeigeführt. Zugleich erfolgt eine geringfügige Lockerung der Kriterien, indem nun auch das Unterhalten eigener Geschäftsräume und eine geschäftsmäßige Organisation zulässig sind, ohne den Status der Vermögensverwaltung zu gefährden. Ansonsten müssen die der Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaft erlaubten Geschäfte in einer 100%igen Tochtergesellschaft, die eine Kapitalgesellschaft ist, durchgeführt werden.

Das Gesetz ist jedoch nicht mit der Aufhebung des BMF-Schreibens vom 16. Dezember

2003 verbunden. Somit können auch weiterhin PrivateEquity-Gesellschaften, die nicht unter die Regelungen des WKBG fallen, als vermögensverwaltend eingestuft werden, sofern sie die im BMF-Schreiben genannten Kriterien erfüllen.



Business Angels-Regelung

Neben Wagniskapitalbeteiligungsgesellschaften gibt es auch Privatinvestoren, die zielgerichtet in junge Technologieunternehmen investieren und daneben ihre unternehmerische Erfahrung weitergeben möchten. Diese Investoren werden auch als Business Angels bezeichnet.

Business Angels sind vermögende, unternehmerisch denkende und handelnde Personen, die sich mit Kapital, Know-how und ihrem persönlichen Netzwerk in Zielunternehmen einbringen. Das Engagement von Business Angels soll durch die Einführung einer Freibetragsregelung nach § 20 WKBG steuerlich gefördert werden.

Deshalb wird Steuerpflichtigen künftig für Gewinne aus der Veräußerung von Anteilen an einer Kapitalgesellschaft im Sinne von § 17 Einkommensteuergesetz (EStG) ein erhöhter Veräußerungsfreibetrag gewährt, wenn abweichend von § 17 EStG folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

- Der Veräußerungsgewinn muss aus der Veräußerung von Anteilen an einer Zielgesellschaft im Sinne von § 2 Abs. 3 WKBG entstanden sein.
- Der Veräußerer muss zum Zeitpunkt der Veräußerung innerhalb der letzten fünf Jahre unmittelbar zu mindestens 3 %, höchstens jedoch zu 25 % an dieser Zielgesellschaft beteiligt gewesen sein.
- Zum Zeitpunkt der Veräußerung darf die Beteiligung an der Zielgesellschaft längstens zehn Jahre bestanden haben.

Die Freibetragsregelung selbst ist der Regelung von § 17 Abs. 3 EStG nachempfunden. Danach wird der Veräußerungsgewinn nur zur Einkommensteuer herangezogen, soweit er den Teil von 200 000 € übersteigt, der dem veräußerten Anteil an der Kapitalgesellschaft entspricht. Da die Beteiligungshöchstgrenze bei 25 % liegt und der Abzug nur entsprechend dem jeweiligen Anteil am Unternehmen zulässig ist, beträgt der maximale Freibetrag, der sich aus § 20 WKBG ergeben kann, 25 % von 200 000 €, also 50 000 €.

Der Freibetrag verringert sich um den Betrag, um den der Veräußerungsgewinn den Teil von 800 000 € übersteigt, der dem veräußerten Anteil an der Kapitalgesellschaft entspricht.

Carried Interest

Als Beitrag zur Gegenfinanzierung des MoRaKG wird der steuerfreie Anteil des sogenannten Carried Interest generell von 50 % auf 40 % der Vergütungen abgesenkt. Als Carried Interest wird die vom Gewinn abhängige Tätigkeitsvergütung (§ 18 Abs. 1 Nr. 4 i. V. m. § 3 Nr. 40a EStG) bezeichnet, die an die Initiatoren von vermögensverwaltenden Beteiligungsgesellschaften unter der Voraussetzung gezahlt wird, dass die übrigen Gesellschafter ihr eingezahltes Kapital vollständig zurückerhalten haben.

In-Kraft-Treten und Suspensivklausel

Nach Artikel 8 Abs. 1 MoRaKG tritt das Gesetz grundsätzlich am Tag nach der Verkündung in Kraft. Dies gilt jedoch nicht für alle Regelungen. Aus Gründen der Rechtssicherheit hat die Bundesregierung ein förmliches Notifizierungsverfahren bei der Europäischen Kommission eingeleitet. Für alle begünstigend wirkenden steuerlichen Regelungen (§§ 19 und 20 WKBG, § 8c Abs. 2 KStG) gilt eine sogenannte Suspensivklausel. Danach treten diese Regelungen jeweils an dem Tag in Kraft, an dem die Kommission ihre Vereinbarkeit mit dem gemeinsamen Markt festgestellt hat. Nach Abschluss des Notifizierungsverfahrens wird der genaue Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens vom Bundesministerium der Finanzen im Bundesgesetzblatt bekannt gemacht. Durch entsprechende Anwendungsregelungen in §§ 19 und 20 WKBG sowie § 34 Abs. 7b KStG ist

gewährleistet, dass das spätere In-Kraft-Treten keinen Einfluss auf die erstmalige Anwendbarkeit dieser Regelungen hat.

2.2 Novellierung des Gesetzes über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften

Auch für die vom WKBG nicht erfassten kleinen und mittelständischen Unternehmen kann privates Beteiligungskapital eine wichtige Rolle spielen. Deshalb werden mit dem MoRaKG zugleich Regelungen des Gesetzes über Unternehmensbeteiligungsgesellschaften (UBGG) flexibilisiert und besser an die Bedürfnisse der Praxis angepasst. Diese Maßnahmen entsprechen im Wesentlichen Vorschlägen des Bundesrates für eine Novellierung des UBGG vom September 2007.

Bei der UBGG-Novellierung handelt es sich insbesondere um folgende Änderungen:

Der bislang von der Definition der Wagniskapitalbeteiligung erfasste Beteiligungsbegriff wird erweitert. Unternehmensbeteiligungsgesellschaften können künftig auch Beteiligungen an offenen Handelsgesellschaften, an Gesellschaften bürgerlichen Rechts sowie Beteiligungen an ausländischen Gesellschaften eingehen, wenn diese eine den inländischen Rechtsformen vergleichbare Rechtsform aufweisen.

Durch eine Neuformulierung des Beteiligungsbegriffs werden nunmehr alle diejenigen mezzaninen Finanzierungsformen als Unternehmensbeteiligungen erfasst, die handelsrechtlich als Eigenkapital gelten. Daneben ist weiterhin eine Beteiligung als stiller Gesellschafter oder über Genussrechte möglich.

Integrierten Unternehmensbeteiligungsgesellschaften wird die Beteiligung an Zielunternehmen erleichtert, indem es künftig ausreicht, wenn mindestens einer der zur Geschäftsführung des Zielunternehmens Berechtigten eine natürliche Person ist, die mittelbar mit mindestens 10 % an den Stimmrechten beteiligt ist. Bei einer Kommanditgesellschaft, bei der kein persönlich haftender Gesellschafter eine natürliche Person ist, gilt diese Voraussetzung als erfüllt, wenn ein Geschäftsführer der Komplementärgesellschaft an der Kommanditgesellschaft betei-

ligt ist und dabei über mindestens 10 % der Stimmrechte der Kommanditgesellschaft verfügt. Mit dieser Änderung werden Beteiligungen an Gesellschaften in der Rechtsform der GmbH & Co KG erleichtert.

Die zulässige Dauer des Haltens von Unternehmensbeteiligungen wird von zwölf auf 15 Jahre heraufgesetzt und steht damit im Einklang mit der Regelung im WKBG.

Die bestehende Ausnahmeregelung in § 24 UBGG für die Zurechnung von Darlehen nach den Regeln für den Eigenkapitalersatz wird auf den Fall erweitert, in dem ein an der Unternehmensbeteiligungsgesellschaft beteiligtes Unternehmen der Zielgesellschaft ein Darlehen gewährt. Im Übrigen wird der Wortlaut der Vorschrift an die geänderte Terminologie des Gesetzes zur Modernisierung des GmbH-Rechts und zur Bekämpfung von Missbräuchen (MoMiG) angepasst.



3 Begrenzung der mit Finanzinvestitionen verbundenen Risiken

Parallel zum MoRaKG wurde das Risikobegrenzungs-gesetz verabschiedet. Ziel des Risikobegrenzungs-gesetzes ist es, die Transparenz, Klarheit und Rechtssicherheit auf dem Kapitalmarkt zu erhöhen und dadurch gesamtwirtschaftlich unerwünschten Entwicklungen in Bereichen entgegenzuwirken, in denen Finanzinvestoren tätig sind. Diese Maßnahmen sollen vor allem Unternehmen nutzen, die auf eine Finanzierung über Beteiligungen angewiesen sind. Der Einfluss, den Investoren alleine oder gemeinsam auf diese Unternehmen ausüben, soll in Übereinstimmung mit ihrem Stimmrechtsanteil stehen. Ebenso wie die Unternehmensleitung sollen auch Fremdkapitalgeber, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie – unabhängig von ihrer Beteiligungshöhe – andere Aktionäre frühzeitig auf die Planungen von Investoren, die größere Anteile an Unternehmen erwerben, reagieren können. Leistungs- und zukunfts-fähige Unternehmen sollen weder unverhältnismäßig durch Kredite belastet noch allein aus kurzfristigen und unrealistischen Renditeerwägungen einer kleinen Gruppe von Investoren zerschlagen werden. Diesen Zielen dienen folgende Maßnahmen:

3.1 Abgestimmtes Verhalten von Investoren

Die Vorschriften im Wertpapierhandelsgesetz und im Wertpapierübernahmegesetz zum abgestimmten Verhalten von Investoren („acting in concert“) werden erweitert und konkretisiert. Nun kann auch ein abgestimmtes Verhalten außerhalb der Hauptversammlung dazu führen, dass Stimmrechte für Meldungen an die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zusammengerechnet werden müssen und bei Erreichen oder Überschreiten des gesetzlichen Schwellenwertes (30 % der Stimmrechte) auf dem Kapitalmarkt ein Übernahmeangebot abzugeben ist.

Die Neuregelung erfolgt vor dem Hintergrund, dass die kapitalmarktrechtlichen Vorschriften zum abgestimmten Verhalten von

Investoren in der Praxis Auslegungs- und Nachweisprobleme bereitet haben. Darüber hinaus führte auch die restriktive Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs dazu, dass die Regelungen anders als gewollt nicht alle Fälle erfasst haben, in denen eine wechselseitige Zurechnung von Stimmrechten gerechtfertigt erscheint. Mit der Reform werden diese Unzulänglichkeiten beseitigt.

3.2 Aussagefähigere wertpapierhandelsrechtliche Meldungen

Bei wertpapierhandelsrechtlichen Meldungen sind Stimmrechte aus Aktien und aus vergleichbaren Positionen in anderen Finanzinstrumenten (d. h. insbesondere Optionen, die ein Recht auf effektive Lieferung von Aktien verschaffen) künftig zusammenzurechnen. Dies erhöht die Aussagekraft der Meldungen. Bislang waren Meldungen über Stimmrechte aus Aktien getrennt von Meldungen über Positionen in anderen Finanzinstrumenten abzugeben. Dies hatte zur Folge, dass die wertpapierhandelsrechtlichen Meldungen die Beteiligungsverhältnisse nur unvollständig und zeitlich versetzt wiedergegeben haben.

3.3 Bessere Informationen über Inhaber wesentlicher Beteiligungen

Inhaber wesentlicher Beteiligungen müssen nunmehr ab dem Erwerb einer Beteiligung in Höhe von 10 % der Stimmrechte die mit der Beteiligung verfolgten Ziele und die Herkunft der finanziellen Mittel hinsichtlich ihrer Aufteilung in Eigen- und Fremdmittel dem Emittenten mitteilen. Die Investoren müssen u. a. angeben, ob die Investition der Umsetzung strategischer Ziele oder der Erzielung von Handelsgewinnen dient oder ob eine Einflussnahme auf die Besetzung von Verwaltungs-, Leitungs- und Aufsichtsorganen des Emittenten angestrebt wird. Planungen von Finanzinvestoren können dadurch früher erkannt werden. Durch eine auf der Hauptversammlung beschlossene Satzungsänderung kann ein Emittent auf die Angaben

verzichten. Sofern ein Emittent von dieser Option nicht Gebrauch macht und Informationen über die Ziele von Investoren und die Herkunft der von ihnen verwandten Mittel erhält, sind diese auch zu veröffentlichen.

3.4 Verschärfung der Rechtsfolgen bei Verletzung von gesetzlichen Mitteilungspflichten

Im Falle eines Verstoßes gegen wertpapierhandelsrechtliche Meldepflichten können künftig Stimmrechte für sechs Monate nicht mehr ausgeübt werden. Der Praxis, Meldungen über gehaltene Beteiligungen erst kurz vor oder sogar während der Hauptversammlungen abzugeben, wird dadurch ein Riegel vorgeschoben. Die bisherige Regelung erlaubte dem Aktionär, unter Nichterfüllung seiner Mitteilungspflichten zwischen zwei Hauptversammlungen unbemerkt ein Aktienpaket aufzubauen, ohne durch die Sanktion des Stimmrechtsentzugs belastet zu werden.

3.5 Verbesserte Identifizierung der Inhaber von Namensaktien

Die Aussagekraft des im Aktiengesetz geregelten Aktienregisters wird dadurch erhöht, dass künftig im Aktienregister Eingetragene dem Emittenten auf Verlangen mitteilen müssen, ob ihnen die Aktien gehören oder für wen sie die Aktien halten. Bei einer Verweigerung der Auskunft entfällt das Stimmrecht. Emittenten können zudem in der Satzung künftig Schwellenwerte bestimmen, bis zu denen Eintragungen im eigenen Namen für Aktien, die einem anderen gehören, zulässig sind.

Die Änderung war erforderlich, da sich in der Praxis gezeigt hat, dass sich die Aktieninhaber häufig nicht in das Aktienregister eintragen lassen. Vielmehr überwogen bislang insbesondere bei ausländischen Inhabern sogenannte Nominee-Eintragungen, bei denen sich z. B. Verwahrbanken oder Zentralverwahrer anstelle des Inhabers der Aktie mit dem eigenen Namen eintragen lassen.

3.6 Konkretisierung der Informationsrechte der Belegschaften

Für börsennotierte Unternehmen regelt das Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz ausführlich die Unterrichtung der Belegschaften im Falle einer Unternehmensübernahme. Bei nicht-börsennotierten Unternehmen griffen bislang jedoch nur die allgemeinen Regelungen des Betriebsverfassungsgesetzes. Diese werden nun konkretisiert durch die gesetzliche Klarstellung, dass ein Unternehmen den Wirtschaftsausschuss auch über eine Übernahme des Unternehmens unterrichten muss, wenn damit der Erwerb der Kontrolle verbunden ist. In Unternehmen, in denen kein Wirtschaftsausschuss besteht, ist der Betriebsrat zu beteiligen.

3.7 Intensivierung der Finanzmarktaufsicht durch die BaFin und die Deutsche Bundesbank

Alle bislang dargestellten Maßnahmen sollen Gefahren entgegenwirken, die sich auf nationaler Ebene ergeben. Finanzinvestoren, also Hedge Fonds und PrivateEquity-Investoren, agieren jedoch weltweit. Ihre Tätigkeit birgt neben nationalen vor allem auch globale Gefahren und systemische Risiken. Deshalb hat sich die Bundesregierung im Rahmen des Risikobegrenzungsgesetzes dafür ausgesprochen, flankierend die laufende Beobachtung und Analyse der mit der Tätigkeit von Finanzinvestoren verbundenen Risiken durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht und die Deutsche Bundesbank zu intensivieren.

4 Verbesserung des Schutzes von Darlehensnehmern beim Verkauf von Krediten

Kreditverkäufe sind weltweit ein wichtiges Finanzierungsinstrument der Banken. Das bedeutet, dass Banken ihre Forderungen aus Krediten, unter anderem Hypothekendarlehen und Privatkundenkredite, bündeln und diese als „Paket“ verkaufen, unter anderem an Finanzinvestoren. Davon profitieren auch die Verbraucher – und zwar in Form günstiger Finanzierungskonditionen –, da der Verkauf den Banken Spielraum für die Vergabe neuer Kredite gibt.

Die Praxis, Forderungen aus Darlehensverträgen u.a. an Finanzinvestoren zu verkaufen, hat jedoch bei einer Reihe von Kreditnehmern die Besorgnis ausgelöst, dass der neue Forderungsinhaber andere Interessen verfolgen könnte, als der ursprüngliche Darlehensgeber und sich insbesondere bei Immobiliendarlehensverträgen nicht an die mit dem ursprünglichen Darlehensgeber getroffenen Vereinbarungen hält. Nach Recherchen der Bundesregierung sind zwar bislang keine Fälle bekannt geworden, in denen nach Erwerb einer Grundschuld durch Finanzinvestoren trotz ordnungsgemäßer Bedienung des Kredits die Zwangsvollstreckung betrieben wurde. Eine Verbesserung des Schutzes von Darlehensnehmern ist gleichwohl angezeigt, um grundsätzlich bestehenden Risiken besser entgegen zu wirken. Aus diesem Grund wurde das Risikobegrenzungs-gesetz in den parlamentarischen Beratungen in Abstimmung mit der Bundesregierung um eine Reihe von Maßnahmen ergänzt, durch welche die Transparenz vor und nach Vertragsabschluss erhöht wird sowie unberechtigte Kündigungen und Vollstreckungen erschwert werden.

Im Einzelnen sehen die Maßnahmen Folgendes vor:

- Eine Klausel in den Allgemeinen Geschäftsbedingungen, mit denen der Darlehensnehmer einer Auswechslung des Vertragspartners im Voraus zustimmt, ist unwirksam.
- Es besteht eine vorvertragliche Informationspflicht bei Immobiliendarlehen über Abtretbarkeit bzw. Übertragbarkeit eines Darlehens auf Dritte.

- Der Darlehensgeber ist zum Folgeangebot bzw. Hinweis auf eine Nicht-Verlängerung des Vertrages drei Monate vor Ablauf der Zinsbindung bzw. des Vertrages verpflichtet.
- Der Darlehensgeber ist zur unverzüglichen Anzeige der Abtretung bzw. des Wechsels des Darlehensgebers gegenüber dem Darlehensnehmer verpflichtet.
- Der Kündigungsschutz des Darlehensnehmers von Immobiliendarlehen wird erweitert. Eine Kündigung wegen Zahlungsverzugs ist erst bei Verzug mit mindestens zwei Teilzahlungen und 2,5 % des Darlehensbetrags möglich.



- Es besteht ein verbesserter Schutz des Darlehensnehmers gegenüber dem neuen Gläubiger bei Abtretungen im Hinblick auf die Geltung einer bestehenden Sicherungsabrede. Einreden aufgrund des Sicherungsvertrags können jedem Erwerber der Grundschuld entgegengesetzt werden.
- Vereinbarungen, nach denen die Zwangsvollstreckung aus einer Grundschuld ohne Kündigung fällig wird, sind nicht mehr zulässig. Die Kündigungsfrist muss mindestens sechs Monate betragen.
- Es wird gesetzlich präzise geregelt, dass eine Sicherheitsleistung für die Einstellung der Zwangsvollstreckung nicht festzulegen ist, wenn der Darlehensnehmer zur Sicherheitsleistung nicht in der Lage ist und die Rechtsverfolgung durch ihn hinreichende Aussicht auf Erfolg bietet.
- Es wird ein verschuldensunabhängiger Schadensersatzanspruch bei ungerechtfertigter Vollstreckung aus Urkunden über die Erklärung der Unterwerfung unter die sofortige Zwangsvollstreckung eingeführt.
- Nicht abtretbare Unternehmenskredite können auch Kaufleuten als Darlehensnehmer angeboten werden.

Die neuen Regelungen gelten für neu abgeschlossene Darlehensverträge und beim Verkauf von Darlehensforderungen aus bestehenden Darlehensverträgen. Die Maßnahmen werden den Schutz der Darlehensnehmer erheblich verbessern, ohne jedoch die Funktionsfähigkeit des Finanzsektors und Umstrukturierungen zu beeinträchtigen.

5 Fazit

Das Gesetz zur Modernisierung der Rahmenbedingungen für Kapitalbeteiligungen und das Risikobegrenzungs-gesetz sind Ausdruck der ausbalancierten Finanzmarktpolitik der Bundesregierung. Zukünftig werden gezielt Wagniskapitalbeteiligungen in jungen, nicht-börsennotierten Unternehmen steuerlich gefördert. Denn ohne die Gründung neuer Unternehmen als Impulsgeber und Innovationsträger kann sich Deutschland auf Dauer im weltweiten Standortwettbewerb nicht behaupten. Dabei wird genau dort angesetzt, wo der Markt allein nicht genügend Kapital bereitstellt: bei der Frühphasenfinanzierung innovativer Unternehmen. Mit dem Risikobegrenzungs-gesetz wird flankierend die Transparenz und die Rechtssicherheit auf dem Kapitalmarkt erhöht und der Verbraucherschutz bei Kreditverkäufen verbessert. Mit dem Paket aus beiden Gesetzen ist ein ausgewogenes Maßnahmenbündel verabschiedet worden, das den Wirtschaftsstandort und Finanzmarkt Deutschland sowie das Vertrauen der Menschen in die Finanzmärkte stärkt.

Stand und Entwicklung der Steuerrückstände 2007

1	Art und Umfang der Erhebung der Steuerrückstände	43
2	Gesamtergebnis für das Bundesgebiet	44
2.1	Entwicklung der Steuererhebung und der Steuerrückstände	44
2.2	Entwicklung der Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten	45
2.3	Aufgliederung nach Rückstandsarten	45
2.4	Entwicklung der Rückstandsfälle	46
2.5	Einfluss von Rückstandsveränderung, Erlass und Niederschlagung auf die Höhe der Steuereinnahmen	46
3	Einzelsteuern	47

- Die Steuerrückstände beliefen sich zum 31. Dezember 2007 auf 17 Mrd. €.
- Die Rückstandsquote betrug 3,9 % und ist damit die niedrigste Rückstandsquote seit 1993.
- 83,2 % der Rückstände entfallen auf die veranlagte Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und die Umsatzsteuer.
- Die veranlagte Einkommensteuer, die Körperschaftsteuer und die Erbschaftsteuer weisen die höchsten Rückstandsquoten auf.

1 Art und Umfang der Erhebung der Steuerrückstände

Das Bundesministerium der Finanzen erstellt jährlich auf der Grundlage von Meldungen der obersten Finanzbehörden der Länder einen ausführlichen Bericht über die Rückstände an Besitz- und Verkehrsteuern zum Jahresende. Nachstehend werden die wesentlichen Ergebnisse zum Stand der Steuererhebung am 31. Dezember 2007 (Rückständestatistik) dargelegt.

Erfasst sind bei der Rückständestatistik ausschließlich die von den Finanzämtern erhobenen und über die Finanzkassen entrichteten Bundes- und Ländersteuern. Die Erhebung deckt damit fast $\frac{3}{4}$ der gesamten Steuereinnahmen ab. Nicht berücksichtigt sind die Einfuhrumsatzsteuer, die Zölle und Verbrauchsteuern sowie die Gemeindesteuern.

Bei den ermittelten Rückständen handelt es sich um Steueransprüche des Staates an die Steuerpflichtigen, die im Sinne der Steuergesetze entstanden und bis zum Stichtag 31.12.2007 fällig geworden sind. Teilweise ist die Einziehung dieser Steuerschulden durch Verwaltungsakte der Finanzverwaltung wie Stundung oder Aussetzung der Vollziehung hinausgeschoben. Die Finanzverwaltung kann Steueransprüche stunden, wenn deren Einziehung eine erhebliche Härte für den Steuerschuldner bedeuten würde (§ 222 Abgabenordnung). Die Vollziehung eines mit Rechtsmitteln angefochtenen Steuerbescheides soll von der Finanzverwaltung ausgesetzt werden, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Verwaltungsaktes bestehen oder die Vollziehung eine unbillige Härte für den Betroffenen zur Folge hätte (§ 361 Abgabenordnung). Die verbleibenden nicht gestundeten oder ausgesetzten Teile der Steuerrückstände

werden als „echte Rückstände“ bezeichnet. Die diesen Steueransprüchen zugrunde liegenden Steuerbescheide befinden sich in Vollstreckung. Die Rückständestatistik zeigt lediglich eine Momentaufnahme eines dynamischen Prozesses, bei dem laufend alte Rückstände aus unterschiedlichen Zeiträumen abgelöst werden und neue hinzukommen. Die Steuerverwaltung ist bestrebt, durch eine möglichst zeitnahe Steuererhebung den Bodensatz an Steuerrückständen so gering wie möglich zu halten.

2 Gesamtergebnis für das Bundesgebiet

2.1 Entwicklung der Steuererhebung und der Steuerrückstände

Die im Laufe eines Jahres neu entstandenen Steuerforderungen (Sollstellungen) bilden zusammen mit den zum Ende des vorangegangenen Berichtszeitraumes festgestellten Rückständen das Kassensoll. Zum Jahresende 2007 lag das Kassensoll der Besitz- und Verkehrsteuern mit 435 482 Mio. € um + 10,8 % über dem Wert des Vorjahresstichtages. Das kassenmäßige Aufkommen belief sich Ende 2007 auf 414 218 Mio. € und erhöhte sich damit um + 11,4 % gegenüber dem Vorjahresaufkommen.

Der Erlass von Steuerbeträgen stieg im Berichtszeitraum auf 114 Mio. € (um + 71,0 %). Die verwaltungsinternen Niederschlagungen von Steueransprüchen wegen festgestellter Erfolglosigkeit der Beitreibung sanken gegenüber dem Jahr 2006 um – 22,9 % auf 4 157 Mio. €. Damit ergibt sich für Erlass und Niederschlagungen zusammen ein Anteil von 0,98 % am Kassensoll (Vorjahr: 1,39 %).

Bereinigt man das Kassensoll um das kassenmäßige Aufkommen sowie die durch Erlass und Niederschlagung entstandenen Steuerausfälle, ergeben sich am Erhebungstag 31. Dezember 2007 Gesamtrückstände aller Besitz- und Verkehrsteuern in Höhe von 16 993 Mio. €. Das bedeutet einen Anstieg um 1 206 Mio. € bzw. + 7,6 % gegenüber dem Vorjahr.

Tabelle 1: Entwicklung der Steuererhebung und der Steuerrückstände

Stand am 31. Dezember	Rückstände am 31. Dezember des Vorjahrs	Sollstellungen	in den letzten zwölf Monaten				Rückstände am Erhebungs- stichtag (Sp. 4 – (5+6+7))
			Kassensoll (Sp. 2+3)	kassenmäßiges Aufkommen	Erlass	Nieder- schlagungen	
1	2	3	4	5	6	7	8
in Mio. €							
2003	19 707	345 163	364 870	339 610	79	5 700	19 481
2004	19 481	341 138	360 619	337 734	41	5 525	17 319
2005	17 319	350 859	368 178	345 653	387	5 201	16 937
2006	16 937	376 190	393 127	371 883	67	5 390	15 787
2007	15 787	419 695	435 482	414 218	114	4 157	16 993

2.2 Entwicklung der Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten

Gemessen am Kassensoll aller erfassten Besitz- und Verkehrsteuern ergeben sich die nachstehenden Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten (siehe Tabelle 2).

Die Rückstandsquote sank auf 3,90 % (Ende 2006: 4,02 %). Dies ist ein Ergebnis der Erhöhung der Rückstände um + 7,6 % in Verbindung mit dem höheren Anstieg des Kassensolls um +10,8 %. Die Niederschlagungsquote sank gegenüber dem Vorjahr erheblich, die Erlassquote stieg hingegen deutlich.

2.3 Aufgliederung nach Rückstandsarten

Die Gesamtrückstände setzen sich aus den gestundeten und ausgesetzten Beträgen sowie den echten Rückständen zusammen. Die Stundungen sanken um 147 Mio. € (– 18,3 %) auf

656 Mio. €. Die Aussetzungen erhöhten sich um 282 Mio. € (+ 3,3 %) auf 8 756 Mio. €. Die echten Rückstände, die trotz abgelaufener Zahlungsfristen am Erhebungsstichtag noch nicht gezahlt worden waren und bei denen im Allgemeinen eine Beitreibung eingeleitet worden ist, stiegen um 1 071 Mio. € (+ 16,5 %) auf 7 581 Mio. €.

Die Aufteilung der Gesamtrückstände nach den Merkmalen „gestundet“, „ausgesetzt“ und „echte Rückstände“ zeigt einen Rückgang des Anteils der ausgesetzten Rückstände im Jahr 2007 auf 51,5 %. Bei diesen Beträgen dürfte aufgrund der hohen Erfolgsaussichten eingelegter Rechtsmittel überwiegend nicht mehr mit einer Zahlung zu rechnen sein. Demgegenüber verzeichnete der Anteil der echten Rückstände einen Anstieg auf 44,6 %.

Um die Erfolgsaussichten für die Einziehung echter Rückstände besser beurteilen zu können, werden bei den Finanzämtern zusätzliche Informationen erhoben, die danach unterscheiden, ob diese Rückstände noch „nicht gemahnt“, „gemahnt“ oder in eine „Rückstandsanzeige aufgenommen“ sind. Nach dieser zusätzlichen

Tabelle 2: Entwicklung der Rückstands-, Erlass- und Niederschlagungsquoten

Stand am 31. Dezember	Rückstandsquote (Rückstand/Kassensoll)	Erlassquote (Erlass/Kassensoll)	Niederschlagungsquote (Niederschlagung/Kassensoll)
		in %	
2003	5,34	0,02	1,56
2004	4,80	0,01	1,53
2005	4,60	0,10	1,41
2006	4,02	0,02	1,37
2007	3,90	0,03	0,95

Tabelle 3: Aufgliederung nach Rückstandsarten

Stand am 31. Dezember	Rückstände in Mio. €	davon					
		gestundet		ausgesetzt		echte Rückstände	
		in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %	in Mio. €	Anteil in %
2003	19 481	1 751	9,0	8 615	44,2	9 114	46,8
2004	17 319	831	4,8	8 956	51,7	7 531	43,5
2005	16 937	798	4,7	9 015	53,2	7 124	42,1
2006	15 787	804	5,1	8 473	53,7	6 509	41,2
2007	16 993	656	3,9	8 756	51,5	7 581	44,6

Statistik waren 29,0 % der echten Rückstände „weder gemahnt noch in eine Rückstandsanzeige aufgenommen“, 21,0 % „gemahnt“ sowie 50,0 % in einer „Rückstandsanzeige erfasst“. Davon wiederum waren bereits 13,5 % vor dem Berichtszeitraum fällig. In Verbindung mit den ausgesetzten Rückständen muss deshalb ein erheblicher Teil der statistisch erfassten Rückstände als nicht realisierbar betrachtet werden.

2.4 Entwicklung der Rückstandsfälle

Die Rückstandsfälle und das Rückständevolumen sind beide gestiegen (um +2,9 % bzw. um +7,6 %). Aus dem niedrigeren Anstieg der Anzahl der Fälle resultiert ein Anstieg des durchschnittlichen Rückstandsbetrages um +4,6 % auf 4 844 €.

Bemerkenswert ist hier die große Variationsbreite, innerhalb derer sich die durchschnittliche

Höhe des Forderungsbetrages der Rückstandsfälle bewegt. Diese reicht von 230 € pro Fall bei der Kraftfahrzeugsteuer bis zu 1 002 721 € bei der Versicherungsteuer. Der größte Anteil an Rückstandsfällen entfiel mit 33,2 % der Gesamtfälle auf die veranlagte Einkommensteuer, gefolgt von der Kraftfahrzeugsteuer mit 24,0 %, der Umsatzsteuer mit 20,1 % und dem Solidaritätszuschlag mit 16,4 %.

2.5 Einfluss von Rückstandsveränderung, Erlass und Niederschlagung auf die Höhe der Steuereinnahmen

Die Minderung des kassenmäßigen Aufkommens um 5 477 Mio. € bzw. 1,3 % des Kassensolls im Jahre 2007 ist höher als die Summe aus Erlass und Niederschlagung des Berichtszeitraums. Dies ist auf eine Erhöhung der Rückstände gegenüber dem Vorjahr um 1 206 Mio. € zurückzuführen.

Tabelle 4: Entwicklung der Rückstandsfälle

Stand am 31. Dezember	Rückstände in Mio. €	Veränderung Rückstand zum Vorjahr in %	Zahl der Rückstandsfälle in Tsd.	Veränderung Fälle zum Vorjahr in %	Durchschnittsbetrag je Rückstandsfall in €	Veränderung Durchschnitts- betrag zum Vorjahr in %
2003	19 481	- 1,1	4 226	- 3,2	4 610	2,1
2004	17 319	- 11,1	3 709	- 12,2	4 669	1,3
2005	16 937	- 2,2	3 614	- 2,5	4 686	0,4
2006	15 787	- 6,8	3 410	- 5,6	4 629	- 1,2
2007	16 993	7,6	3 508	2,9	4 844	4,6

Tabelle 5: Einfluss von Rückstandsveränderung, Erlass und Niederschlagung auf die Höhe der Steuereinnahmen

Erhebungs- stichtag 31. Dezember	Rückstandsveränderung	Erlass	Niederschlagungen	Minderung des kassenmäßigen Aufkommens (Sp. 2+3+4)	
1	2	3	4	5	6
	in Mio. €				in % des Kassensolls
2003	- 226	79	5 700	5 552	1,5
2004	- 2 163	41	5 525	3 403	0,9
2005	- 381	387	5 201	5 207	1,4
2006	- 1 150	67	5 390	4 306	1,1
2007	1 206	114	4 157	5 477	1,3

3 Einzelsteuern

Mit einem Anteil von 68,5 % bilden die Lohnsteuer und die Umsatzsteuer die für das Kassensoll wichtigsten Steuerarten. Bei den Rückständen dominieren hingegen die veranlagte Einkommensteuer, die Umsatzsteuer sowie die Körperschaftsteuer, deren Gesamtgewicht an den Rückständen aller Besitz- und Verkehrsteuern am 31. Dezember 2007 bei 83,2 % lag. Die Rückstände nahmen bei den meisten der erfassten Einzelsteuern zu.

Die Rückstandsquote von 20,06 % bei der veranlagten Einkommensteuer vermittelt ein verzerrtes Bild, da hier das Kassensoll bereits um verschiedene Abzüge (Eigenheimzulage, Investitionszulage, Arbeitnehmererstattungen) gemindert ist. Vor Abzug ergibt sich eine Rückstandsquote von unter 12 %. Absolut weist die veranlagte Einkommensteuer mit ca. 7 Mrd. € die höchsten Rückstände auf.

Bei der Erbschaftsteuer ist mit 16,34 % die zweithöchste Rückstandsquote nach der veranlagten Einkommensteuer festzustellen.

Die Körperschaftsteuer verzeichnet einen Anstieg der Rückstände um + 2,3 %. Aufgrund des leicht gewachsenen Kassensolls (um + 0,2 %) ist jedoch die Rückstandsquote etwas geringer um + 2,1 % auf das Niveau von 9,95 % angestiegen.

Bei der Umsatzsteuer weisen die Rückstände zwar mit 4,4 Mrd. € das zweithöchste Volumen auf, aufgrund des hohen Kassensolls ergibt sich jedoch lediglich eine Rückstandsquote von 3,26 %.

Die Rückstände der Lohnsteuer weisen sowohl absolut als auch im Verhältnis zum Kassensoll (Rückstandsquote) ein niedriges Niveau auf.

Besonders hohe Anteile der echten Rückstände, also der nicht gestundeten oder ausgesetzten Beträge, an den Gesamtrückständen bestanden am 31. Dezember 2007 bei der Kraftfahrzeugsteuer (97,0 %), beim Zinsabschlag (88,1 %), bei der Umsatzsteuer (61,1 %), bei der Lohnsteuer (57,1 %) und bei der Grunderwerbsteuer (49,7 %).

Die tabellarische Übersicht zeigt die Ergebnisse der Rückständestatistik für die wichtigsten Einzelsteuern in den Jahren 2003 bis 2007 (siehe Tabelle 7, S. 48).

Tabelle 6: Entwicklung der Rückstände von Einzelsteuern

Rückstände der Einzelsteuern 31. Dezember 2007	Kassensoll Mio. €	Veränd. ggü. Vorj. in %	Anteil in %	Rückstände in Mio. €	Veränd. ggü. Vorj. in %	Anteil in %	Rückstandsquote in %	Veränd. ggü. Vorj. in %
Lohnsteuer	164 230	6,2	37,7	474	– 26,9	2,8	0,29	– 31,2
Umsatzsteuer	134 241	13,7	30,8	4 377	21,2	25,8	3,26	6,6
veranlagte Einkommensteuer	35 773	24,9	8,2	7 178	4,2	42,2	20,06	– 16,6
Körperschaftsteuer	25 881	0,2	5,9	2 576	2,3	15,2	9,95	2,1
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	17 071	16,7	3,9	300	8,5	1,8	1,76	– 7,0
Solidaritätszuschlag	13 177	9,3	3,0	534	3,6	3,1	4,06	– 5,2
Zinsabschlag	11 030	45,1	2,5	4	– 44,4	0,0	0,03	– 61,7
Versicherungsteuer	10 088	14,5	2,3	61	58,6	0,4	0,61	38,6
Kraftfahrzeugsteuer	9 106	– 0,7	2,1	194	3,9	1,1	2,13	4,6
Grunderwerbsteuer	7 332	12,6	1,7	366	0,1	2,2	4,99	– 11,0
Erbschaftsteuer	5 044	13,3	1,2	824	25,3	4,9	16,34	10,6
übrige Besitz- und Verkehrsteuern	2 510	– 5,3	0,6	104	42,8	0,6	4,15	50,7
Rückstände gesamt	435 482	10,8	100,0	16 993	7,6	100,0	3,90	– 2,8

Tabelle 7: Ergebnisse wichtiger Einzelsteuern

Stand am 31. Dezember	Rückstände im Vorjahr	in den letzten zwölf Monaten					Rückstände 31. Dezember (Sp. 4 abzgl. Sp. 5+6+7) 8	von den Rückständen sind:		
		Soll- stellungen 3	Kassensoll (Sp. 2+3) 4	Kassen- einnahmen 5	Erlass 6	Nieder- schlagungen 7		gestundet 9	ausgesetzt 10	echte Rückstände 11
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11
in Mio. €										
1. Lohnsteuer										
2003	875	163 529	164 404	163 210	1	289	904	97	269	538
2004	904	154 268	155 172	154 081	2	261	827	88	348	392
2005	827	149 772	150 600	149 523	1	235	840	91	459	290
2006	840	153 845	154 685	153 791	1	244	649	81	276	292
2007	649	163 581	164 230	163 587	3	166	474	3	201	271
2. Veranlagte Einkommensteuer										
2003	7 265	9 141	16 406	7 465	12	1 382	7 548	349	3 752	3 447
2004	7 548	8 966	16 514	8 019	14	1 542	6 939	308	3 769	2 863
2005	6 939	14 038	20 978	12 477	19	1 540	6 941	256	3 921	2 765
2006	6 941	21 688	28 630	20 213	31	1 497	6 889	293	3 879	2 717
2007	6 889	28 884	35 773	27 289	51	1 256	7 178	302	3 820	3 056
3. Körperschaftsteuer										
2003	3 446	8 033	11 480	8 457	32	417	2 573	93	1 901	578
2004	2 573	13 803	16 377	13 307	2	329	2 738	49	2 192	497
2005	2 738	16 723	19 461	16 493	3	339	2 626	47	2 145	434
2006	2 626	23 208	25 834	23 011	3	302	2 518	142	1 967	408
2007	2 518	23 363	25 881	22 995	7	303	2 576	54	1 858	664
4. Umsatzsteuer										
2003	5 675	106 242	111 917	103 173	29	3 379	5 336	259	1 461	3 617
2004	5 336	107 227	112 563	104 735	21	3 163	4 645	225	1 409	3 010
2005	4 645	110 839	115 483	108 458	21	2 867	4 138	255	1 162	2 721
2006	4 138	113 962	118 099	111 328	29	3 132	3 611	125	1 124	2 362
2007	3 611	130 631	134 241	127 566	41	2 257	4 377	142	1 562	2 673
5. Erbschaftsteuer										
2003	773	3 416	4 189	3 374	2	22	791	125	498	169
2004	791	4 216	5 007	4 282	0	28	697	102	473	122
2005	697	4 156	4 853	4 097	0	23	733	89	527	116
2006	733	3 718	4 451	3 763	0	30	658	73	468	117
2007	658	4 387	5 044	4 198	0	22	824	62	587	176
6. Kraftfahrzeugsteuer										
2003	275	7 347	7 621	7 332	0	51	238	1	1	236
2004	238	7 744	7 982	7 740	0	45	196	1	1	194
2005	196	8 757	8 953	8 675	0	42	236	5	3	228
2006	236	8 931	9 167	8 938	0	42	187	1	3	183
2007	187	8 919	9 106	8 879	0	32	194	2	4	189

Mitarbeiterkapitalbeteiligungen

Neue Wege zur verbesserten Teilhabe

1	Mitarbeiterkapitalbeteiligungen – ein sinnvolles Instrument	49
2	Die bisherige Verbreitung von Mitarbeiterkapitalbeteiligungen	50
3	Mitarbeiterkapitalbeteiligungen im internationalen Vergleich	51
4	Ein neues Instrument: Der Mitarbeiterbeteiligungsfonds	52
5	Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur verbesserten Teilhabe	53
6	Steuerliche Vorteile für Arbeitnehmer und Arbeitgeber	56

- Mit dem vom Bundeskabinett vorgelegtem Entwurf eines neuen Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetz sollen Beschäftigte einen fairen Anteil am Erfolg ihres Unternehmens erhalten.
- Für kleine und mittlere Unternehmen werden Mitarbeiterbeteiligungsfonds geschaffen.
- Die steuerliche Förderung wird verbessert.

1 Mitarbeiterkapitalbeteiligungen – ein sinnvolles Instrument

In den Jahren von 2003 bis 2007 sind die Unternehmens- und Vermögenseinkommen um 37,6 % gestiegen, während die Arbeitnehmereinkommen nur einen Zuwachs von 4,3 % verzeichneten. Der Anteil der Arbeitnehmerentgelte am Volkseinkommen ist bereits seit dem Jahr 2000 deutlich zurückgegangen und lag im Jahr 2007 noch bei 64,7 %. Um einer Polarisierung der Gesellschaft entgegenzuwirken, ist es sinnvoll, möglichst viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer am Produktivkapital zu beteiligen und für diese weitere Einnahmequellen zu erschließen.

Die Beschäftigten sollen einen fairen Anteil am Erfolg der Unternehmen erhalten. Die Chance, unmittelbar am Erfolg des Unternehmens teilzuhaben, kann die Leistungsbereitschaft und das Verantwortungsbewusstsein erhöhen. Eine breitere Beteiligung am Produktivkapital stärkt auch das Verständnis für Wirtschaftsabläufe und die Identifikation mit der sozialen Marktwirtschaft.

Viele Unternehmen in Deutschland bieten ihren Mitarbeitern bereits eine materielle Beteiligung am eigenen Unternehmen an. Dabei kommen verschiedene Formen zur Anwendung, zum Beispiel Mitarbeiterdarlehen, Mitarbeiteraktien oder stille Beteiligungen; gelegentlich kommt es auch zur vollständigen Übernahme eines Unternehmens. Trotz aller bisherigen Initiativen und Maßnahmen ist die Beteiligung der Beschäftigten an ihren Unternehmen in Deutschland im europäischen Vergleich unterdurchschnittlich ausgeprägt.

Bereits in der Vergangenheit gab es verschiedene Initiativen, die Beteiligung von Mitarbeitern am Kapital des Unternehmens zu verbessern. Diese Vorstöße scheiterten aber oft am Widerstand sowohl der Arbeitgeber als auch der Gewerkschaften. Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen sehen in den mit Mitarbeiterkapitalbeteiligungen einhergehenden Mitspracherechten der beteiligten Arbeitnehmer und in den Offenlegungspflichten der Unternehmen große Hürden. Gewerkschaften betonen oft das Argument des „doppelten Risikos“, also das des Arbeitsplatzverlustes und eines damit einhergehenden Kapitalverlustes der Mitarbeiter.

Außerdem wird das Risiko des im Unternehmen gebundenen Vermögens darin gesehen, dass dem Arbeitnehmer kein Vermögensaufbau unabhängig vom Unternehmen möglich ist, in dem er selbst beschäftigt ist.

Dennoch hat die Bundesregierung bereits in der Vergangenheit verschiedene gesetzgeberische Maßnahmen ergriffen, um die Vermögensbildung und die Verbreitung der Mitarbeiterkapitalbeteiligungen zu stärken. So mit dem Ersten Vermögensbildungsgesetz aus dem Jahr 1961, das mehrfach erweitert und geändert wurde, bis hin zum heute geltenden Fünften Vermögensbildungsgesetz. In 1984 stellte der neue § 19a Einkommensteuergesetz erstmals Mitarbeiterkapitalbeteiligungen steuer- und abgabenfrei. Mit dem Dritten Vermögensbeteiligungsgesetz von 1998 wurden erneut Verbesserungen geschaffen. Die Bedenken gerade kleiner und mittlerer Unternehmen konnten dadurch aber nicht vollständig ausgeräumt werden.

2 Die bisherige Verbreitung von Mitarbeiterkapitalbeteiligungen

Nach Information der „Arbeitsgemeinschaft Partnerschaft in der Wirtschaft e.V.“ vom Januar 2007 nutzen insgesamt gut zwei Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in 3 750 Unternehmen gesellschafts- und schuldrechtliche Beteiligungsformen und sind mit einem Kapital in Höhe von rd. 13 Mrd. € an ihrem Unternehmen beteiligt. Die häufigste Form der Mitarbeiterbeteiligung ist die Belegschaftsaktie. Sie wird nach einer aktuellen Untersuchung von 1,42 Millionen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in 620 Unternehmen genutzt. Stille Beteiligungen sind bei GmbHs und Personengesellschaften das am meisten verbreitete Modell der Mitarbeiterkapitalbeteiligung, da es sich um eine einfache und kostengünstige – wenn auch mit Risiken behaftete – Beteiligungsform handelt. Relativ stark verbreitete Beteiligungsformen sind auch Genussscheine. Mitarbeiterdarlehen und indirekte Beteiligungen über verbundene Unternehmen sowie Genossenschafts- und GmbH-Anteile spielen dagegen zahlenmäßig eine eher geringe Rolle.

Eine Übersicht über die Verbreitung von Kapitalbeteiligungsformen und Betriebsgrößen der Unternehmen mit Erfolgs- und Kapitalbeteiligung ergibt sich aus den nachstehenden Tabellen:

Tabelle 1: Verbreitung der Kapitalbeteiligungsformen

Beteiligungsform	Unternehmen	Beschäftigte
Belegschaftsaktie	620	1 423 000
Stille Beteiligung	1 040	269 000
Genussschein	430	133 000
Darlehen	580	113 000
Indirekte Beteiligung	490	97 000
Genossenschaft	340	17 000
GmbH-Beteiligung	250	8 000
Gesamt	3 750	2 060 000

Quelle: AGP/GIZ, Stand 2007.

Tabelle 2: Mitarbeiterbeteiligungen nach Betriebsgröße

Betriebsgröße (Anzahl Beschäftigte)	Gewinnbeteiligung			Kapitalbeteiligung		
	Gesamt	West	Ost	Gesamt	West	Ost
	Anteil in %					
1 bis 49	8	8	8	2	2	1
50 bis 249	23	24	20	3	3	3
250 bis 499	28	30	22	4	5	*
500 und mehr	34	36	21	7	8	*
Gesamt	9	9	8	2	2	1

Quelle: IAB-Betriebspanel 2005 (IAB-Kurzbericht 13/2006, S. 3).

3 Mitarbeiterkapitalbeteiligungen im internationalen Vergleich

Im internationalen Vergleich besteht in Deutschland in Bezug auf Mitarbeiterkapitalbeteiligungen noch Nachholbedarf. Die „Carnet-Studie“ aus den Jahren 1999/2000, in der Gewinn- und

Aktienbeteiligungen der Mitarbeiter in den EU-Ländern untersucht wurden, sieht Deutschland im Mittelfeld auf Platz 8 von 14 Ländern. Befragt wurden hier Betriebe mit mehr als 200 Beschäftigten, von denen mehr als 50 % am eigenen Unternehmen beteiligt sind.

Mitarbeiterkapitalbeteiligungen sind am weitesten in Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden verbreitet. In Frankreich sieht

Tabelle 3: Mitarbeiterkapitalbeteiligungen im internationalen Vergleich

	Gewinnbeteiligung	Aktienbeteiligung
	Anteile in %	
Frankreich	82	20
Niederlande	56	22
Großbritannien	30	30
Finnland	28	15
Österreich	28	3
Irland	23	15
Schweden	19	13
Deutschland	19	10
Portugal	17	2
Spanien	13	6
Belgien	10	11
Dänemark	8	15
Griechenland	7	7
Italien	7	2

Quelle: Pendleton et al. (2001).

ein Gesetz aus dem Jahr 1967 eine obligatorische Gewinnabgabe bei allen Unternehmen mit mehr als 100 Beschäftigten für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor, seit dem Jahr 1990 ab 50 Beschäftigten. In Großbritannien sind Erfolgs- und Kapitalbeteiligungen insbesondere ein Instrument der variablen Entlohnung. Durch die Akzeptanz bei den Gewerkschaften sind in den letzten Jahren die Kapitalbeteiligungen von Mitarbeitern an ihren Unternehmen in den Niederlanden, wie auch in Finnland und Irland, angestiegen. Außerhalb der EU sind Mitarbeiterbeteiligungen vor allem in den USA verbreitet. Hier sind etwa 15 % aller Arbeitnehmer am arbeitgebenden Unternehmen beteiligt. Schätzungen zufolge sollen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den USA rund 9 % des gesamten Aktienvermögens besitzen. Dies muss aber vor allem vor dem Hintergrund des niedrigen Niveaus der gesetzlichen Rentenversicherung in den USA gesehen werden.

4 Ein neues Instrument: Der Mitarbeiter- beteiligungsfonds

In Deutschland sind Mitarbeiterkapitalbeteiligungen vornehmlich in größeren Betrieben sowie in Großbetrieben verbreitet. Um die Verbreitung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung insbesondere auch in kleinen und mittleren Unternehmen auszubauen und gleichzeitig die damit für die Beschäftigten verbundenen Risiken zu mildern, plant die Bundesregierung die Einführung eines neuen Anlageproduktes, des Mitarbeiterbeteiligungsfonds. Diese Fonds werden von professionellen Fondsmanagern für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aufgelegt, deren Arbeitgeber ihnen freiwillige Leistungen zum Erwerb von Fondsanteilen gewähren. Beiträge zur Mitarbeiterkapitalbeteiligung für die Beschäftigten werden zusätzlich zum Lohn vom Arbeitgeber gezahlt; eine Gehaltsumwandlung ist ausgeschlossen.

Arbeitnehmer können daneben freiwillig aus eigenen Mitteln zusätzliche Anteile an den Fonds erwerben. Die Aufsicht durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht über die Fondsmanager und die Fonds gewährleistet ein hohes Maß an Sicherheit.

Anders als heute, wo nur ein kleiner Teil der Arbeitnehmer von der Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung profitiert, können sich die Arbeitnehmer in Zukunft durch Mitarbeiterbeteiligungsfonds einfacher an ihrem Unternehmen beteiligen, unabhängig von dessen Rechtsform und Größe. Die Mitarbeiterbeteiligungsfonds eröffnen somit insbesondere auch kleinen und mittleren Personenunternehmen Wege, ihre Mitarbeiter zu beteiligen, ohne diesen Mitsprache- oder Informationsrechte einräumen zu müssen. Dies könnte ein Weg zu stärkerer ökonomischer Teilhabe der Beschäftigten an der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sein.

Aus Sicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer stellt ein Mitarbeiterbeteiligungsfonds eine Möglichkeit zur breiteren Eigentums- und Kapitalbildung dar und kann damit einen Beitrag zur Sicherung der eigenen Daseinsvorsorge leisten. Ein Mitarbeiterbeteiligungsfonds bietet

gegenüber der Direktanlage in einem Unternehmen eine höhere Risikostreuung und kann attraktive Renditechancen eröffnen. Dadurch, dass die Mitarbeiter Inhaber der Fondsbeteiligung sind, ergeben sich bei einem Arbeitsplatzwechsel – anders als heute – keine Probleme; die Beteiligung am Fonds kann in diesem Fall bestehen bleiben.

Um die notwendige Flexibilität sicherzustellen, ist der Fonds nicht verpflichtet, seine Mittel jedem der teilnehmenden Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig ist kein Unternehmen gezwungen, Unternehmensanteile an den Mitarbeiterbeteiligungsfonds zu verkaufen, nur weil seine eigenen Beschäftigten an diesem beteiligt sind.

Ein Fonds stellt eine Möglichkeit dar, Mitarbeiter außerhalb des eigenen Betriebes unternehmerisch zu beteiligen. Die überbetriebliche Mitarbeiterkapitalbeteiligung mit einem professionellen Management des Fonds liegt auch im Interesse der Arbeitgeber. Hier können sich Unternehmen einer Branche zusammenschließen und gemeinsam ihren Beschäftigten einen Mitarbeiterbeteiligungsfonds anbieten. Zwar ist bei einer Direktbeteiligung die Bindung der Arbeitnehmer an „ihr“ Unternehmen stärker als bei der überbetrieblichen Mitarbeiterbeteiligung durch einen Fonds. Die Vorteile des Fonds liegen jedoch in den gegenüber der Direktbeteiligung geringeren Risiken und der professionellen Fondsverwaltung.



5 Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur verbesserten Teilhabe

Die Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und SPD haben im April dieses Jahres das Ergebnis einer gemeinsamen Arbeitsgruppe zur Stärkung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung vorgelegt.

Das Bundesfinanzministerium hat im Juli 2008 den Referentenentwurf eines Mitarbeiterkapitalbeteiligungsgesetzes veröffentlicht, der sich an den Beschlüssen der von den Koalitionsparteien eingesetzten Arbeitsgruppe orientiert. Am 27. August 2008 hat das Bundeskabinett den Entwurf eines Gesetzes zur steuerlichen Förderung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung verabschiedet. Der Gesetzentwurf sieht im Einzelnen folgendes vor:

A. Fördergrundsätze

– Fortführung der bestehenden Mitarbeiterbeteiligungsmodelle

Die direkte Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an ihren Unternehmen soll ausgebaut werden. Die bisher bestehenden Mitarbeiterbeteiligungsmodelle sollen jedoch aus steuerlicher Sicht Bestandsschutz genießen. Die vielfältigen Modelle, die sich in der Praxis der Unternehmen entwickelt haben, sollen deshalb bis einschließlich 2015 wie bisher gefördert werden.

– Freiwilligkeit

Eine Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an ihren Unternehmen muss auf dem Prinzip der Freiwilligkeit basieren. Es soll weder für die Unternehmen noch für die Beschäftigten einen Zwang zur Teilnahme an Mitarbeiterbeteiligungen geben. Die Mitarbeiterkapitalbeteiligung soll nicht in Konkurrenz zur betrieblichen Altersversorgung und/oder zur privaten Altersvorsorge treten.

Der Staat verbessert die Rahmenbedingungen mit diesem Gesetz wesentlich. Innerhalb dieses erweiterten Rahmens können die Unternehmen und die Beschäftigten freiwillige Ver-

einbarungen über eine Mitarbeiterbeteiligung abschließen. Darin sollten für direkte Beteiligungen sämtliche Rahmenbedingungen (Höhe der Beteiligung, der Gewinn- und Verlustbeteiligung, Laufzeit/Sperrfristen, Kündigungsbedingungen, Informations- und Kontrollrechte, Verwaltung der Beteiligungen etc.) zwischen Belegschaft und Unternehmen vertraglich festgelegt werden.

- Gleichbehandlung aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Für die neuen Modelle der Mitarbeiterbeteiligung gilt der Grundsatz der Gleichbehandlung. Ein Angebot zur Beteiligung am Unternehmen muss daher grundsätzlich allen Beschäftigten des Unternehmens offen stehen.



- Mehr Beratung und Erfahrungsaustausch

Bund und Länder flankieren den Ausbau der Mitarbeiterbeteiligung durch ein Beratungsnetzwerk. Dabei kann unter anderem auf existierende Modelle zur Beratung und finanziellen Förderung von Mitarbeiterbeteiligungen in den Ländern und Regionen aufgebaut werden. Ebenfalls können der Erfahrungsaustausch und eigenständige Beratungsangebote von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen unterstützt werden. Schulungen für Unternehmen und Beschäftigte sollen den Umgang mit den verschiedenen Beteiligungsformen erleichtern.

B. Verbesserung der Förderung nach dem Fünften Vermögensbildungsgesetz

Die Arbeitnehmer-Sparzulage für vermögenswirksame Leistungen, die in betrieblichen oder außerbetrieblichen Beteiligungen angelegt wer-

den, steigt von 18 % auf 20 %. Gleichzeitig wird die Einkommensgrenze für die Gewährung der Arbeitnehmer-Sparzulage bei der Anlage in Beteiligungen von 17 900 €/35 800 € (Ledige/Verheiratete) auf 20 000 €/40 000 € erhöht. Die weiteren Vorschriften des Fünften Vermögensbildungsgesetzes bleiben unverändert. Damit wird der Kreis der Berechtigten maßvoll erweitert.

C. Stärkung der betrieblichen Mitarbeiterkapitalbeteiligung im Rahmen des neuen § 3 Nr. 39 des Einkommensteuergesetzes

Der steuer- und abgabenfreie Höchstbetrag für die Überlassung von Mitarbeiterbeteiligungen am Arbeit gebenden Unternehmen wird von 135 € auf 360 € unter Wegfall der Begrenzung auf den halben Wert der Beteiligung angehoben, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind:

- Die Vermögensbeteiligung muss zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn aus freiwilligen Leistungen des Arbeitgebers gewährt werden; die Vermögensbeteiligung darf nicht durch Entgeltumwandlung finanziert werden, also aus Lohnbestandteilen, auf die die Beschäftigten aufgrund eines Vertrages oder eines Tarifvertrages einen Rechtsanspruch haben.
- Das Angebot zur Beteiligung am Unternehmen muss allen Beschäftigten offen stehen. Es gilt der Grundsatz der Gleichbehandlung. Dies wird in der Betriebsvereinbarung geregelt.
- Jedes konzernzugehörige Unternehmen gilt als Arbeit gebendes Unternehmen. Bei Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die bereits heute einen Anspruch auf die unentgeltliche oder verbilligte Überlassung von Vermögensbeteiligungen haben, wird ein Bestandsschutz gewährt. Es bleibt insoweit beim steuer- und abgabenfreien Vorteil von 135 € (§ 19a EStG in der geltenden Fassung ist in diesen Fällen bis 2015 weiter anzuwenden), wenn die Voraussetzungen der Neuregelung nicht erfüllt sind. Allerdings steht es den Beteiligten frei, ihre Vereinbarungen entsprechend anzupassen, um in Zukunft auch von der Neuregelung zu profitieren.

D. Einbeziehung von Fonds

Zusätzlich zur direkten Beteiligung werden Beteiligungen über spezielle Fonds – z. B. für einzelne Branchen – gefördert. Bei diesen Fonds muss ein Rückfluss in die beteiligten Unternehmen in Höhe von 75 % garantiert werden. Dies stärkt die Eigenkapitalausstattung der Unternehmen.

Die direkte Beteiligung und die Beteiligung über einen solchen speziellen Fonds werden in gleicher Höhe gefördert. Die Förderung einer Fondsbeteiligung übersteigt also nicht die Förderung einer direkten Beteiligung.

Das Ziel, einen Fonds zu schaffen, wird durch eine Änderung des Investmentgesetzes verwirklicht. Dazu werden Mitarbeiterbeteiligungsfonds als eigene identifizierbare Fondskategorie neu eingeführt. Diese werden anders als sonstige Fondskategorien nicht primär durch den Grundsatz der treuhänderischen Vermögensverwaltung, sondern durch die besondere Zwecksetzung des Fonds charakterisiert. Die Fonds werden von einer Kapitalanlagegesellschaft und somit von einem professionellen und lizenzierten Fondsmanager verwaltet. Die Fonds stehen unter der Aufsicht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht. Die Fonds werden gesetzlich verpflichtet, nach einer Anlaufphase von zwei Jahren 75 % des Fondsvermögens in diejenigen Unternehmen zu investieren, deren Mitarbeiter sich an dem Fonds beteiligen.

Die Beteiligung des Fonds an den Unternehmen erfolgt durch Erwerb von unverbrieften Darlehensforderungen wie Schuldscheine z. B. in Höhe von 50 % des Fondsvermögens und von nicht börsennotierten Unternehmensbeteiligungen und Wertpapieren in Höhe von 25 % des Fondsvermögens. 25 % des Fonds werden in Liquidität und fungiblen Vermögensgegenständen, wie z. B. börsennotierte Aktien und Schuldverschreibungen sowie Geldmarktinstrumente investiert. Bei der Anlage der Fondsmittel ist der Grundsatz der Risikomischung zu wahren. Die Anleger erhalten die Möglichkeit, ihre Anteile an die Kapitalanlagegesellschaft zum Rücknahmepreis zurückzugeben.

Um jedoch der eingeschränkten Liquidität der im Fonds befindlichen Vermögenswerte

Rechnung zu tragen, erfolgt eine Rücknahme der Anteile höchstens einmal halbjährlich und mindestens einmal jährlich unter Einhaltung einer Rückgabefrist, die bis zu 24 Monate betragen kann. Die Anleger sind in den Verkaufsunterlagen über die Anlage in Mitarbeiterbeteiligungsfonds und die damit verbundenen Risiken sowie die eingeschränkten Rückgabemöglichkeiten aufzuklären.

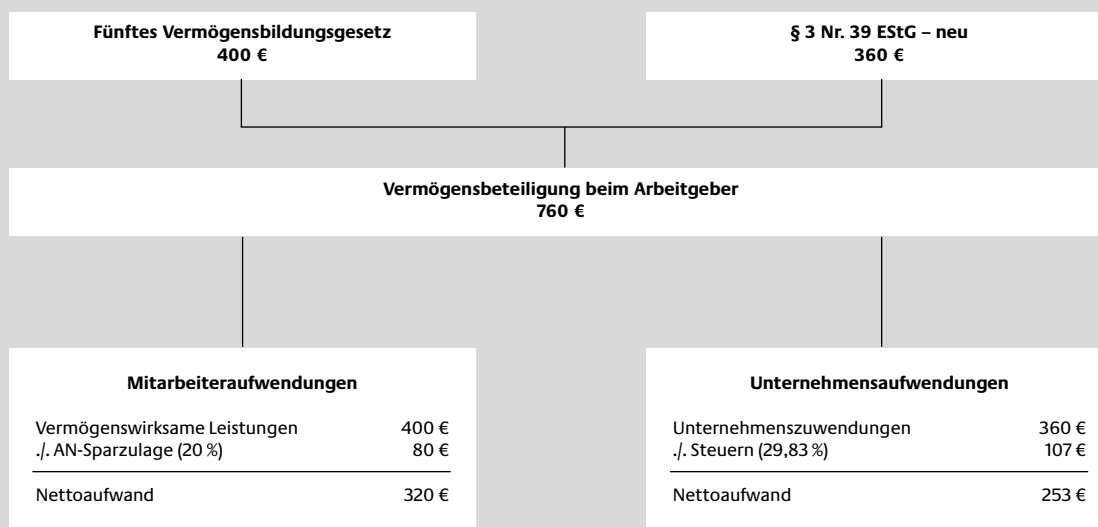
Für den Erfolg des Mitarbeiterbeteiligungsfonds ist es förderlich, wenn mehrere Unternehmen – ggf. über ihre Verbände und unter Einschaltung der Gewerkschaften – gemeinsam die Auflegung solcher Fonds forcieren.

6 Steuerliche Vorteile für Arbeitnehmer und Arbeitgeber

Beschäftigte und Unternehmen haben finanzielle Vorteile, wenn sie gemeinsam das Angebot des Gesetzgebers aufgreifen und die neuen Möglichkeiten des Fünften Vermögensbildungsgesetzes sowie des neuen § 3 Nr. 39 des Einkommensteuergesetzes (vgl. oben Abschnitt 5.B und 5.C) nutzen. Die folgende Abbildung zeigt, welchen Vorteil Beschäftigte und Unternehmen aus der staatlichen Förderung ziehen können:

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung, der die Ergebnisse der gemeinsamen Arbeitsgruppe der Koalitionsfraktionen umsetzt, ist ein überzeugender Vorschlag, der die Mitarbeiterkapitalbeteiligung stärken wird. Die Bundesregierung erhofft sich eine Ausweitung der im Vergleich zu unseren Nachbarländern noch unterentwickelten direkten Beteiligung der Arbeitnehmer an ihren Unternehmen. Von den Verbesserungen profitieren sowohl Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber. Arbeitgeberverbände, Gewerkschaften und Unternehmen sind aufgerufen, sich für die Auflegung von Mitarbeiterbeteiligungsfonds aktiv einzusetzen.

Produktivvermögensbildung nach dem Fünften Vermögensbildungsgesetz und § 3 Nr. 39 EStG – neu (Anwendung für betriebliche Mitarbeiterbeteiligung)



Zur künftigen Entwicklung der Weltagarmärkte

Überlegungen aus finanzpolitischer Sicht

1	Agrarmärkte im Wandel	57
2	Bevölkerungswachstum, steigender Lebensstandard und die Auswirkungen auf die Nachfrage nach Nahrungsmitteln	58
3	Begrenztes Angebotspotenzial und Lösungsansätze	59
3.1	Verfügbare Agrarflächen	59
3.2	Flächenkonkurrenz	59
3.3	Wasser als bestimmendes Element der Agrarproduktion	59
3.4	Die Rolle des Pflanzenschutzes	59
3.5	Investitionen und Strukturen in den Entwicklungsländern	60
4	Welche Schlussfolgerungen können sich aus finanzpolitischer Sicht ergeben?	60

- Die Situation auf den Agrarmärkten wird zumindest mittelfristig angespannt bleiben.
- Die wachsende Nachfrage nach hochwertigen Nahrungsmitteln wird auf ein durch die verfügbaren Anbauflächen und Wasserreserven begrenztes Angebotspotenzial stoßen.
- In der EU ist auf mittlere Sicht davon auszugehen, dass sich angesichts anhaltend hoher Preise für agrarische Rohstoffe angemessene landwirtschaftliche Einkommen erzielen lassen, so dass die Subventionierung in diesem Bereich zurückgeführt werden kann.

1 Agrarmärkte im Wandel

Die angespannte Situation bei der weltweiten Versorgung mit Nahrungsmitteln war unter anderem Gegenstand der Frühjahrstagung von IWF und Weltbank 2008 mit vielfachen Forderungen nach Unterstützungsleistungen insbesondere in den Entwicklungsländern. Die künftige Entwicklung der Weltagarmärkte rückt damit auch in den Fokus vorausschauender Finanzpolitik.

Dem Reisenden, der die US-Bundesstaaten Iowa, Nebraska und andere Gebiete des Mittleren Westens durchquert, bietet sich heute ein völlig anderer Eindruck als noch vor wenigen Jahren. Wo einst goldgelbe Weizenflächen den Ruf des Mittleren Westens als „Brotkorb Amerikas“ begründeten, findet sich heute in den Sommermonaten das satte Grün endloser Maiskulturen. Das kleine Beispiel ist geeignet, den

dramatischen Wandel im Anbau und der Nutzung agrarischer Rohstoffe zu illustrieren. Mais ist in den USA der wichtigste Ausgangsrohstoff für die Erzeugung von Bioethanol. Allein in der Saison 2007/2008 erhöhte sich die Anzahl der Maispflanzungen um 23 %. Nach Berechnungen des Internationalen Getreiderates (IGC) hat sich in den USA im Zeitraum 2001/2002 bis 2008/2009 die Nutzung von Mais für die Erzeugung von Biokraftstoffen von 17,9 Mio. Tonnen auf 100,4 Mio. Tonnen mehr als verfünffacht. Damit wird rd. ein Drittel der US-Maisproduktion für die Erzeugung von Biokraftstoffen verwendet. Weltweit ist die industrielle Nutzung von Getreide insbesondere für Energiezwecke, aber auch für die Stärkeproduktion und für Brauereien, seit 2001 um rd. 120 % gewachsen.

Wenn es nicht gelingt, weitere nachhaltig nutzbare Flächenreserven zu mobilisieren, Produktionssteigerungen zu erreichen und die

Nutzung von Reststoffen zu steigern, werden die unter anderem durch den Bioenergieboom ausgelösten Veränderungen in der Nachfrage künftig einen stärkeren Einfluss auf die Preise für bestimmte Agrarerzeugnisse gewinnen. Ohne Ausdehnung von Anbauflächen und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktivität ist aus Sicht von Beobachtern bereits für das Jahr 2020 eine weltweite Deckungslücke bei Getreide und Reis von mehr als 250 Mio. Tonnen zu erwarten, was etwa der EU-Getreideerzeugung im Jahr 2007 entspricht.

Die Analyse der in letzter Zeit beobachteten weltweiten Preissteigerungen bei Nahrungsmitteln verdeutlicht, dass die Marktsituation von einer Kombination struktureller und zyklischer Faktoren beeinflusst wird. Auf der Nachfrageseite gehen wesentliche Einflüsse nicht nur von der verstärkten Nutzung agrarischer Rohstoffe für Energiezwecke aus, sondern auch von dem hohen Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum in den Entwicklungs- und Schwellenländern. Einflussgrößen auf der Angebotsseite sind neben witterungsbedingten Ertragsschwankungen, der Entwicklung der weltweiten Lagerbestände und der Preisentwicklung bei Rohöl auch die Verfügbarkeit nutzbarer Flächen und von Wasserressourcen. Weitere bestimmende Faktoren sind der fachgerechte Einsatz von Pflanzenschutzmitteln sowie das Niveau der Investitionen in die Landwirtschaft und in die agrarische Infrastruktur. Diese Einflussgrößen werden die Agrarmärkte der Zukunft in weitem Umfang bestimmen.

2 Bevölkerungswachstum, steigender Lebensstandard und die Auswirkungen auf die Nachfrage nach Nahrungsmitteln

Die Weltbevölkerung wird sich voraussichtlich bis 2030 von heute 6,6 Mrd. auf 8,3 Mrd. Menschen erhöhen. Einkommenssteigerungen in Staaten mit hohem Wirtschaftswachstum werden sich nicht nur in der gestiegenen Menge nachgefragter Grundnahrungsmittel, sondern auch in zunehmendem Verbrauch von Veredelungserzeugnissen niederschlagen. Der Pro-Kopf-Konsum von Fleischprodukten hat sich nach Einschätzung des Internationalen Forschungsinstituts für Ernährungspolitik (IFPRI) im Zeitraum 1990 bis 2005 verdoppelt. Im Wirtschaftsjahr 2007/2008 wurden nach Angaben des IGC weltweit rd. 750 Mio. Tonnen Getreide (das sind 38,2 % der weltweiten Getreideerzeugung) an Nutztiere verfüttert. OECD und FAO prognostizieren bis 2017 einen Zuwachs beim Fleischverbrauch um 2 % pro Jahr. Damit wird auch der Bedarf an Futtermitteln weiterhin ansteigen. Bezogen auf alle Agrarerzeugnisse (Nahrungsmittel, Futtermittel und nachwachsende Rohstoffe) wird der jährliche Bedarfszuwachs von der FAO bis 2015 auf 1,6 % und von 2015 bis 2030 auf 1,4 % geschätzt.

3 Begrenzte Angebotspotenzial und Lösungsansätze

3.1 Verfügbare Agrarflächen

Von den 13 Mrd. Hektar Erdoberfläche stehen nur 1,5 Mrd. Hektar für Ackerkulturen zur Verfügung. Hinzu kommen 3,4 Mrd. Hektar Grasland und Prärie, während die verbleibenden 8,1 Mrd. Hektar auf Wüsten, Gletscher, Berge, Wald und Steppe entfallen. In Zukunft muss damit gerechnet werden, dass der Klimawandel durch die Verringerung von Niederschlagsmengen und die Verschiebung von Regenzeiten insbesondere in der südlichen Hemisphäre Bodenverluste durch Wüstenbildung, Versalzung und Erosion zur Folge hat. Auch der Flächenverbrauch für Siedlungen und Infrastruktur verringert weltweit die nutzbaren Agrarflächen. Andererseits stehen Agrarflächen zur Verfügung, die derzeit nicht bewirtschaftet werden.



3.2 Flächenkonkurrenz

Die weltweit wachsende Nachfrage nach agrarischen Rohstoffen für Nahrungs-, Energie- und industrielle Zwecke verursacht eine zunehmende Konkurrenz um landwirtschaftlich nutzbare Flächen. Ein verantwortungsbewusster Umgang mit der Bioenergie muss diesen Wettbewerb angesichts weltweit begrenzter Flächenreserven berücksichtigen. Wo Konflikte nicht auszuräumen sind, vertritt die Bundesregierung den Grundsatz, dass die Ernährungssicherung

Vorrang vor anderen Nutzungen der Agrarerzeugnisse hat. Ein beschleunigter Übergang zu den sogenannten Biokraftstoffen der zweiten Generation, die Reststoffe verwerten, kann einen bedeutenden Beitrag zur Minimierung der Nutzungskonkurrenz zu Nahrungsmitteln leisten.

3.3 Wasser als bestimmendes Element der Agrarproduktion

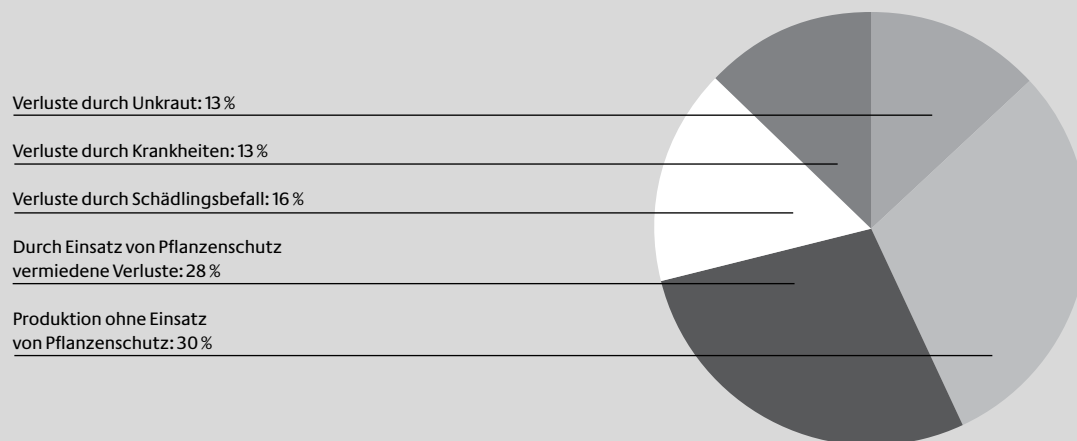
Der Agrarsektor ist weltweit der größte Wassernutzer. Je nach landwirtschaftlicher Produktion ist der Bedarf an Wasser höchst unterschiedlich: Während etwa der Wasserverbrauch für die Erzeugung von 500 Kalorien aus Weizen oder Reis bei 219 bzw. 251 Litern liegt, sind für die Erzeugung von 500 Kalorien aus Rindfleisch 4 902 Liter Wasser erforderlich. Die Wahl des zu erzeugenden Produktes beeinflusst daher wesentlich den Wasserverbrauch. Großes Potenzial zur Wassereinsparung kann sich jedoch aus effizienteren Bewässerungsmethoden ergeben.

Der Klimawandel verstärkt zudem das Problem der Wasserknappheit, das zur Verminderung der landwirtschaftlichen Produktivität beiträgt und in vielen tropischen und subtropischen Regionen Ernterückgänge erwarten lässt. So könnten sich die landwirtschaftlichen Erträge in einigen afrikanischen Ländern bis 2020 um bis zu 50 % reduzieren.

3.4 Die Rolle des Pflanzenschutzes

Eine Schlüsselfunktion zur Sicherung der Ernährungsgrundlagen einer wachsenden Weltbevölkerung kommt auch dem Pflanzenschutz zu. Trotz großer Fortschritte in diesem Bereich gehen weltweit immer noch 42 % der Gesamterträge durch Unkräuter, Schädlinge und Pflanzenkrankheiten verloren. Ohne den Einsatz von Pflanzenschutz lassen sich nur etwa 30 % der heutigen landwirtschaftlichen Erträge erzielen. Die Erträge können bei fachgerechtem Pflanzenschutz fast verdoppelt werden. Große Bedeutung kommt zudem der Agrarforschung zu, die insbesondere auf die Verbesserung der Potenziale landwirtschaftlicher Kulturpflanzen gerichtet sein muss (siehe Abb. S. 60).

Abbildung: Die Rolle des chemischen Pflanzenschutzes bei der Minimierung von Ertragsverlusten



3.5 Investitionen und Strukturen in den Entwicklungsländern

Landwirtschaftliche Produktionssteigerungen in Entwicklungsländern setzen nicht zuletzt auch Investitionen und den Ausbau der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur voraus. Sowohl die internationalen Geber als auch die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit sind gefordert, ihre Anstrengungen in diesen Bereichen zu verstärken.

4 Welche Schlussfolgerungen können sich aus finanzpolitischer Sicht ergeben?

Für die in jüngster Zeit zu beobachtende Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln gibt es eine Vielzahl von Ursachen, die nicht allein zyklischer Natur sind. Angesichts der anhaltend hohen Nachfrage und weiterhin niedriger Lagerbestände steht zu erwarten, dass sich die Preise für wichtige Agrarrohstoffe mittelfristig auf hohem Niveau stabilisieren werden. Vor diesem Hintergrund ist davon auszugehen, dass sich – zumindest auf mittlere Sicht – trotz gestiegener Kosten für Vorleistungen wie Saatgut, Düngemittel, Pflanzenschutz und Treibstoffe – angemessene landwirtschaftliche Einkommen erzielen lassen, die nicht länger durch Subventionen der EU-Agrarpolitik gestützt werden müssen.

Zunehmende Bedeutung, auch aus finanzpolitischer Sicht, wird zudem der kritischen Würdigung von Zulassungsstandards für Pflanzenschutzmittel zukommen. Die Sicherheit der Nahrungsmittelkette muss auch in Zukunft Priorität bei den Zulassungsverfahren haben. Andererseits können sich jedoch überzogene Standards negativ auf Forschung und Herstellung im

Bereich des Pflanzenschutzes auswirken und die Verfügbarkeit von Pflanzenschutzmitteln einschränken, so dass vermeidbare Ertragsverluste in der Landwirtschaft entstehen.

Die Entwicklung der Weltagrarmärkte wird sich letztlich auf eine Vielzahl von Politikbereichen auswirken. Neben der europäischen und internationalen Agrarpolitik berührt die Nahrungsmittelsicherheit unmittelbar auch Fragen der internationalen Sicherheit, der Entwicklungszusammenarbeit, der humanitären Hilfe sowie der Umwelt- und Klimapolitik, aber auch der internationalen Handelsbeziehungen. Der

Abbruch des WTO-Verhandlungsprozesses Ende Juli 2008 kann protektionistische Tendenzen begünstigen und den weltweiten Handel behindern, anstatt ihn durch allseits verbindliche Verpflichtungen zu erleichtern. Langfristig könnte dies dazu führen, dass auch in der Agrarpolitik der Industriestaaten die Rufe nach Politikkonzepten lauter werden, die letztlich vom Verbraucher bzw. vom Steuerzahler zu finanzieren wären. Derartigen – mit den Zielen einer nachhaltigen Agrar- und Finanzpolitik nicht zu vereinbarenden – Weichenstellungen wäre entschieden zu widersprechen.



Mittelfristige Perspektive der öffentlichen Haushalte

1	Einleitung	63
2	Deutlicher Konsolidierungserfolg im Jahr 2007	64
3	Vorübergehende Verschlechterung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos in diesem Jahr	66
4	Struktureller Ausgleich bis 2010 nur bei fortgesetzter Konsolidierung	67

- Der Staatshaushalt schloss im vergangenen Jahr erstmalig seit der deutschen Vereinigung mit einem leichten Überschuss ab.
- Die Belastungen durch Unternehmensteuerreform, geringeren Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung sowie höhere Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst sorgen in diesem Jahr für eine leichte Verschlechterung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos.
- Nur wenn weiter an der Konsolidierungslinie festgehalten wird, kann erstmals 2010 wieder ein strukturell ausgeglichener Staatshaushalt erreicht werden. Spielräume für Konjunkturprogramme oder Steuersenkungen bestehen somit nicht.

1 Einleitung

Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes vom August wies der Staat in den ersten sechs Monaten dieses Jahres einen Überschuss in Höhe von 0,5 % bezogen auf das nominale Bruttoinlandsprodukt (BIP) auf. Die Halbjahres-Meldung ist allerdings wegen der typischerweise ungleichmäßig über das Jahr verteilten Einnahmen- und Ausgabenströme und wegen sehr hoher Schätzanteile (vor allem bei Ländern, Gemeinden und Sozialversicherungen) nur eingeschränkt interpretierbar; Rückschlüsse auf das Jahresergebnis sind deshalb daraus nur bedingt ableitbar. Hinzu kommt die sukzessive Umstellung der Gemeinden auf das doppelte Rechnungswesen, die derzeit zu einer mangelhaften Datenqualität führt.

Die in der Sitzung des Finanzplanungsrates Anfang Juli vom Bundesministerium der Finanzen vorgelegte Projektion zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte hat daher weiterhin Bestand: Nachdem der Staatshaushalt im ver-

gangenen Jahr zum ersten Mal seit der deutschen Vereinigung wieder mit einem Überschuss abgeschlossen hatte (+0,1% im Verhältnis zum BIP), ist im laufenden Jahr mit einer leichten Verschlechterung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos zu rechnen. Diese Verschlechterung resultiert aus den zusätzlichen Belastungen durch die Unternehmensteuerreform, die erneute **Absenkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung** und die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst. Insgesamt bleiben die Haushalte auch 2009 aber ausgeglichen. Wird die Konsolidierung fortgesetzt, ist in der mittleren Frist mit einer weiteren Verbesserung auf allen Ebenen zu rechnen.

2 Deutlicher Konsolidierungserfolg im Jahr 2007

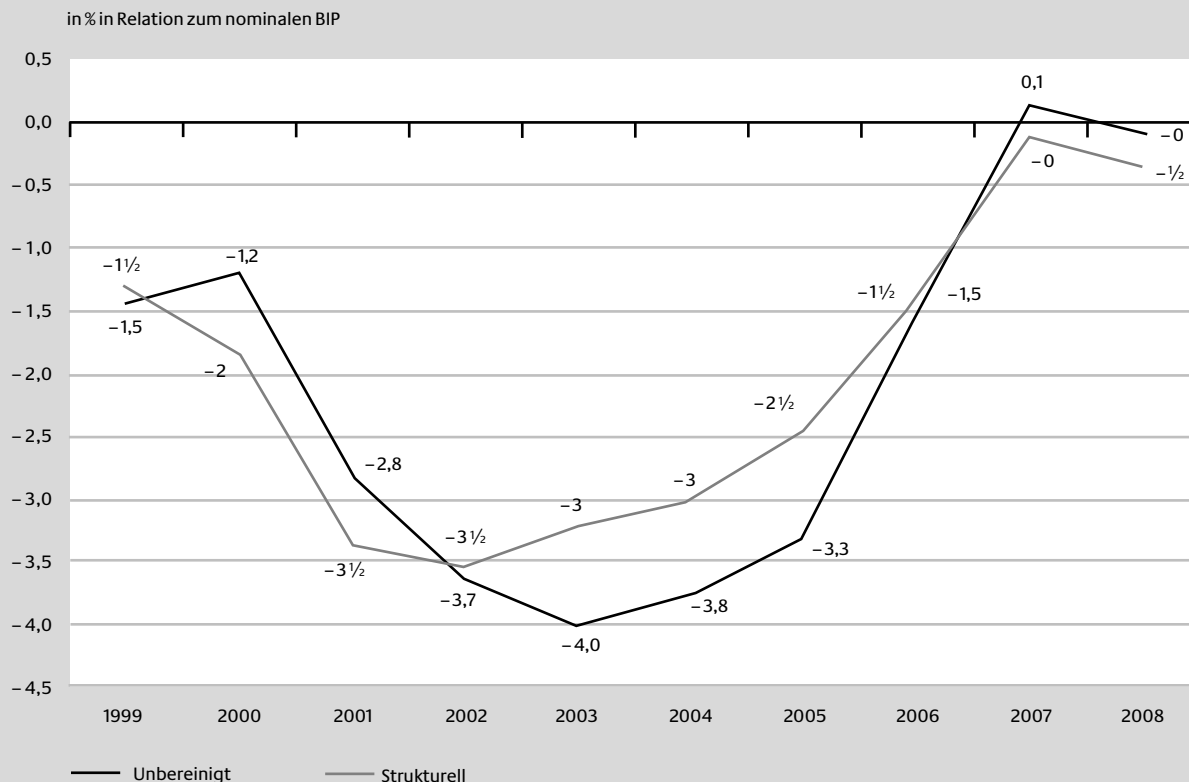
Das vergangene Jahr war durch einen deutlichen Konsolidierungserfolg der öffentlichen Haushalte gekennzeichnet: Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo, der im Jahr 2006 noch ein Defizit von 1,5 % aufgewiesen hatte, verbesserte sich in einen leichten Überschuss von 0,1 % in Relation zum BIP. Erstmals seit der deutschen Vereinigung war der Staatshaushalt damit ausgeglichen. Auch im europäischen Vergleich entwickelte sich der deutsche Staatshaushalt merklich besser als in anderen Ländern: So wies die EU als ganzes noch ein gesamtstaatliches Defizit von 0,9 % bezogen auf das BIP in Maastricht-Abgrenzung auf. Und auch der Euro-Raum schloss noch mit einem Defizit von 0,6 % ab. Insbesondere die öffentlichen Haushalte Italiens, Österreichs, Frankreichs und des Vereinigten Königreichs waren noch defizitär, die Haushalte der letzteren

beiden Länder verzeichneten sogar eine Verschlechterung ihres Finanzierungssaldos nah an die Maastricht-relevante Grenze von 3 %.

Bezogen auf die staatlichen Ebenen wiesen im vergangenen Jahr in Deutschland erstmals die Länder, aber – wie schon 2006 – auch die Gemeinden und die Sozialversicherung Überschüsse auf. Lediglich der Bund schloss mit einem Defizit in Höhe von 0,8 % ab, konnte dies aber im Vergleich zum Vorjahr auch deutlich um 0,7 Prozentpunkte senken. Diese positive gesamtstaatliche Entwicklung ist einerseits auf die günstige gesamtwirtschaftliche Entwicklung zurückzuführen. Gleichwohl zeigt ein Blick auf die Veränderung des strukturellen – also um konjunkturelle Effekte und Einmalmaßnahmen bereinigten – Finanzierungssaldos, dass der Großteil der Verbesserung struktureller Art war (siehe Abbildung 1).

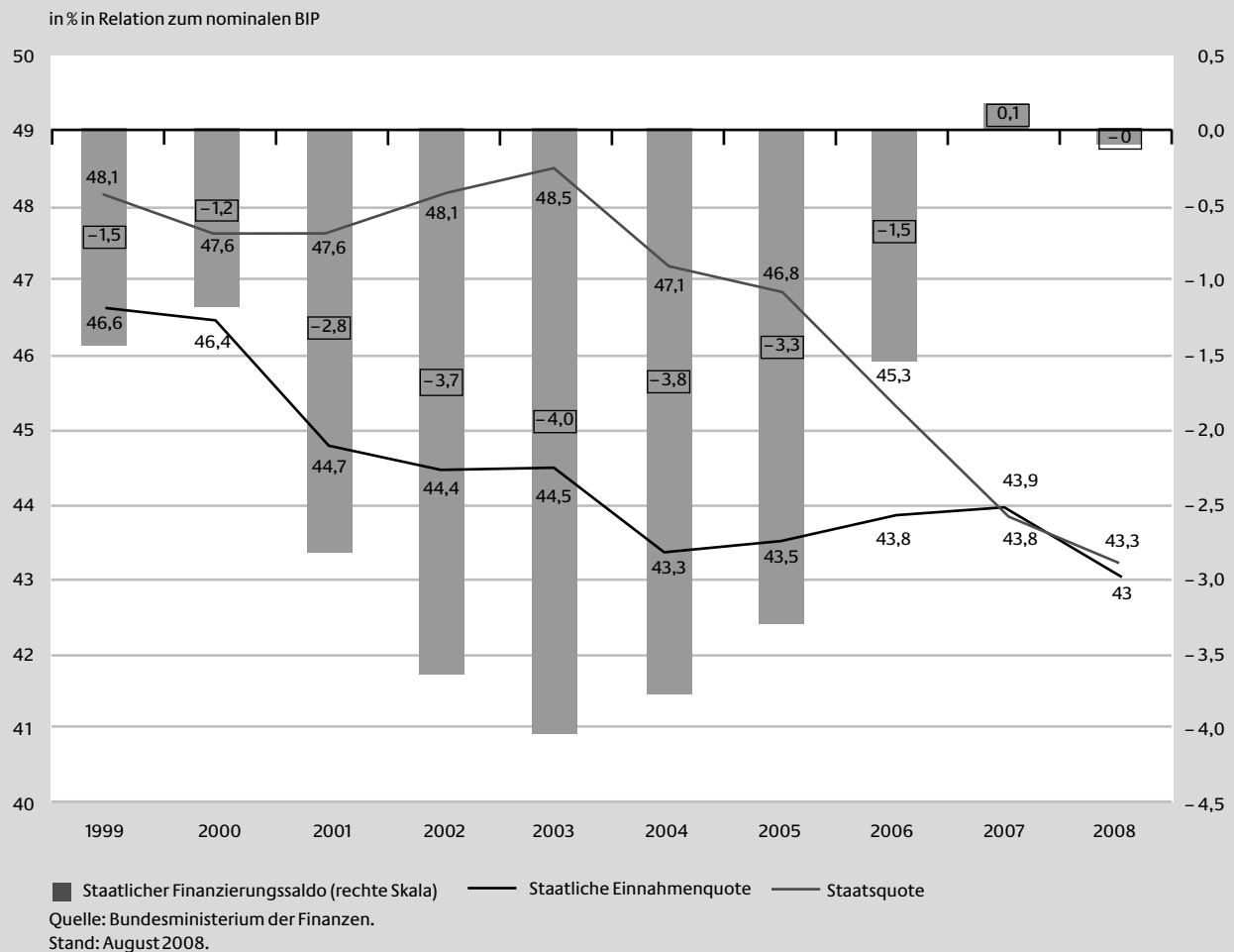
Die Staatsquote, d. h. das Verhältnis von Staatsausgaben und nominalem BIP, ist im vergangenen Jahr um 1,5 Prozentpunkte zurückgegangen,

Abbildung 1: Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.
Stand: August 2008.

Abbildung 2: Staatliche Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo

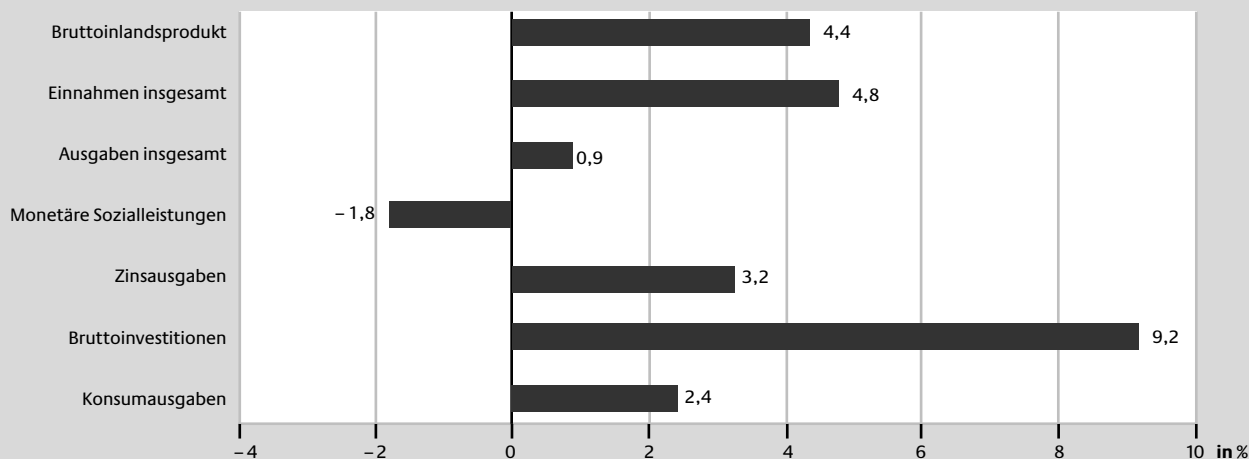


gleichzeitig stieg die staatliche Einnahmequote nur geringfügig um 0,1 Prozentpunkte (siehe Abbildung 2). Die Haushaltskonsolidierung im Jahr 2007 hat damit fast ausschließlich auf der Ausgabenseite stattgefunden. Einerseits sind die monetären Sozialleistungen angesichts der günstigen Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt rückläufig gewesen (-1,8 %). Andererseits stagnierten die staatlichen Arbeitnehmerentgelte nahezu (+0,3 % gegenüber Vorjahr), sodass der Staatskonsum nur um 2,4 % zunahm (siehe Abbildung 3, S. 66). Der geringe Beitrag der Einnahmenseite zur Konsolidierung im vergangenen Jahr – die staatliche Einnahmequote stieg nur marginal um 0,1 Prozentpunkte auf 43,9 % – ist auf zwei gegenläufige Effekte zurückzuführen. Einerseits sind die Steuereinnahmen aufgrund der günstigen konjunkturellen Entwicklung, aber auch der Erhöhung des Normalsatzes der Umsatzsteuer und des Versicherungsteuersatzes

deutlich gestiegen (+8,6 %), sodass sich die volkswirtschaftliche Steuerquote um knapp einen Prozentpunkt auf 23,8 % erhöhte. Andererseits aber stagnierten die Sozialbeiträge, sodass sich die Sozialbeitragsquote angesichts des spürbaren BIP-Anstiegs um 0,7 Prozentpunkte verringerte. Die Stagnation der Sozialbeiträge war Resultat des immer noch deutlich unterproportionalen Anstiegs der Arbeitnehmerentgelte, aber auch der Entlastung der Arbeitnehmer durch eine deutliche Reduktion des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung (bei etwas höherem Beitragssatz zur Gesetzlichen Rentenversicherung).

Positiv zu bewerten ist der im Vergleich zum Vorjahr nochmals kräftigere Anstieg der staatlichen Bruttoinvestitionen um 9,2 % im vergangenen Jahr, nachdem in den Jahren 2002 bis 2005 die Investitionstätigkeit rückläufig gewesen war.

Abbildung 3: Entwicklung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben sowie des BIP im Jahr 2007
– Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %, in jeweiligen Preisen –



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.
Stand: August 2008.

3 Vorübergehende Verschlechterung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos in diesem Jahr

Im laufenden Jahr reduziert sich die Staatsquote zwar weiter, allerdings ist nach der aktuellen Projektion – die auf der Steuerschätzung vom Mai beruht – auch mit einem Rückgang der staatlichen Einnahmequote zu rechnen. So geht zum einen infolge der Unternehmensteuerreform die volkswirtschaftliche Steuerquote um knapp einen halben Prozentpunkt auf rund 23½% zurück. Gleichzeitig ist aufgrund der erneuten Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung mit einer Verringerung der Sozialbeitragsquote zu rechnen. Die Abgabenquote (Steuern und Sozialversicherungsbeiträge in Relation zum BIP) reduziert sich infolgedessen um rund einen halben Prozentpunkt auf etwa 40%.

Angesichts eines fortgesetzt unterproportionalen Ausgabenanstiegs reduziert sich die Staatsquote erneut um etwa einen halben Prozentpunkt auf 43 %. Dies ist im Wesentlichen bedingt durch den nur sehr moderaten Anstieg

der monetären Sozialleistungen, wogegen die Arbeitnehmerentgelte in diesem Jahr spürbar zulegen, sodass die Konsumausgaben mit etwa 3 % auch stärker steigen. Auch die Investitionstätigkeit des Staates bleibt lebhaft, wenngleich die Steigerungsrate des Vorjahres nicht mehr erreicht werden dürfte. Der Rückgang der Staatsquote kommt trotz der nicht als Belastung im Bundeshaushalt 2008 vorgesehenen Ausgaben zustande, die der Bund in diesem Jahr für die Rettung der IKB (1,2 Mrd. €) und als Rückzahlung im Rahmen eines Beihilfeverfahrens an die Deutsche Post AG (1 Mrd. €) aufwenden musste.

Insgesamt führt die im Vergleich zum Rückgang der Staatsquote etwas stärkere Verminderung der staatlichen Einnahmequote dazu, dass sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo gegenüber dem Vorjahr leicht verringern wird. Diese Verschlechterung ist allein strukturell bedingt, denn die deutsche Wirtschaft befindet sich weiterhin in einer Situation, in der die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten mehr als normal ausgelastet sind.

4 Struktureller Ausgleich bis 2010 nur bei fortgesetzter Konsolidierung

Deutschland hat sich im Rahmen des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes verpflichtet, den Staatshaushalt bis spätestens 2010 strukturell auszugleichen. Nach der aktuellen Mittelfristprojektion wird dieses Ziel erreicht. Zwar wird sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo in diesem Jahr aufgrund der o. a. Reformen im Bereich der Steuer- und Sozialversicherungsbeiträge leicht verschlechtern. Ab dem kommenden Jahr setzt sich die bisherige Konsolidierungslinie jedoch durch. Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo wird sich infolgedessen im Jahr 2009 wieder verbessern und am Ende des Finanzplanungszeitraums einen Überschuss von etwa 1 % in Relation zum nominalen BIP aufweisen (siehe Abbildung 4). Ab dem Jahr 2010 ist auch mit einem strukturellen Ausgleich des Staatshaushalts zu rechnen.

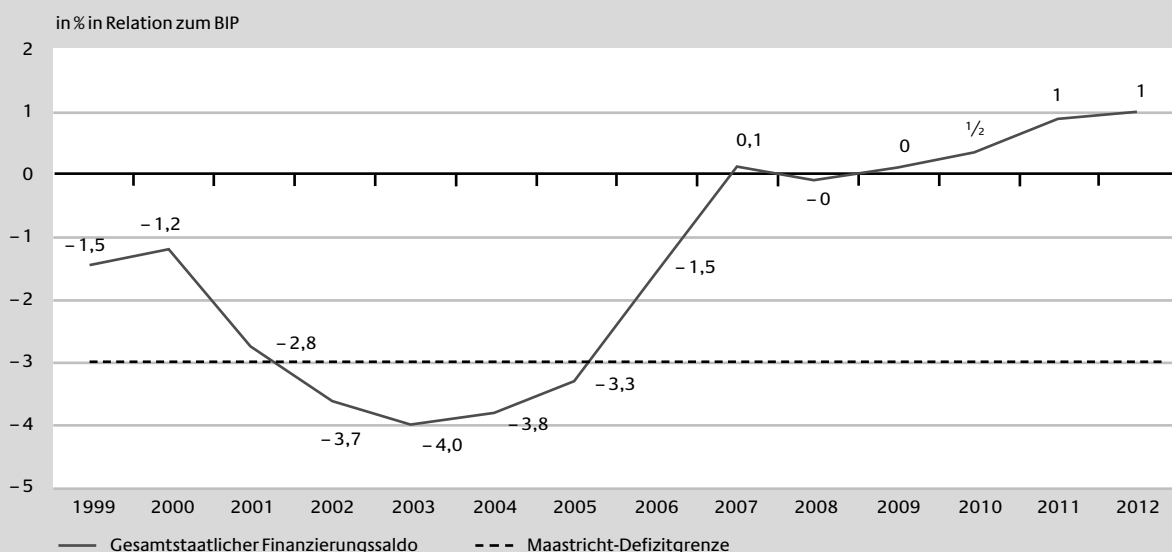
Den wesentlichen Beitrag für die mittelfristige Verbesserung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos leistet der Bundeshaushalt durch den Abbau der Neuverschuldung: Ab dem Jahr

2011 wird der Bund ohne Nettokreditaufnahme auskommen, während die Haushalte von Ländern, Gemeinden und Sozialversicherung bereits seit dem vergangenen Jahr Überschüsse aufweisen. Entscheidende Voraussetzung für die Einhaltung der mittelfristigen Haushaltsziele ist, dass alle staatlichen Ebenen an der moderaten Ausgabenlinie festhalten.

Die staatliche Einnahmequote wird mittelfristig eher zurückgehen, da sich die Sozialbeiträge aufgrund von Beitragssenkungen unterproportional zum BIP entwickeln. Die Steuerquote wird sich wegen der Unternehmensteuerreform erst gegen Ende des Projektionszeitraums wieder auf dem Niveau des vergangenen Jahres befinden. Daher muss das Erreichen der Konsolidierungsziele mit einem weiteren Absinken der Staatsquote einhergehen. Hierzu ist es erforderlich, den Zuwachs der Staatsausgaben wie geplant dauerhaft unterhalb des Zuwachses des nominalen BIP zu begrenzen.

Nach der aktuellen Mittelfristprojektion trägt der weiterhin moderate Ausgabenanstieg wesentlich zur Fortsetzung der gesamtstaatlichen Konsolidierung bei. Er beläuft sich jahresdurchschnittlich bis 2012 auf 2 % – verglichen mit einem Anstieg des nominalen BIP von 3 % (siehe Abbildung 5, S. 69). Im Ergebnis wird die

Abbildung 4: Entwicklung des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos bis 2012



Quelle: Bundesministerium der Finanzen.
Stand: August 2008.

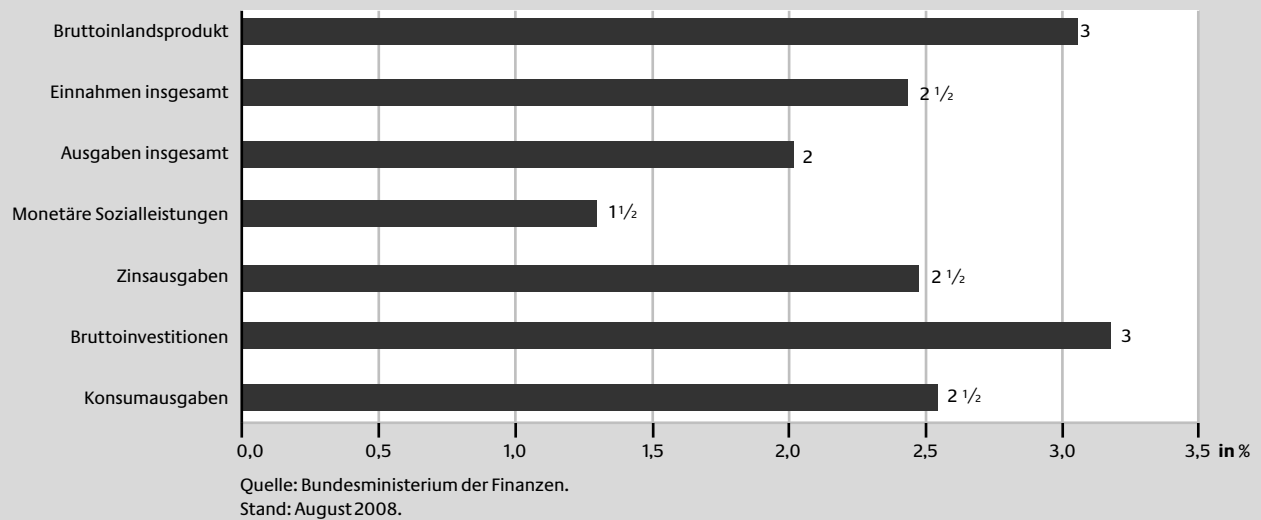
Staatsquote im Jahr 2012 bei 41 ½ % liegen. Den wesentlichen Beitrag hierzu liefern die monetären Sozialleistungen, die im mittelfristigen Planungszeitraum im Durchschnitt nur um rund 1 ½ % jährlich zunehmen. Der Staatskonsum wird jahresdurchschnittlich um etwa 2 ½ % steigen. Hier wirken sich insbesondere die relativ dynamisch steigenden Ausgaben im Gesundheitsbereich und bei der Pflegeversicherung aus. Aber auch der Anstieg der Personalausgaben trägt hierzu bei. Durchaus positiv zu sehen ist der fortgesetzt spürbare Anstieg der öffentlichen Investitionen, die durchschnittlich mit 3 % p. a. steigen.

Als finanzpolitische Risiken in der Mittelfristprojektion sind allerdings mögliche Auswirkungen durch den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur Abziehbarkeit von Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung nicht berücksichtigt. Darüber hinaus könnte die Bankenkrise weitere defizitwirksame Buchungen – auch rückwirkend für das Jahr 2007 – nach sich ziehen.

Da es trotz dieser restriktiven Ausgabenlinie – und ohne Berücksichtigung der genannten Risiken – erst 2010 gelingt, das strukturelle Defizit des Staates abzubauen, sind Spielräume für Abweichungen vom Konsolidierungspfad – seien es kurzfristige Konjunkturprogramme oder weitere Steuersenkungen – derzeit nicht vorhanden. Diese würden das mit Blick auf die zukünftige Handlungsfähigkeit und Generationengerechtigkeit vorrangige Ziel eines strukturell ausgeglichenen Staatshaushaltes gefährden. Gelingt es aber, in dieser Planungsperiode einen strukturell ausgeglichenen Staatshaushalt zu erreichen, würde Deutschland nicht nur den

wesentlichen Schritt des so genannten präventiven Arms des europäischen Stabilitäts- und Wachstumspaktes vollziehen. Vielmehr ermöglicht auch erst ein strukturell ausgeglichener Haushalt die Einführung einer neuen Schuldenregel, wie sie derzeit in der Föderalismuskommission II erarbeitet wird. Dabei soll nach dem Vorschlag des Bundesministeriums der Finanzen der Staatshaushalt grundsätzlich ausgeglichen sein. Mit Blick auf die intergenerative Gerechtigkeit soll nur noch in sehr engen Grenzen eine strukturelle Verschuldung zugelassen werden. Um eine prozyklische Finanzpolitik zu vermeiden, soll sich darüber hinaus die maximal erlaubte Nettokreditaufnahme in dem Maß erhöhen oder verringern, in dem die so genannten automatischen Stabilisatoren, also Steuereinnahmen, Sozialversicherungsbeiträge und Arbeitsmarktausgaben, mit der Konjunkturschwanken. Ansonsten wird nur in Ausnahmesituationen, die durch ein hohes Quorum im Parlament abgesichert werden sollen, eine höhere Neuverschuldung erlaubt. Abweichungen von der Regel sollen auf einem Korrekturkonto festgehalten werden und so die Aufstellungsregel mit dem Haushaltsvollzug verknüpfen. Mit dieser neuen Schuldenregel soll auch den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes Rechnung getragen werden, das in seinem Urteil im Sommer vergangenen Jahres eine Neuregelung des derzeitigen Artikel 115 Grundgesetz gefordert hat. Die neue Schuldenregel würde für eine tragfähige Finanzpolitik sorgen, indem die Schuldenstandsquote mittel und langfristige deutlich sinken würde.

Abbildung 5: Entwicklung der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben sowie des BIP in der Mittelfristprojektion des BMF
– jahresdurchschnittlicher Zuwachs 2012 gegenüber 2007 in %, in jeweiligen Preisen –







Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	74
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	98
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	102

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	74
1 Kreditmarktmittel	74
2 Gewährleistungen	75
3 Bundeshaushalt 2006 bis 2011	75
4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2006 bis 2011	76
5 Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2009	78
6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2008	82
7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2000 bis 2006	84
8 Steueraufkommen nach Steuergruppen	86
9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	87
10 Entwicklung der Staatsquote	88
11 Schulden der öffentlichen Haushalte	89
12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte	90
13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	91
14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	92
15 Steuerquoten im internationalen Vergleich	93
16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich	94
17 Staatsquoten im internationalen Vergleich	95
18 Entwicklung der EU-Haushalte 2007 und 2008	96
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	98
1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2008 im Vergleich zum Jahressoll 2008	98
2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2008	98
3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juli 2008	99
4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2008	100
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	102
1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	102
2 Preisentwicklung	102
3 Außenwirtschaft	103
4 Einkommensverteilung	103
5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich	104
6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	105
7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	106
8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern	107
9 Entwicklung von DAX und Dow Jones	108
10 Übersicht Weltfinanzmärkte	109

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel

I. Schuldenart

	Stand: 30. Juni 2008	Zunahme	Abnahme	Stand: 31. Juli 2008
	Mio. €			
Inflationsindexierte Bundeswertpapiere	20 000	2 000	0	22 000
Anleihen	599 218	11 000	22 750	587 468
Bundessobligationen	169 000	0	0	169 000
Bundesschatzbriefe	9 816	160	254	9 722
Bundesschatzanweisungen	108 000	7 000	0	115 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 511	5 870	5 882	35 498
Finanzierungsschätze	2 060	134	179	2 015
Tagesanleihe	0	254	5	250
Schuldscheindarlehen	14 617	0	251	14 367
Medium Term Notes Treuhand	205	0	0	205
Kreditmarktmittel insgesamt	958 427			955 524

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 30. Juni 2008	Stand: 31. Juli 2008
	Mio. €	
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	167 662	176 231
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	307 368	309 912
langfristig (mehr als 4 Jahre)	483 397	469 381
Kreditmarktmittel insgesamt	958 427	955 524

Abweichungen in den Summen ergeben sich durch Runden der Zahlen.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2008	Belegung am 30. Juni 2008	Belegung am 30. Juni 2007
		in Mrd. €	
Ausfuhren	117,0	100,3	96,4
Kredite an ausländische Schuldner, Direktinvestitionen im Ausland, EIB-Kredite, Kapitalbeteiligung der KfW am EIF	40,0	25,9	24,5
bilaterale FZ-Vorhaben	2,3	1,1	1,1
Ernährungsbevorratung	7,5	7,5	7,5
Binnenwirtschaft und sonstige Zwecke im Inland	95,0	51,7	52,4
Internationale Finanzierungsinstitutionen	46,6	40,3	40,3
Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen	1,3	1,0	1,2
Zinsausgleichsgarantien	4,0	–	–

3 Bundeshaushalt 2007 bis 2012 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2007 Ist	2008 Soll	2009 RegEntw	2010	2011 Finanzplanung	2012
	Mrd. €					
1. Ausgaben	270,4	283,2	288,4	292,4	295,2	300,6
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 3,6	+ 4,7	+ 1,8	+ 1,4	+ 1,0	+ 1,8
2. Einnahmen¹	255,7	271,1	277,5	286,0	294,8	300,2
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 9,8	+ 6,0	+ 2,4	+ 3,1	+ 3,1	+ 1,8
darunter:						
Steuereinnahmen	230,0	238,0	248,7	255,4	266,3	276,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 12,8	+ 3,4	+ 4,5	+ 2,7	+ 4,3	+ 3,7
3. Finanzierungssaldo	– 14,7	– 12,1	– 10,9	– 6,4	– 0,4	– 0,4
in % der Ausgaben	5,4	4,3	3,8	2,2	0,1	0,1
Zusammensetzung des Finanzierungssaldos						
4. Bruttokreditaufnahme² (–)	222,1	232,5	225,5	221,3	217,8	221,1
5. sonstige Einnahmen und haushalterische Umbuchungen	– 8,4	2,3	–	–	–	–
6. Tilgungen (+)	216,2	221,0	214,6	214,9	217,4	220,7
7. Nettokreditaufnahme	– 14,3	– 11,9	– 10,5	– 6,0	0,0	0,0
8. Münzeinnahmen	– 0,4	– 0,2	– 0,4	– 0,4	– 0,4	– 0,4
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	26,2	24,7	25,9	25,9	25,5	25,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	+ 15,4	– 5,9	+ 4,9	+ 0,2	– 1,5	– 0,8
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5	3,5

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Gem. BHO § 13 Absatz 4, 2. ohne Münzeinnahmen.

² Inkl. Finanzierung der Eigenbestandsveränderung.

Stand: Juli 2008.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2007 bis 2012

Ausgabeart	2007 Ist	2008 Soll	2009 Entwurf	2010	2011 Finanzplanung	2012
	Mio. €					
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 038	26 762	27 796	28 252	28 610	29 079
Aktivitätsbezüge	19 662	20 276	20 964	21 340	21 669	22 100
Ziviler Bereich	8 498	9 199	9 372	9 930	10 415	10 920
Militärischer Bereich	11 164	11 077	11 592	11 409	11 254	11 179
Versorgung	6 376	6 486	6 832	6 912	6 941	6 979
Ziviler Bereich	2 334	2 308	2 392	2 400	2 399	2 394
Militärischer Bereich	4 041	4 178	4 441	4 512	4 542	4 585
Laufender Sachaufwand	18 757	19 778	21 053	21 286	21 311	21 732
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 365	1 473	1 451	1 462	1 475	1 453
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	8 908	9 581	10 281	10 526	10 554	10 988
Sonstiger laufender Sachaufwand	8 484	8 723	9 321	9 298	9 283	9 291
Zinsausgaben	38 721	41 818	41 479	43 386	44 689	47 065
an andere Bereiche	38 721	41 818	41 479	43 386	44 689	47 065
Sonstige	38 721	41 818	41 479	43 386	44 689	47 065
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	38 677	41 774	41 435	43 343	44 647	47 023
an Ausland	3	3	2	2	–	–
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	160 352	169 769	171 897	173 720	176 362	177 865
an Verwaltungen	14 003	14 463	14 569	13 951	13 743	13 588
Länder	8 698	8 890	8 378	7 776	7 474	7 298
Gemeinden	38	23	21	19	13	12
Sondervermögen	5 267	5 549	6 170	6 155	6 256	6 277
Zweckverbände	1	1	1	1	0	0
an andere Bereiche	146 349	155 307	157 328	159 770	162 618	164 277
Unternehmen	15 399	23 740	23 800	24 144	24 307	24 473
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	29 123	28 276	27 063	25 723	24 899	24 764
an Sozialversicherung	97 712	98 521	101 269	104 702	108 175	109 786
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	869	964	1 409	1 415	1 401	1 390
an Ausland	3 240	3 801	3 782	3 785	3 834	3 862
an Sonstige	5	5	5	1	2	2
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	243 868	258 128	262 225	266 645	270 971	275 740
Ausgaben der Kapitalrechnung¹						
Sachinvestitionen	6 903	7 273	7 791	7 596	7 305	7 269
Baumaßnahmen	5 478	5 783	6 201	6 019	5 763	5 772
Erwerb von beweglichen Sachen	909	1 010	1 057	1 034	1 003	956
Grunderwerb	516	480	533	543	540	542
Vermögensübertragungen	16 947	14 306	14 838	15 111	15 009	14 828
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	16 580	13 924	14 442	14 737	14 648	14 468
an Verwaltungen	8 234	5 416	4 971	5 015	4 965	4 960
Länder	6 030	5 342	4 906	4 949	4 888	4 878
Gemeinden und Gemeindeverbände	54	68	60	61	72	77
Sondervermögen	2 150	6	5	5	5	5
an andere Bereiche	8 345	8 509	9 471	9 722	9 683	9 508
Sonstige – Inland	6 099	6 082	6 463	6 535	6 476	6 348
Ausland	2 247	2 427	3 008	3 187	3 206	3 160
Sonstige Vermögensübertragungen	367	382	397	374	361	360
an andere Bereiche	367	382	397	374	361	360
Sonstige – Inland	162	164	156	149	141	140
Ausland	205	218	241	225	220	220

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2007 bis 2012

Ausgabeart	2007	2008	2009	2010	2011	2012
	Ist	Soll	Entwurf	Finanzplanung		
	Mio. €					
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	2 732	3 461	3 638	3 601	3 581	3 592
Darlehensgewährung	2 100	2 717	2 739	2 773	2 853	2 745
an Verwaltungen	1	1	1	1	1	1
Länder	1	1	1	1	1	1
an andere Bereiche	2 100	2 716	2 738	2 772	2 852	2 745
Sonstige – Inland (auch Gewährleistungen)	900	1 308	1 174	1 195	1 199	1 204
Ausland	1 199	1 407	1 564	1 577	1 653	1 540
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	632	744	899	828	728	847
Inland	28	26	13	13	1	1
Ausland	604	718	886	815	728	846
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung¹	26 582	25 040	26 266	26 307	25 895	25 690
¹ Darunter: Investive Ausgaben	26 215	24 658	25 870	25 933	25 534	25 330
Globale Mehr-/Minderausgaben	–	32	– 91	– 552	– 1 666	– 830
Ausgaben zusammen	270 450	283 200	288 400	292 400	295 200	300 600

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2009

Ausgabegruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	in Mio. €					
0 Allgemeine Dienste	53 285	46 989	25 105	16 676	–	5 208
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	6 350	5 981	3 883	1 210	–	888
02 Auswärtige Angelegenheiten	8 182	3 466	461	159	–	2 847
03 Verteidigung	30 930	30 613	16 032	13 703	–	877
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	3 741	3 242	2 088	949	–	205
05 Rechtsschutz	385	351	259	77	–	15
06 Finanzverwaltung	3 696	3 336	2 381	577	–	377
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	14 342	11 016	477	709	–	9 830
13 Hochschulen	2 648	1 653	10	10	–	1 633
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 962	1 962	–	–	–	1 962
15 Sonstiges Bildungswesen	507	440	9	66	–	364
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	8 531	6 473	457	629	–	5 386
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	693	488	1	4	–	484
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	140 774	139 952	231	229	–	139 492
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	96 841	96 841	55	–	–	96 786
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	6 016	6 016	–	–	–	6 016
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 000	2 753	–	47	–	2 706
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	33 503	33 387	49	116	–	33 222
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	140	140	–	–	–	140
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 273	814	128	65	–	621
3 Gesundheit und Sport	1 216	800	275	264	–	261
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	410	345	146	146	–	53
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	410	345	146	146	–	53
32 Sport	129	108	–	7	–	101
33 Umwelt- und Naturschutz	366	196	85	58	–	53
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	311	151	44	53	–	54
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 713	450	–	12	–	438
41 Wohnungswesen	1 131	441	–	2	–	438
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	–	1	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	–	–	–	–	–
44 Städtebauförderung	581	8	–	8	–	–
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 025	543	29	136	–	378
52 Verbesserung der Agrarstruktur	677	251	–	1	–	250
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	124	124	–	60	–	63
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	124	124	–	60	–	63
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	225	168	29	74	–	65

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2009

Ausgabegruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
Funktion	in Mio. €				
0 Allgemeine Dienste	1 126	2 477	2 693	6 296	6 251
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	367	2	0	369	369
02 Auswärtige Angelegenheiten	68	2 198	2 450	4 716	4 715
03 Verteidigung	220	97	–	317	273
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	320	178	–	498	498
05 Rechtsschutz	32	2	–	34	34
06 Finanzverwaltung	117	0	243	361	361
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	223	3 093	11	3 327	3 327
13 Hochschulen	1	995	–	996	996
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	–	–	–	–	–
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	0	67	–	67	67
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	201	1 847	11	2 059	2 059
20	20	184	–	205	205
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgenaufgaben, Wiedergutmachung	11	811	1	823	471
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	–	–	–	–
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	1	245	1	247	5
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	5	111	–	116	7
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	4	455	–	459	459
3 Gesundheit und Sport	221	196	–	417	417
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	56	10	–	65	65
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	56	10	–	65	65
32 Sport	–	21	–	21	21
33 Umwelt- und Naturschutz	7	163	–	171	171
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	158	2	–	160	160
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	–	1 260	3	1 263	1 263
41 Wohnungswesen	–	687	3	690	690
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	–	–	–	–
44 Städtebauförderung	–	573	–	573	573
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	15	466	1	483	483
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	425	1	426	426
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	15	41	1	57	57

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2009

Ausgabegruppe	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
Funktion	in Mio. €					
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 040	3 401	54	662	-	2 685
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	884	805	-	519	-	286
621 Kernenergie	271	271	-	-	-	271
622 Erneuerbare Energieformen	47	17	-	4	-	13
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	567	517	-	516	-	2
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	2 117	2 101	-	4	-	2 097
64 Handel	122	122	-	54	-	68
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	638	14	-	12	-	2
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 279	359	54	73	-	233
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	12 100	4 143	1 064	1 995	-	1 085
72 Straßen	7 607	960	-	868	-	91
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 728	835	510	260	-	66
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	337	5	-	-	-	5
75 Luftfahrt	189	189	50	17	-	122
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	2 239	2 155	504	850	-	801
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	15 813	11 787	-	17	-	11 770
81 Wirtschaftsunternehmen	10 285	6 261	-	17	-	6 244
832 Eisenbahnen	3 922	87	-	8	-	79
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	6 363	6 175	-	10	-	6 165
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 527	5 526	-	-	-	5 526
873 Sondervermögen	5 506	5 506	-	-	-	5 506
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	21	20	-	-	-	20
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	43 092	43 145	561	354	41 479	751
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	788	750	-	-	-	750
92 Schulden	41 501	41 501	-	22	41 479	-
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	802	894	561	332	-	1
Summe aller Hauptfunktionen	288 400	262 225	27 796	21 053	41 479	171 897

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen, Entwurf 2009

Ausgabegruppe	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	*darunter: Investive Ausgaben
Funktion	in Mio. €				
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	733	904	1 639	1 639
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	79	–	79	79
621 Kernenergie	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	30	–	30	30
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	50	–	50	50
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	17	–	17	17
64 Handel	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	624	–	624	624
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	14	904	919	919
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	6 192	1 765	–	7 956	7 956
72 Straßen	5 229	1 419	–	6 647	6 647
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	892	–	–	892	892
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	333	–	333	333
75 Luftfahrt	0	–	–	0	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	70	14	–	84	84
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	2	3 999	24	4 025	4 025
81 Wirtschaftsunternehmen	–	–	–	–	–
832 Eisenbahnen	1	3 999	24	4 024	4 024
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	–	3 826	10	3 836	3 836
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	1	174	14	188	188
873 Sondervermögen	1	–	–	1	1
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	–	–	–	–	–
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	–	38	–	38	38
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	38
92 Schulden	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	–
Summe aller Hauptfunktionen	7 791	14 838	3 638	26 266	25 870

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	2000
Ist-Ergebnisse								
I. Gesamtübersicht								
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	244,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	- 1,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	220,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	- 0,1
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 23,9
darunter:								
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten								
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	26,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	10,8
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	15,7
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	39,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	- 4,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	16,0
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	57,9
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	28,1
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	- 1,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	11,5
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	35,0
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	198,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	3,3
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	81,3
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	90,1
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	42,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 23,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	9,7
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	84,4
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	62,0
nachrichtlich: Schuldenstand³								
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1010,4	1198,2
darunter: Bund	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	715,6

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat Juli 2007; 2008 = Schätzung.

6 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2009

(Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
		Ist-Ergebnisse							Soll	RegEntw
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	243,1	249,3	256,7	251,6	259,8	261,0	270,4	283,2	288,4
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5	3,6	4,7	1,8
Einnahmen	Mrd.€	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7	271,1	277,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	9,8	6,0	2,4
Finanzierungssaldo	Mrd.€	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2	- 14,7	- 12,1	- 10,9
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,9	- 10,5
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,2	- 0,3	- 0,4	- 0,2	- 0,4
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	-	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	26,8	27,0	27,2	26,8	26,4	26,1	26,0	26,8	27,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	1,1	0,7	0,9	- 1,8	- 1,4	- 1,0	- 0,3	2,8	3,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,0	10,8	10,6	10,6	10,1	10,0	9,6	9,4	9,6
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	15,8	15,6	15,7	15,4	15,4	14,9	14,9	14,8	40,8
Zinsausgaben	Mrd.€	37,6	37,1	36,9	36,3	37,4	37,5	38,7	41,8	41,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 3,9	- 1,5	- 0,5	- 1,6	3,0	0,3	3,3	8,0	- 0,8
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,5	14,9	14,4	14,4	14,4	14,4	14,3	14,8	14,4
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	56,8	56,2	56,1	56,0	58,3	58,1	57,9	61,3	60,5
Investive Ausgaben	Mrd.€	27,3	24,1	25,7	22,4	23,8	22,7	26,2	24,7	25,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	6,2	- 4,4	15,4	- 5,9	4,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,2	9,7	10,0	8,9	9,1	8,7	9,7	8,7	9,0
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	34,1	32,9	35,4	34,0	34,2	34,0	40,0	35,8	37,0
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1	203,9	230,0	238,0	248,7
Veränderung gegen Vorjahr	%	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	1,7	7,2	12,8	3,4	4,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	79,7	77,0	74,7	74,3	73,2	78,1	85,1	84,0	86,2
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	88,0	88,7	88,2	88,3	83,2	87,6	90,0	87,8	89,6
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	43,4	43,5	43,4	42,2	42,1	41,7	42,7	42,9	43,6
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 22,8	- 31,9	- 38,6	- 39,5	- 31,2	- 27,9	- 14,3	- 11,9	- 10,5
Anteil an den Bundesausgaben	%	9,4	12,8	15,1	15,7	12,0	10,7	5,3	4,2	3,6
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	83,7	132,4	150,2	176,7	131,3	122,8	54,7	48,3	40,6
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	57,6	61,0	59,3	60,1	58,6	71,2	955,7	X	X
nachrichtlich: Schuldenstand³										
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1203,9	1253,2	1325,7	1395,0	1447,5	1497,1	1502,9	1508 ^{1/2}	1516
darunter: Bund	Mrd.€	697,3	719,4	760,5	803,0	872,7	917,6	937,5	949	959 ^{1/2}

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat Juli 2007; 2008 = Schätzung.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ²	2007 ²
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	604,3	611,3	619,6	614,6	627,7	636,9	646,8
Einnahmen	557,7	554,6	551,7	549,0	575,2	597,0	647,3
Finanzierungssaldo	- 46,6	- 57,1	- 68,0	- 65,5	- 52,5	- 39,2	1,5
darunter:							
Bund							
Ausgaben	243,1	249,3	256,7	251,6	259,9	261,0	270,5
Einnahmen	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,7
Finanzierungssaldo	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 31,4	- 28,2	- 14,7
Länder							
Ausgaben	255,5	257,7	259,7	257,1	260,0	258,7	263,9
Einnahmen	230,9	228,5	229,2	233,5	237,2	248,7	267,3
Finanzierungssaldo	- 24,6	- 29,4	- 30,5	- 23,5	- 22,7	- 10,0	3,4
Gemeinden							
Ausgaben	148,3	150,0	149,9	150,1	153,2	155,7	160,7
Einnahmen	144,2	146,3	141,5	146,2	150,9	158,6	169,3
Finanzierungssaldo	- 4,1	- 3,7	- 8,4	- 3,9	- 2,2	3,0	8,6
	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	0,9	1,2	1,4	- 0,8	2,1	1,5	1,6
Einnahmen	- 1,3	- 0,6	- 0,5	- 0,5	4,8	3,8	8,4
darunter:							
Bund							
Ausgaben	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	3,3	0,5	3,6
Einnahmen	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	7,8	1,9	9,8
Länder							
Ausgaben	1,9	0,9	0,7	- 1,0	1,1	- 0,5	2,0
Einnahmen	- 3,9	- 1,0	0,3	1,9	1,6	4,9	7,4
Gemeinden							
Ausgaben	1,6	1,1	- 0,0	0,1	2,1	1,7	3,2
Einnahmen	- 2,5	1,4	- 3,3	3,3	3,3	5,1	6,7

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse.

² Bund und seine Sonderrechnungen sind Rechnungsergebnisse, Länder und Gemeinden sind Kassenergebnisse.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Juli 2008.

7 Öffentlicher Gesamthaushalt von 2001 bis 2007

	2001	2002	2003	2004	2005	2006 ²	2007 ²
	Anteile in %						
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 2,2	- 2,7	- 3,1	- 3,0	- 2,3	- 1,7	0,1
darunter:							
Bund	- 1,1	- 1,5	- 1,8	- 1,8	- 1,4	- 1,2	- 0,6
Länder	- 1,2	- 1,4	- 1,4	- 1,1	- 1,0	- 0,4	0,1
Gemeinden	- 0,2	- 0,2	- 0,4	- 0,2	- 0,1	0,1	0,4
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 7,7	- 9,3	- 11,0	- 10,7	- 8,4	- 6,2	0,2
darunter:							
Bund	- 9,4	- 13,1	- 15,3	- 15,8	- 12,1	- 10,8	- 5,4
Länder	- 9,6	- 11,4	- 11,7	- 9,1	- 8,7	- 3,9	1,3
Gemeinden	- 2,8	- 2,4	- 5,6	- 2,6	- 1,5	1,9	5,4
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	28,6	28,5	28,6	27,8	28,0	27,4	26,7
darunter:							
Bund	11,5	11,6	11,9	11,4	11,6	11,2	11,2
Länder	12,1	12,0	12,0	11,6	11,6	11,1	10,9
Gemeinden	7,0	7,0	6,9	6,8	6,8	6,7	6,6
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	21,1	20,6	20,4	20,0	20,1	21,0	22,2

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastenteilungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Fonds Aufbauhilfe, BPS-PT Versorgungskasse.

² Bund und seine Sonderrechnungen sind Rechnungsergebnisse, Länder und Gemeinden sind Kassenergebnisse.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Juli 2008.

8 Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	Steueraufkommen				
	insgesamt	davon			
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern	Direkte Steuern	Indirekte Steuern
	Mrd. €			%	
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005	452,1	218,8	233,2	48,4	51,6
2006	488,4	246,4	242,0	50,5	49,5
2007	538,2	272,1	266,2	50,6	49,4
2008 ²	554,4	281,9	272,5	50,8	49,2
2009 ²	571,1	293,4	277,6	51,4	48,6
2010 ²	595,2	312,0	283,2	52,4	47,6
2011 ²	620,0	331,7	288,3	53,5	46,5
2012 ²	645,3	351,4	293,8	54,5	45,5

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind:

Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.9.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.3.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.1.1983); Kuponsteuer (31.7.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.6.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 6. bis 8. Mai 2008.
Stand: Mai 2008.

9 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitrageinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,0	34,8	22,4	33,5
1971	23,3	35,6	22,6	34,2
1972	23,1	36,1	23,6	35,7
1973	24,2	38,0	24,1	37,0
1974	24,0	38,2	23,9	37,4
1975	22,8	38,1	23,1	37,9
1980	23,8	39,6	24,3	39,7
1981	22,8	39,1	23,7	39,5
1982	22,5	39,1	23,3	39,4
1983	22,5	38,7	23,2	39,0
1984	22,6	38,9	23,2	38,9
1985	22,8	39,1	23,4	39,2
1986	22,3	38,6	22,9	38,7
1987	22,5	39,0	22,9	38,8
1988	22,2	38,6	22,7	38,5
1989	22,7	38,8	23,4	39,0
1990	21,6	37,3	22,7	38,0
1991	22,0	38,9	22,0	38,0
1992	22,4	39,6	22,7	39,2
1993	22,4	40,2	22,6	39,6
1994	22,3	40,5	22,5	39,8
1995	21,9	40,3	22,5	40,2
1996	22,4	41,4	21,8	39,9
1997	22,2	41,4	21,3	39,5
1998	22,7	41,7	21,7	39,5
1999	23,8	42,5	22,5	40,2
2000	24,2	42,5	22,7	40,0
2001	22,6	40,8	21,1	38,3
2002	22,3	40,5	20,6	37,7
2003	22,3	40,6	20,4	37,7
2004 ³	21,8	39,7	20,0	36,9
2005 ³	22,0	39,6	20,1	36,7
2006 ³	22,8	40,1	21,0	37,3
2007 ³	23,8	40,3	22,2	37,7

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESG 1995.

³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: Mai 2008.

10 Entwicklung der Staatsquote^{1,2}

Jahr	insgesamt	Ausgaben des Staates	
		darunter	
		Gebietskörperschaften ³	Sozialversicherungen ³
		Anteile am BIP in %	
1960	32,9	21,7	11,2
1965	37,1	25,4	11,6
1970	38,5	26,1	12,4
1975	48,8	31,2	17,7
1980	46,9	29,6	17,3
1981	47,5	29,7	17,9
1982	47,5	29,4	18,1
1983	46,5	28,8	17,7
1984	45,8	28,2	17,6
1985	45,2	27,8	17,4
1986	44,5	27,4	17,1
1987	45,0	27,6	17,4
1988	44,6	27,0	17,6
1989	43,1	26,4	16,7
1990	43,6	27,3	16,4
1991	46,3	28,2	18,0
1992	47,2	28,0	19,2
1993	48,2	28,3	19,9
1994	47,9	27,8	20,0
1995	48,1	27,6	20,6
1996	49,3	27,9	21,4
1997	48,4	27,1	21,2
1998	48,0	27,0	21,1
1999	48,1	26,9	21,1
2000	47,6	26,5	21,1
2000 ⁴	45,1	24,0	21,1
2001	47,6	26,3	21,3
2002	48,1	26,4	21,7
2003	48,5	26,5	22,0
2004 ⁵	47,1	25,9	21,2
2005 ⁵	46,9	26,1	20,8
2006 ⁵	45,4	25,3	20,1
2007 ⁵	43,8	24,6	19,2

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ausgaben des Staates in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Unmittelbare Ausgaben (ohne Ausgaben an andere staatliche Ebenen).

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Mai 2008.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

11 Schulden der öffentlichen Haushalte ohne Kassenverstärkungskredite

	2002	2003	2004	2005	2006	2007
	Schulden in Mio. € ¹					
Öffentlicher Gesamthaushalt	1 253 194	1 325 731	1 395 004	1 447 505	1 497 122	1 502 196
Bund ²	719 397	760 453	802 994	872 653	917 554	937 545
Sonderrechnungen Bund (SR)	59 210	58 830	57 250	15 367	14 556	100
Länder	384 773	414 950	442 972	468 214	480 486	482 752
Gemeinden	82 661	84 069	84 257	83 804	81 877	79 239
Zweckverbände	7 153	7 429	7 531	7 467	2 649	2 560
nachrichtlich:						
Bund + SR	778 607	819 283	860 244	888 020	932 110	937 645
Länder + Gemeinden	467 434	499 019	527 229	552 018	562 362	561 991
nachrichtlich:						
Länder (West) ³	322 900	348 111	372 352	394 148	405 914	408 548
Länder (Ost)	61 873	66 840	70 620	74 066	74 572	74 204
Gemeinden (West)	67 155	68 726	68 981	69 030	68 387	68 488
Gemeinden (Ost)	15 506	15 343	15 276	14 774	13 489	13 310
Länder und Gemeinden (West)	390 055	416 837	441 333	463 178	474 301	477 036
Länder und Gemeinden (Ost)	77 379	82 183	85 896	88 840	88 061	87 514
nachrichtlich:						
Sonderrechnungen Bund	59 210	58 830	57 250	15 367	14 556	100
ERP	19 400	19 261	18 200	15 066	14 357	0
Fonds „Deutsche Einheit“	39 441	39 099	38 650			
Entschädigungsfonds	369	469	400	301	199	100
	Anteil der Schulden am BIP (in %)					
Öffentlicher Gesamthaushalt	58,5	61,3	63,1	64,5	64,5	62,0
Bund ²	33,6	35,1	36,3	38,9	39,5	38,7
Sonderrechnungen Bund	2,8	2,7	2,6	0,7	0,6	0,0
Länder ³	18,0	19,2	20,0	20,9	20,7	19,9
Gemeinden	3,9	3,9	3,8	3,7	3,5	3,3
nachrichtlich:						
Bund + SR	36,3	37,9	38,9	39,6	40,1	38,7
Länder + Gemeinden	21,8	23,1	23,8	24,6	24,2	23,2
nachrichtlich:						
Länder (West) ⁴	15,1	16,1	16,8	17,6	17,5	16,9
Länder (Ost)	2,9	3,1	3,2	3,3	3,2	3,1
Gemeinden (West)	3,1	3,2	3,1	3,1	2,9	2,8
Gemeinden (Ost)	0,7	0,7	0,7	0,7	0,6	0,5
Länder und Gemeinden (West)	18,2	19,3	20,0	20,6	20,4	19,7
Länder und Gemeinden (Ost)	3,6	3,8	3,9	4,0	3,8	3,6
nachrichtlich:						
Maastricht-Schuldenstand ⁵	60,3	63,8	65,6	67,8	67,6	65,0
	Schulden insgesamt (€)					
je Einwohner	15195	16066	16909	17559	18188	18310
je Erwerbstätigen	32054	34234	35880	37263	38301	37904
nachrichtlich:						
Bruttoinlandsprodukt (in Mrd. €)	2143,2	2163,8	2211,2	2244,6	2322,2	2423,8
Einwohner (in Mio.) (30.6.)	82,475	82,518	82,498	82,438	82,315	82,261
Erwerbstätige (Jahresdurchschnitt, in Mio.)	39,096	38,726	38,880	38,846	39,088	39,737

¹ Kreditmarktschulden im weiteren Sinne.

² Ab 2006 inkl. Extrahaushalt BPS-PT (Bundes-Pensions-Service für Post und Telekommunikation e. V.).

³ Ab 1992 ohne Krankenhäuser mit kaufmännischem Rechnungswesen; ab 1974 ohne Schulden der Eigenbetriebe.

⁴ West- und Ost-Berlin.

⁵ Schuldenstand in der Abgrenzung des Maastricht-Vertrages.

Quellen: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnungen.

12 Entwicklung der Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte¹

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²						Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Staat	Gebiets- körperschaften	Sozial- versicherungen	Öffentlicher Gesamthaushalt ³	
	Mrd. €			Anteile am BIP in %			Mrd. €	Anteile am BIP in %
1960	4,7	3,4	1,3	3,0	2,2	0,9	.	.
1965	- 1,4	- 3,2	1,8	- 0,6	- 1,4	0,8	- 4,8	- 2,0
1970	1,9	- 1,1	2,9	0,5	- 0,3	0,8	- 4,1	- 1,1
1975	- 30,9	- 28,8	- 2,1	- 5,6	- 5,2	- 0,4	- 32,6	- 5,9
1980	- 23,2	- 24,3	1,1	- 2,9	- 3,1	0,1	- 29,2	- 3,7
1981	- 32,2	- 34,5	2,2	- 3,9	- 4,2	0,3	- 38,7	- 4,7
1982	- 29,6	- 32,4	2,8	- 3,4	- 3,8	0,3	- 35,8	- 4,2
1983	- 25,7	- 25,0	- 0,7	- 2,9	- 2,8	- 0,1	- 28,3	- 3,1
1984	- 18,7	- 17,8	- 0,8	- 2,0	- 1,9	- 0,1	- 23,8	- 2,5
1985	- 11,3	- 13,1	1,8	- 1,1	- 1,3	0,2	- 20,1	- 2,0
1986	- 11,9	- 16,2	4,2	- 1,1	- 1,6	0,4	- 21,6	- 2,1
1987	- 19,3	- 22,0	2,7	- 1,8	- 2,1	0,3	- 26,1	- 2,5
1988	- 22,2	- 22,3	0,1	- 2,0	- 2,0	0,0	- 26,5	- 2,4
1989	1,0	- 7,3	8,2	0,1	- 0,6	0,7	- 13,8	- 1,2
1990	- 24,8	- 34,7	9,9	- 1,9	- 2,7	0,8	- 48,3	- 3,7
1991	- 43,8	- 54,7	10,9	- 2,9	- 3,6	0,7	- 62,8	- 4,1
1992	- 40,7	- 39,1	- 1,6	- 2,5	- 2,4	- 0,1	- 59,2	- 3,6
1993	- 50,9	- 53,9	3,0	- 3,0	- 3,2	0,2	- 70,5	- 4,2
1994	- 40,9	- 42,9	2,0	- 2,3	- 2,4	0,1	- 59,5	- 3,3
1995	- 59,1	- 51,4	- 7,7	- 3,2	- 2,8	- 0,4	- 55,9	- 3,0
1996	- 62,5	- 56,1	- 6,4	- 3,3	- 3,0	- 0,3	- 62,3	- 3,3
1997	- 50,6	- 52,1	1,5	- 2,6	- 2,7	0,1	- 48,1	- 2,5
1998	- 42,7	- 45,7	3,0	- 2,2	- 2,3	0,2	- 28,8	- 1,5
1999	- 29,3	- 34,6	5,3	- 1,5	- 1,7	0,3	- 26,9	- 1,3
2000	- 23,7	- 24,3	0,6	- 1,2	- 1,2	0,0	- 34,0	- 1,6
2000 ⁴	27,1	26,5	0,6	1,3	1,3	0,0	X	X
2001	- 59,6	- 55,8	- 3,8	- 2,8	- 2,6	- 0,2	- 46,6	- 2,2
2002	- 78,3	- 71,5	- 6,8	- 3,7	- 3,3	- 0,3	- 57,1	- 2,7
2003	- 87,3	- 79,5	- 7,7	- 4,0	- 3,7	- 0,4	- 68,0	- 3,1
2004 ⁵	- 83,6	- 82,2	- 1,3	- 3,8	- 3,7	- 0,1	- 65,5	- 3,0
2005 ⁵	- 75,6	- 71,5	- 4,0	- 3,4	- 3,2	- 0,2	- 52,5	- 2,3
2006 ⁵	- 37,3	- 40,8	3,5	- 1,6	- 1,8	0,2	- 39,2	- 1,7
2007 ⁵	3,5	- 5,8	9,3	0,1	- 0,2	0,4	1,5	0,1

¹ Ab 1991 Bundesrepublik insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Ohne Sozialversicherungen, ab 1997 ohne Krankenhäuser.

⁴ Einschließlich der Erlöse aus der UMTS-Versteigerung.

⁵ Vorläufiges Ergebnis der VGR; Stand: Mai 2008.

13 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland	- 2,8	- 1,1	- 1,9	- 3,2	- 1,2	- 4,0	- 3,8	- 3,4	- 1,6	0,0	- 0,5	- 0,2
Belgien	- 9,2	-10,0	- 6,6	- 4,4	0,1	0,0	0,0	- 2,3	0,3	- 0,2	- 0,4	- 0,6
Griechenland	-	-	-14,3	- 9,3	- 3,7	- 5,6	- 7,4	- 5,1	- 2,6	- 2,8	- 2,0	- 2,0
Spanien	-	-	-	- 6,5	- 1,1	- 0,2	- 0,3	1,0	1,8	2,2	0,6	0,0
Frankreich	- 0,1	- 3,0	- 2,4	- 5,5	- 1,5	- 4,1	- 3,6	- 2,9	- 2,4	- 2,7	- 2,9	- 3,0
Irland	-	-10,7	- 2,8	- 2,0	4,7	0,4	1,4	1,6	3,0	0,3	- 1,4	- 1,7
Italien	- 7,0	-12,4	-11,4	- 7,4	- 2,0	- 3,5	- 3,5	- 4,2	- 3,4	- 1,9	- 2,3	- 2,4
Zypern	-	-	-	-	- 2,3	- 6,5	- 4,1	- 2,4	- 1,2	3,3	1,7	1,8
Luxemburg	-	-	4,3	2,4	6,0	0,5	- 1,2	- 0,1	1,3	2,9	2,4	2,3
Malta	-	-	-	- 4,2	- 6,2	- 9,8	- 4,6	- 3,0	- 2,5	- 1,8	- 1,6	- 1,0
Niederlande	- 4,0	- 3,6	- 5,3	- 4,3	1,3	- 3,1	- 1,7	- 0,3	0,5	0,4	1,4	1,8
Österreich	- 1,6	- 2,7	- 2,5	- 5,7	- 2,1	- 1,4	- 3,7	- 1,5	- 1,5	- 0,5	- 0,7	- 0,6
Portugal	- 7,2	- 8,6	- 6,3	- 5,0	- 3,2	- 2,9	- 3,4	- 6,1	- 3,9	- 2,6	- 2,2	- 2,6
Slowenien	-	-	-	- 8,5	- 3,8	- 2,7	- 2,3	- 1,5	- 1,2	- 0,1	- 0,6	- 0,6
Finnland	3,8	3,5	5,4	- 6,2	6,9	2,6	2,4	2,9	4,1	5,3	4,9	4,6
Euroraum	-	-	-	- 5,0	- 1,1	- 3,1	- 2,9	- 2,5	- 1,3	- 0,6	- 1,0	- 1,1
Bulgarien	-	-	-	- 3,4	- 0,5	0,0	1,4	1,8	3,0	3,4	3,2	3,2
Dänemark	- 2,3	- 1,4	- 1,3	- 2,9	2,3	0,0	1,9	5,0	4,8	4,4	3,9	2,9
Estland	-	-	-	1,1	- 0,2	1,8	1,6	1,8	3,4	2,8	0,4	- 0,7
Lettland	-	-	6,8	- 2,0	- 2,8	- 1,6	- 1,0	- 0,4	- 0,2	0,0	- 1,1	- 2,1
Litauen	-	-	-	- 1,6	- 3,2	- 1,3	- 1,5	- 0,5	- 0,5	- 1,2	- 1,7	- 1,5
Polen	-	-	-	- 4,4	- 3,0	- 6,3	- 5,7	- 4,3	- 3,8	- 2,0	- 2,5	- 2,6
Rumänien	-	-	-	-	- 4,6	- 1,5	- 1,2	- 1,2	- 2,2	- 2,5	- 2,9	- 3,7
Schweden	-	-	-	- 7,4	3,7	- 0,9	0,8	2,2	2,3	3,5	2,7	2,3
Slowakei	-	-	-	- 3,4	-12,2	- 2,7	- 2,4	- 2,8	- 3,6	- 2,2	- 2,0	- 2,3
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 6,6	- 3,0	- 3,6	- 2,7	- 1,6	- 1,4	- 1,1
Ungarn	-	-	-	-	- 2,9	- 7,2	- 6,5	- 7,8	- 9,2	- 5,5	- 4,0	- 3,6
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,8	- 1,8	- 5,9	1,2	- 3,3	- 3,4	- 3,4	- 2,6	- 2,9	- 3,3	- 3,3
EU-27	-	-	-	-	0,6	- 3,1	- 2,8	- 2,5	- 1,4	- 0,9	- 1,2	- 1,3
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 4,9	- 4,4	- 3,6	- 2,6	- 3,0	- 5,0	- 5,9
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,6	- 7,9	- 6,2	- 6,7	- 1,4	- 1,6	- 1,9	- 2,7

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, April 2008.

Für die Jahre 2003 bis 2009: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2008.

Alle Angaben ohne einmalige UMTS-Erlöse.

Stand: April 2008.

14 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP											
	1980	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland	30,3	39,5	41,3	55,6	59,7	63,8	65,6	67,8	67,6	65,0	63,1	61,6
Belgien	74,0	115,1	125,6	129,8	107,8	98,6	94,2	92,1	88,2	84,9	81,9	79,9
Griechenland	22,8	49,0	72,6	99,2	101,8	97,9	98,6	98,0	95,3	94,5	92,4	90,2
Spanien	16,4	41,4	42,6	62,7	59,2	48,7	46,2	43,0	39,7	36,2	35,3	35,2
Frankreich	20,7	30,6	35,2	55,1	56,7	62,9	64,9	66,4	63,6	64,2	64,4	65,1
Irland	69,0	100,5	93,1	81,0	37,8	31,1	29,5	27,4	25,1	25,4	26,9	28,8
Italien	56,9	80,5	94,7	121,2	109,1	104,3	103,8	105,8	106,5	104,0	103,2	102,6
Zypern	-	-	-	-	58,8	68,9	70,2	69,1	64,8	59,8	47,3	43,2
Luxemburg	9,9	10,3	4,7	7,4	6,4	6,3	6,3	6,1	6,6	6,8	7,4	7,6
Malta	-	-	-	-	55,9	69,3	72,6	70,4	64,2	62,6	60,6	58,8
Niederlande	45,8	70,1	76,8	76,1	53,8	52,0	52,4	52,3	47,9	45,4	42,4	39,0
Österreich	35,4	48,1	56,1	67,9	65,5	64,6	63,8	63,5	61,8	59,1	57,7	56,8
Portugal	30,6	58,4	55,3	61,0	50,4	56,9	58,3	63,6	64,7	63,6	64,1	64,3
Slowenien	-	-	-	-	27,2	27,9	27,6	27,5	27,2	24,1	23,4	22,5
Finnland	11,3	16,0	14,0	56,7	43,8	44,3	44,1	41,3	39,2	35,4	31,9	29,1
Euroraum	33,5	50,3	56,6	72,3	69,2	69,1	69,6	70,2	68,5	66,4	65,2	64,3
Bulgarien	-	-	-	-	74,3	45,9	37,9	29,2	22,7	18,2	14,1	10,8
Dänemark	39,1	74,7	62,0	72,5	51,7	45,8	43,8	36,4	30,4	26,0	21,7	18,4
Estland	-	-	-	9,0	5,2	5,5	5,1	4,5	4,2	3,4	3,4	3,5
Lettland	-	-	-	-	12,3	14,6	14,9	12,4	10,7	9,7	10,0	11,2
Litauen	-	-	-	11,9	23,7	21,2	19,4	18,6	18,2	17,3	17,0	16,8
Polen	-	-	-	-	36,8	47,1	45,7	47,1	47,6	45,2	44,5	44,1
Rumänien	-	-	-	-	24,7	21,5	18,8	15,8	12,4	13,0	13,6	14,9
Schweden	40,0	61,9	42,0	72,1	53,6	52,3	51,2	50,9	45,9	40,6	35,5	31,9
Slowakei	-	-	-	22,2	50,4	42,4	41,4	34,2	30,4	29,4	29,2	29,7
Tschechien	-	-	-	14,6	18,5	30,1	30,4	29,7	29,4	28,7	28,1	27,2
Ungarn	-	-	-	85,1	54,3	58,0	59,4	61,6	65,6	66,0	66,5	65,7
Vereinigtes Königreich	52,3	51,7	33,3	50,7	41,0	38,7	40,4	42,1	43,1	43,8	45,6	48,2
EU-27	-	-	-	-	61,7	61,7	62,1	62,6	61,3	58,7	58,9	58,4
USA	42,0	55,8	63,6	71,3	55,5	61,3	62,3	62,8	62,3	62,5	65,6	69,8
Japan	55,0	72,2	68,6	87,6	136,7	159,5	167,1	177,3	179,7	180,7	182,8	185,5

Quellen: Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2008.

Für die Jahre 1980 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, April 2008.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, April 2008.

Stand: April 2008.

15 Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2004	2005	2006
Deutschland^{2,3}	22,0	23,9	21,8	22,7	22,7	20,7	20,9	22,0
Belgien	24,1	29,4	28,1	29,2	31,0	30,8	31,5	31,1
Dänemark	37,1	42,5	45,6	47,7	47,6	48,1	49,2	48,0
Finnland	28,7	27,4	32,4	31,6	35,3	31,8	32,0	31,4
Frankreich	21,7	23,0	23,5	24,5	28,4	27,3	27,8	28,1
Griechenland	12,2	12,6	15,9	17,0	20,5	17,4	17,7	17,4
Irland	26,1	26,6	28,2	27,3	27,5	25,8	26,1	27,1
Italien	16,0	18,4	25,4	27,5	30,2	28,6	28,4	29,9
Japan	15,3	18,0	21,4	17,9	17,5	16,4	17,3	18,0
Kanada	27,9	27,7	31,5	30,6	30,8	28,6	28,4	28,5
Luxemburg	16,7	25,4	26,0	27,3	29,1	27,0	27,8	26,2
Niederlande	23,0	26,9	26,9	24,1	24,2	23,6	25,8	25,1
Norwegen	29,0	33,5	30,2	31,3	33,7	33,9	34,8	34,9
Österreich	25,3	26,9	26,6	26,3	28,1	28,3	27,6	27,5
Polen	–	–	–	25,2	22,4	20,0	20,7	.
Portugal	14,0	16,1	20,2	22,1	23,8	22,7	22,7	24,0
Schweden	32,5	33,4	38,4	34,8	38,7	36,2	37,2	37,3
Schweiz	16,6	19,4	19,9	20,3	23,1	22,0	22,6	23,0
Slowakei	–	–	–	–	19,8	18,4	18,8	17,7
Spanien	10,0	11,6	21,0	20,5	22,2	22,6	23,7	24,6
Tschechien	–	–	–	22,0	19,7	22,1	21,6	20,4
Ungarn	–	–	–	26,6	26,9	26,3	25,6	25,4
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,1	28,5	30,9	28,9	29,6	30,6
Vereinigte Staaten	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	19,2	20,6	21,4

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2006, Paris 2007.

Stand: Oktober 2007.

16 Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2004	2005	2006
Deutschland^{2,3}	31,5	36,4	34,8	37,2	37,2	34,8	34,8	35,7
Belgien	33,9	41,3	42,0	43,6	44,9	44,8	45,4	44,8
Dänemark	38,4	43,0	46,5	48,8	49,4	49,3	50,3	49,0
Finnland	31,5	35,7	43,5	45,7	47,2	43,4	44,0	43,5
Frankreich	34,1	40,1	42,0	42,9	44,4	43,5	44,1	44,5
Griechenland	17,4	18,8	22,8	25,2	29,7	27,1	27,3	27,4
Irland	28,4	31,0	33,1	32,0	31,7	30,2	30,6	31,7
Italien	25,7	29,7	37,8	40,1	42,3	41,1	41,0	42,7
Japan	19,6	25,4	29,1	26,8	27,0	26,3	27,4	.
Kanada	30,9	31,0	35,9	35,6	35,6	33,6	33,4	33,4
Luxemburg	23,5	35,7	35,7	37,1	39,1	37,9	38,6	36,3
Niederlande	35,4	43,4	42,9	41,5	39,7	37,4	39,1	39,5
Norwegen	34,5	42,4	41,0	40,9	42,6	43,3	43,7	43,6
Österreich	33,9	39,0	39,6	41,1	42,6	42,8	42,1	41,9
Polen	–	–	–	36,2	31,6	33,4	34,3	.
Portugal	18,4	22,9	27,7	31,7	34,1	33,8	34,8	35,4
Schweden	38,2	46,9	52,7	48,1	52,6	49,9	50,7	50,1
Schweiz	19,8	25,3	26,0	27,8	30,5	29,1	29,7	30,1
Slowakei	–	–	–	–	32,9	31,6	31,6	29,6
Spanien	15,9	22,6	32,5	32,1	34,2	34,7	35,8	36,7
Tschechien	–	–	–	37,5	35,3	38,3	37,8	36,7
Ungarn	–	–	–	41,3	38,0	37,6	37,2	37,1
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,3	34,7	37,3	35,6	36,5	37,4
Vereinigte Staaten	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	26,0	27,3	28,2

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Nicht vergleichbar mit Quoten in der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung oder der deutschen Finanzstatistik.

³ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2006, Paris 2007.

Stand: Oktober 2007.

17 Staatsquoten im internationalen Vergleich

Land	Gesamtausgaben des Staates in % des BIP									
	1980	1985	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland¹	46,6	44,9	43,4	48,3	45,1	46,9	45,4	43,9	43,3	43,0
Belgien	54,7	58,3	52,1	51,9	49,0	51,7	48,4	48,8	49,0	49,3
Finnland	40,1	46,3	47,9	61,6	48,3	50,2	48,8	47,4	47,5	47,4
Frankreich	45,7	51,8	49,5	54,4	51,6	53,3	52,7	52,6	52,5	52,5
Griechenland	–	–	45,8	46,6	46,6	43,0	42,0	43,1	42,4	42,4
Irland	–	53,2	42,8	41,1	31,6	33,8	34,2	36,4	38,1	38,5
Italien	40,8	49,8	52,9	52,5	46,2	48,0	48,8	48,5	48,7	48,7
Luxemburg	–	–	37,7	39,7	37,6	41,8	38,6	37,5	38,8	39,4
Malta	–	–	–	39,7	41,0	45,0	43,9	42,5	42,5	41,8
Niederlande	55,8	57,5	54,9	51,6	44,2	45,2	46,1	45,9	45,9	45,7
Österreich	50,2	53,7	51,5	56,0	51,3	49,6	49,1	48,0	47,7	47,5
Portugal	33,5	38,8	40,0	43,4	43,1	47,7	46,3	45,7	45,7	45,9
Slowenien	–	–	–	53,3	47,5	46,0	45,3	43,3	43,3	42,5
Spanien	–	–	–	44,4	39,1	38,5	38,6	38,8	39,7	40,2
Euroraum	–	–	–	–	37,0	43,6	43,6	43,9	43,9	43,8
Bulgarien	–	–	–	–	46,2	47,4	46,8	46,3	46,2	46,2
Dänemark	–	–	–	–	–	39,2	36,4	37,8	37,7	37,7
Estland	52,7	55,5	55,9	59,3	53,5	52,5	51,1	50,6	51,0	50,8
Lettland	–	–	–	41,4	36,5	33,5	33,0	33,7	36,1	36,5
Litauen	–	–	31,6	38,9	37,3	35,6	37,9	38,0	38,2	38,5
Polen	–	–	–	35,7	39,1	33,6	33,9	35,6	36,4	36,7
Rumänien	–	–	–	47,7	41,1	43,3	43,8	42,4	42,6	42,3
Schweden	–	–	–	–	48,4	33,5	35,3	36,9	38,5	39,9
Slowakei	–	–	–	65,2	55,6	55,0	54,2	52,5	52,8	52,6
Tschechien	–	–	–	48,4	50,7	38,1	37,2	36,9	36,3	36,1
Ungarn	–	–	–	54,5	41,8	44,9	43,6	42,4	42,2	41,8
Vereinigtes Königreich	–	–	–	–	46,5	49,9	51,9	50,1	49,1	48,4
Zypern	47,2	48,7	41,1	43,9	36,8	44,0	43,8	43,6	44,1	44,3
EU-27	–	–	–	–	–	46,8	46,3	45,8	45,8	45,8
USA	33,8	36,1	36,0	35,4	32,5	34,8	34,7	35,6	36,8	37,9
Japan	33,5	33,2	32,3	36,9	40,6	40,4	37,9	38,2	38,7	40,0

¹ 1980–1990: nur alte Bundesländer.

Quelle: EU-Kommission „Statistischer Anhang der Europäischen Wirtschaft“.

Stand: April 2008.

18 Entwicklung der EU-Haushalte 2007 und 2008

1	EU-Haushalt 2007 ¹				EU-Haushalt 2008 ²			
	Verpflichtungen		Zahlungen		Verpflichtungen		Zahlungen	
	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%	Mio. Euro	%
Rubrik	2	3	4	5	6	7	8	9
1. Nachhaltiges Wachstum davon Globalisierungsanpassungsfonds	54 854,3 500,0	43,4	43 590,1	38,3	57 963,9 500,0	44,9 0,4	50 324,2 0,0	41,8 0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	55 850,2	44,2	54 210,4	47,6	55 041,1	42,6	53 177,3	44,2
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	1 443,6	1,1	1 270,1	1,1	1 342,9	1,0	1 241,4	1,0
4. Die EU als globaler Akteur davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	6 812,5 234,5	5,4 0,2	7 352,7	6,5 0,0	7 311,0 239,2	5,7 0,2	8 112,7 0,0	6,7 0,0
5. Verwaltung	6 977,9	5,5	6 977,8	6,1	7 283,9	5,6	7 284,4	6,1
6. Ausgleichszahlungen	444,6	0,4	444,6	0,4	206,6	0,2	206,6	0,2
Gesamtbetrag	126 383,2	100,0	113 845,8	100,0	129 149,7	100,6	120 346,8	100,0

¹ = EU-Haushalt 2007 (einschl. Berichtigungshaushaltspläne 1-7/2007).

² = EU-Haushalt 2008 (endg. Feststellung vom 18.12.2007).

18 Entwicklung der EU-Haushalte 2007 und 2008

Rubrik	Differenz in %		Differenz in Mio. €	
	Sp. 6/2	Sp. 8/4	Sp. 6-2	Sp. 8-4
	10	11	10	11
1. Nachhaltiges Wachstum davon Globalisierungsanpassungsfonds	5,7 0,0	15,4 –	3 109,6 0,0	6 734,1 0,0
2. Bewahrung und Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen	–1,4	–1,9	–809,1	–1 033,1
3. Unionsbürgerschaft, Freiheit, Sicherheit und Recht	–7,0	–2,3	–100,8	–28,7
4. Die EU als globaler Akteur davon Soforthilfereserve (40 - Reserven)	7,3 2,0	10,3 –	498,8 4,7	760,0 0,0
5. Verwaltung	4,4	4,4	306,0	306,7
6. Ausgleichszahlungen	–53,5	–53,5	–238,0	–238,0
Gesamtbetrag	2,2	5,7	2 766,5	6 500,9

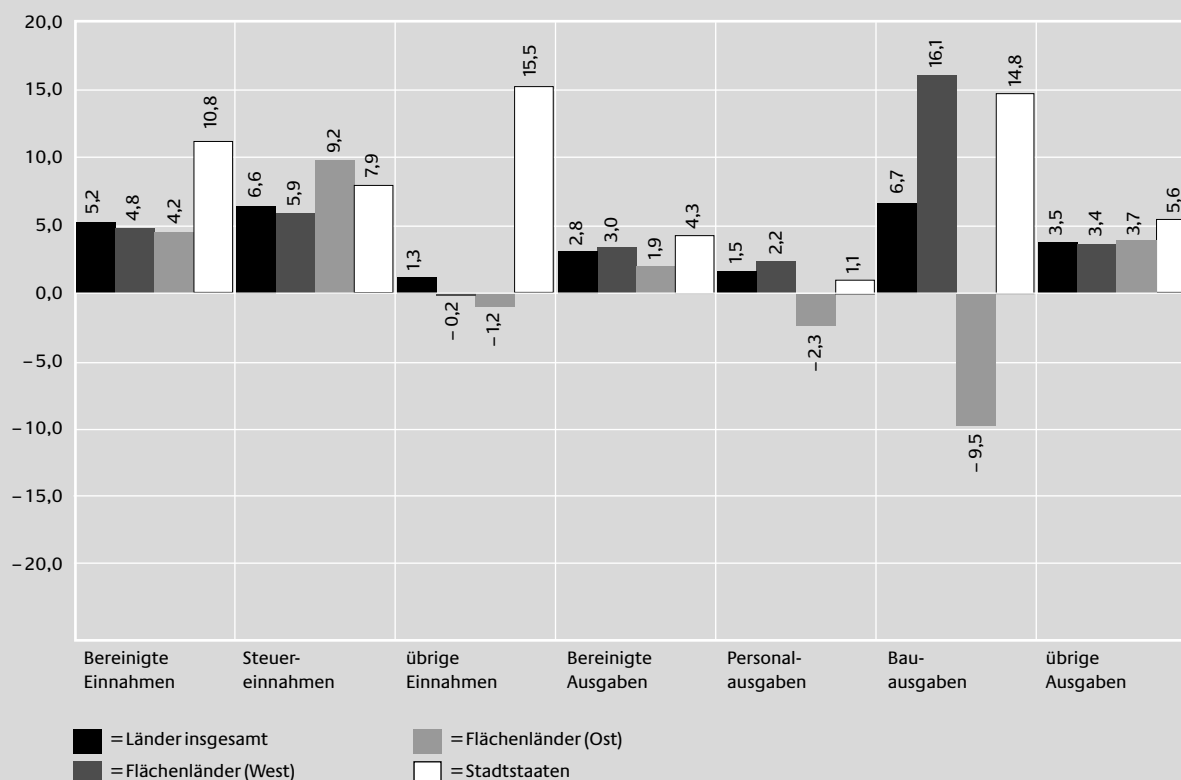
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2008 im Vergleich zum Jahressoll 2008

	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
in Mio. €								
Bereinigte Einnahmen	185 587	110 060	52 358	29 847	33 903	20 236	265 582	156 227
darunter:								
Steuereinnahmen	152 131	89 818	27 422	16 380	20 722	12 040	200 276	118 237
übrige Einnahmen	33 456	20 242	24 936	13 467	13 181	8 196	65 306	37 989
Bereinigte Ausgaben	190 950	110 370	52 373	28 543	34 873	20 765	271 929	155 762
darunter:								
Personalausgaben	73 830	43 842	12 335	6 875	10 911	6 454	97 075	57 171
Bauausgaben	2 586	1 108	1 644	602	716	253	4 945	1 962
übrige Ausgaben	114 534	65 421	38 395	21 066	23 246	14 058	169 909	96 629
Finanzierungssaldo	- 5 360	- 310	- 15	1 304	- 964	- 529	- 6 339	465

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis Juli 2008

Veränderungsraten im Vergleich zum Vorjahr in %



3 Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis Juli 2008

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Juli 2007			Juni 2008			Juli 2008		
		Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt	Bund	Länder	Ins- gesamt
in Mio. €										
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹ für das laufende Haushaltsjahr	142 225	148 436⁵	280 268⁵	126 469	137 255	256 129	148 575	156 227	294 850
111	darunter: Steuereinnahmen	125 221	110 937 ⁵	236 158 ⁵	111 142	103 863	215 005	130 746	118 237	248 983
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	136 681 ³	36 022	172 703	106 491 ³	29 025	135 516	133 887 ³	37 146	171 032
12	Bereinigte Ausgaben¹ für das laufende Haushaltsjahr	168 091	151 525	309 223	139 634	134 017	266 056	176 418	155 762	322 228
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	15 326	56 323	71 649	13 605	49 179	62 784	16 019	57 171	73 189
122	Bauausgaben	2 328	1 839	4 167	1 972	1 508	3 480	2 593	1 962	4 556
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	141	141	–	–65	–65	–	–45	–45
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	125 291	45 068	170 359	112 480	41 372	153 852	143 407	47 974	191 381
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	– 25 866	– 3 090⁵	– 28 955⁵	– 13 165	3 238	– 9 927	– 27 843	465	– 27 378
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschluss- nachweisung der Bundeshauptkasse/ Landeshauptkassen ²	11 615	–9 120	2 495	–4 994	–11 964	–16 958	–8 490	–10 527	–19 017
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	535	535	–	715	715	–	715	715
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	165	165	–	1 903	1 903	–	1 903	1 903
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	5 520	9 253 ⁵	14 773 ⁵	8 112	16 971	25 083	7 377	13 897	21 274
32	Vorschüsse	–	12 879	12 879	–	29 593	29 593	–	30 363	30 363
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	9 781	9 781	–	12 812	12 812	–	13 252	13 252
34	Saldo (31–32+33)	5 520	6 154 ⁵	11 674 ⁵	8 112	190	8 302	7 377	–3 215	4 163
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–8 731	–5 355	–14 086	–10 047	–5 918	–15 964	–28 956	–10 658	–39 614
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	8 731	3 926	12 657	10 047	3 889	13 936	28 956	4 929	33 885
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	195	195	–	325	325	–	346	346
56	Zusammen	8 731	4 121	12 852	10 047	4 214	14 261	28 956	5 275	34 231
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	–1 234	–1 234	0	–1 704	–1 703	0	–5 383	–5 383
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁴	–	1 667	1 667	–	2 109	2 109	–	2 252	2 252
72	Nicht zum Bestand der Bundeshaupt- kasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	3 507	3 507	–	3 567	3 567	–	3 622	3 622

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. ³ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. ⁴ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ⁵ Aufgrund von Länderkorrekturmeldungen veränderte Werte ggü. BMF-Veröffentlichung Juli 2007.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2008

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
in Mio. €										
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	20 350,7	23 823,8	5 554,0	11 677,9	3 907,2	12 437,0	29 004,1	7 057,7	1 565,3
111	darunter: Steuereinnahmen	16 028,2	19 793,6	3 121,0	9 747,7	2 024,2	9 455,4	24 450,4	5 368,9	1 305,3
112	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	301,1	-	294,1	185,8	80,0	161,0	54,4
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	7 826,1	953,1	1 491,3	233,4	290,7	2 690,3	6 793,6	4 244,6	798,4
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	19 776,9	21 584,7	5 610,7	12 219,1	3 814,1	13 464,9	29 342,8	7 537,8	1 975,9
121	darunter: Personalausgaben									
	(inklusive Versorgung)	8 368,3	9 633,6	1 254,4	4 115,0	858,8	5 154,2 ³	10 790,7 ³	3 021,4	792,6
122	Bausgaben	174,7	455,9	15,0	201,4	88,2	129,1	51,8	20,1	24,2
123	Länderfinanzausgleich ¹	1 176,6	1 783,3	-	1 687,5	-	-	-235,6	-	-
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	7 834,4	2 188,5	1 731,5	2 350,4	993,5	4 177,5	9 633,3	4 766,9	681,4
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
	(Finanzierungssaldo)	573,8	2 239,1	- 56,7	- 541,2	93,1	- 1 027,9	- 338,7	- 480,1	- 410,6
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	-	-	-	-
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	-	-	-	-
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	-32,3	-1 031,0	37,8	-2 264,2	-678,4	-1 460,2	-2 885,4	-486,0	115,5
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-)									
21	des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	715,3	-	-	-	-	-	-	-	-
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	356,3	863,3	-	0,1	-	-	-	-	-
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	4 548,4	1 138,9	720,8	782,2	230,6	125,7	925,9	1 806,3	202,1
32	Vorschüsse	6 594,0	8 388,3	1 247,9	243,7	0,6	571,1	154,6	1 352,6	18,0
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	344,6	5 177,9	-	896,8	326,4	1 958,0	544,3	3,2	15,0
34	Saldo (31-32+33)	-1 701,0	-2 071,5	-527,1	1 435,3	556,4	1 512,6	1 315,6	456,9	199,1
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	-87,9	0,0	-546,0	-1 370,0	-28,9	-975,5	-1 908,6	-509,1	-96,0
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	-	169,7	1 120,0	-	78,0	1 642,0	509,9	130,6
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	346,0	-	-	-	-	-
56	Zusammen	-	-	169,7	1 466,0	-	78,0	1 642,0	509,9	130,6
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁴	-87,9	0,0	-376,3	96,0	-28,9	-897,5	-266,6	0,8	34,6
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁵	-	-	-	-	-	1 520,3	-	-	-
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	-	-	-	-	1 958,0	497,7	-	-

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokredittilgung. ³ Ohne August-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: September 2008.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis Juli 2008

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
in Mio. €									
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	9 491,5	5 518,5	4 683,8	5 375,8	12 369,9	1 969,6	5 981,5	156 226,7
111	darunter: Steuereinnahmen	5 297,0	2 975,1	3 668,4	2 962,4	5 900,7	1 243,6	4 895,5	118 237,4
112	Länderfinanzausgleich ¹	644,3	356,4	59,1	370,8	1 749,8	284,8	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	–401,2	4 238,2	1 408,2	626,6	4 871,4	1 384,1	–303,2	37 145,6
12	Bereinigte Ausgaben¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	8 244,5	5 653,9	5 008,2	5 219,6	12 088,5	2 427,8	6 334,0	155 761,8
121	darunter: Personalausgaben								
	(inklusive Versorgung)	2 331,6	1 225,6	1 966,0	1 204,5	3 885,3	754,7	1 813,8	57 170,5
122	Baus Ausgaben	333,6	76,8	50,3	88,0	61,5	39,5	152,2	1 962,3
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	85,3	–44,5
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	1 906,1	2 807,9	1 441,9	1 089,1	5 382,7	988,6	–	47 973,7
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	1 247,0	– 135,4	– 324,4	156,2	281,4	– 458,2	– 352,5	464,9
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	–2 525,2	1 456,7	106,3	–466,2	–509,7	387,8	–292,4	–10 526,9
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–	–	–	–	–	–	715,3
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	683,2	–	–	–	–	–	–	1 902,9
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	477,9	2 605,2	0,0	–49,1	–297,5	45,3	633,8	13 896,5
32	Vorschüsse	2 344,1	4 714,9	0,0	6,9	–	–27,5	4 754,1	30 363,3
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	2 368,5	66,7	0,0	206,5	416,4	196,7	731,3	13 252,3
34	Saldo (31–32+33)	502,3	–2 043,1	0,0 ⁵	150,5	118,9	269,5	–3 389,0	–3 214,6
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–92,7	–721,7	–218,1	–159,5	–109,4	199,1	–4 033,9	–10 658,2
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	–	613,0	–	176,9	119,0	–142,0	512,0	4 929,1
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	346,0
56	Zusammen	–	613,0	–	176,9	119,0	–142,0	512,0	5 275,1
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁴	–92,7	–108,7	–218,1	17,4	9,6	57,1	–3 521,9	–5 383,1
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit ⁶	–	–	–	–	–	–	731,3	2 251,6
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	–	–	–	416,4	18,2	731,3	3 621,6

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. ³ Ohne August-Bezüge. ⁴ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁵ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁶ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt.

Stand: September 2008.

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbs- quote ²	Erwerbs- lose	Erwerbs- losen- quote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitions- quote ⁴
	Mio.	Verän- derung in % p. a.				gesamt	je Erwerbs- tätigen	je Stunde	
						Veränderung in % p. a.			
1991	38,6	.	51,0	2,2	5,3	.	.	.	23,2
1992	38,1	– 1,5	50,4	2,5	6,2	2,2	3,7	2,5	23,6
1993	37,6	– 1,3	50,0	3,1	7,5	– 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	– 0,1	50,1	3,3	8,1	2,7	2,8	2,9	22,6
1995	37,6	0,2	49,9	3,2	7,9	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	– 0,3	50,0	3,5	8,6	1,0	1,3	2,3	21,3
1997	37,5	– 0,1	50,2	3,8	9,2	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,7	3,7	9,0	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,9	3,4	8,2	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,3	3,1	7,4	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,5	3,2	7,5	1,2	0,8	1,8	20,0
2002	39,1	– 0,6	51,5	3,5	8,3	0,0	0,6	1,5	18,3
2003	38,7	– 0,9	51,6	3,9	9,2	– 0,2	0,7	1,2	17,9
2004	38,9	0,4	52,1	4,2	9,7	1,2	0,8	0,6	17,5
2005	38,8	– 0,1	52,5	4,6	10,6	0,8	0,9	1,4	17,4
2006	39,1	0,6	52,5	4,3	9,8	3,0	2,3	2,5	18,2
2007	39,8	1,7	52,6	3,6	8,3	2,5	0,7	0,6	18,7
2002/1997	38,6	0,9	51,0	3,5	8,3	1,7	0,8	1,7	20,5
2007/2002	39,1	0,3	52,1	4,0	9,3	1,4	1,1	1,3	18,0

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESVG 95. ² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose [ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESVG 95.

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESVG 95. ⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2008.

2 Preisentwicklung

Jahr	Bruttoinlandsprodukt (nominal)	Bruttoinlandsprodukt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haushalte (Deflator) ¹	Verbraucherpreisindex (2000=100)	Lohnstückkosten ²
	Veränderung in % p. a.						
1991
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,3
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,8
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,8	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	2,1
1996	1,5	0,5	- 0,7	0,7	1,0	1,5	0,4
1997	2,1	0,3	- 2,2	0,9	1,4	1,9	- 0,9
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	1,0	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,5
2000	2,5	- 0,7	- 4,8	0,9	0,9	1,4	0,7
2001	2,5	1,2	- 0,1	1,3	1,7	1,9	0,6
2002	1,4	1,4	2,1	0,8	1,1	1,5	0,6
2003	1,0	1,2	1,0	1,0	1,5	1,0	0,8
2004	2,2	1,0	- 0,3	1,1	1,4	1,7	- 0,5
2005	1,5	0,7	- 1,4	1,2	1,6	1,5	- 0,8
2006	3,5	0,5	- 1,3	1,0	1,3	1,6	- 1,2
2007	4,4	1,9	0,7	1,7	1,8	2,3	0,4
2002/1997	2,3	0,6	- 0,2	0,7	0,9	1,3	0,5
2007/2002	2,5	1,0	- 0,3	1,2	1,5	1,6	- 0,3

¹ Ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck. ² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigenstunde (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. Stand: August 2008.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €		Anteile am BIP in %			
1991	.	.	– 6,09	– 23,08	25,8	26,2	– 0,4	– 1,5
1992	0,2	0,6	– 7,48	– 18,62	24,1	24,5	– 0,5	– 1,1
1993	– 4,8	– 6,4	– 0,46	– 17,82	22,3	22,3	– 0,0	– 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	– 28,44	23,1	22,9	0,1	– 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	– 23,96	24,0	23,5	0,5	– 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	– 12,26	24,9	24,0	0,9	– 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	– 8,61	27,5	26,2	1,2	– 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	– 13,43	28,7	27,3	1,4	– 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	– 23,96	29,4	28,5	0,9	– 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	– 26,70	33,4	33,0	0,4	– 1,3
2001	6,9	1,8	42,51	– 0,90	34,8	32,8	2,0	0,0
2002	4,1	– 3,6	97,72	45,89	35,7	31,2	4,6	2,1
2003	0,7	2,6	85,93	44,76	35,6	31,7	4,0	2,1
2004	10,2	7,5	112,93	106,49	38,4	33,3	5,1	4,8
2005	8,4	8,8	119,55	119,13	41,1	35,7	5,3	5,3
2006	14,3	14,9	131,52	145,58	45,3	39,7	5,7	6,3
2007	8,0	4,9	170,97	184,52	46,9	39,9	7,1	7,6
2002/1997	7,8	5,9	35,9	– 4,6	31,6	29,8	1,7	– 0,3
2007/2002	8,2	7,7	119,8	107,7	40,5	35,2	5,3	4,7

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen. Stand: August 2008.

4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks-einkommen	Unternehmens- und Vermögens-einkommen	Arbeitnehmer-entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeitnehmer)	Reallöhne (je Arbeitnehmer) ³
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt ¹	bereinigt ²	Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	– 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,1
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	– 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	– 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	– 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,1	– 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	– 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	– 0,8	3,8	72,2	72,9	1,5	1,2
2001	2,4	3,7	1,9	71,8	72,6	1,8	1,5
2002	1,0	1,7	0,7	71,6	72,5	1,4	– 0,1
2003	1,5	4,4	0,3	70,8	71,9	1,2	– 0,7
2004	4,5	14,5	0,4	68,0	69,4	0,7	1,0
2005	1,5	5,9	– 0,6	66,6	68,2	0,3	– 1,2
2006	4,1	8,7	1,7	65,1	66,7	0,9	– 1,5
2007	3,5	4,5	3,0	64,8	66,3	1,6	– 0,6
2002/1997	1,8	0,9	2,2	71,2	72,1	1,4	0,9
2007/2002	3,0	7,5	1,0	67,8	69,2	0,9	– 0,6

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens. ² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991). ³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte (ohne private Organisationen ohne Erwerbszweck).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

Stand: August 2008.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %										
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland	2,3	5,3	1,9	3,2	- 0,2	1,1	0,8	2,9	2,5	1,8	1,5
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,7	1,0	3,0	1,7	2,8	2,7	1,7	1,5
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	5,0	4,6	3,8	4,2	4,0	3,4	3,3
Spanien	2,3	3,8	2,8	5,0	3,1	3,3	3,6	3,9	3,8	2,2	1,8
Frankreich	1,7	2,6	2,1	3,9	1,1	2,5	1,7	2,0	1,9	1,6	1,4
Irland	3,1	7,6	9,8	9,4	4,5	4,4	6,0	5,7	5,3	2,3	3,2
Italien	2,8	2,1	2,8	3,6	0,0	1,5	0,6	1,8	1,5	0,5	0,8
Zypern	-	-	9,9	5,0	1,9	4,2	3,9	4,0	4,4	3,7	3,7
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	8,4	2,1	4,9	5,0	6,1	5,1	3,6	3,5
Malta	-	-	6,2	6,4	- 0,3	0,2	3,4	3,4	3,8	2,6	2,5
Niederlande	2,7	4,2	3,1	3,9	0,3	2,2	1,5	3,0	3,5	2,6	1,8
Österreich	2,6	4,6	1,9	3,4	1,2	2,3	2,0	3,3	3,4	2,2	1,8
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,9	- 0,8	1,5	0,9	1,3	1,9	1,7	1,6
Slowenien	-	-	4,1	4,1	2,8	4,4	4,1	5,7	6,1	4,2	3,8
Finnland	3,3	0,1	3,9	5,0	1,8	3,7	2,8	4,9	4,4	2,8	2,6
Euroraum	2,3	3,5	2,4	3,8	0,8	2,1	1,6	2,8	2,6	1,7	1,5
Bulgarien	-	-	2,9	5,4	5,0	6,6	6,2	6,3	6,2	5,8	5,6
Dänemark	4,0	1,5	3,1	3,5	0,4	2,3	2,5	3,9	1,8	1,3	1,1
Estland	-	-	4,5	9,6	7,2	8,3	10,2	11,2	7,1	2,7	4,3
Lettland	-	-	- 0,9	6,9	7,2	8,7	10,6	12,2	10,3	3,8	2,5
Litauen	-	-	3,3	4,1	10,3	7,3	7,9	7,7	8,8	6,1	3,7
Polen	-	-	7,0	4,3	3,9	5,3	3,6	6,2	6,5	5,3	5,0
Rumänien	-	-	7,1	2,1	5,2	8,5	4,2	7,9	6,0	6,2	5,1
Schweden	2,2	1,0	4,0	4,4	1,9	4,1	3,3	4,1	2,6	2,2	1,8
Slowakei	-	-	5,8	1,4	4,8	5,2	6,6	8,5	10,4	7,0	6,2
Tschechien	-	-	5,9	3,6	3,6	4,5	6,4	6,4	6,5	4,7	5,0
Ungarn	-	-	1,5	5,2	4,2	4,8	4,1	3,9	1,3	1,9	3,2
Vereinigtes Königreich	3,5	0,8	2,9	3,8	2,8	3,3	1,8	2,9	3,0	1,7	1,6
EU-27	-	-	2,6	3,9	1,3	2,5	1,9	3,1	2,8	2,0	1,8
Japan	5,1	5,2	2,0	2,9	1,4	2,7	1,9	2,4	2,0	1,2	1,1
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	2,5	3,6	3,1	2,9	2,2	0,9	0,7

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, April 2008.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2008.

Stand: April 2008.

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland	1,0	1,8	1,9	1,8	2,3	2,9	1,8
Belgien	1,5	1,9	2,5	2,3	1,8	3,6	2,3
Griechenland	3,4	3,0	3,5	3,3	3,0	3,7	3,6
Spanien	3,1	3,1	3,4	3,6	2,8	3,8	2,6
Frankreich	2,2	2,3	1,9	1,9	1,6	3,0	2,0
Irland	4,0	2,3	2,2	2,7	2,9	3,3	2,4
Italien	2,8	2,3	2,2	2,2	2,0	3,0	2,2
Zypern	4,0	1,9	2,0	2,2	2,2	3,8	2,5
Luxemburg	2,5	3,2	3,8	3,0	2,7	4,2	2,5
Malta	1,9	2,7	2,5	2,6	0,7	3,4	2,2
Niederlande	2,2	1,4	1,5	1,7	1,6	2,7	2,9
Österreich	1,3	2,0	2,1	1,7	2,2	3,0	1,9
Portugal	3,3	2,5	2,1	3,0	2,4	2,8	2,3
Slowenien	5,7	3,7	2,5	2,5	3,8	5,4	3,3
Finnland	1,3	0,1	0,8	1,3	1,6	3,4	2,3
Euroraum	1,9	2,1	2,2	2,2	2,1	3,2	2,2
Bulgarien	2,3	6,1	6,0	7,4	7,6	9,9	5,9
Dänemark	2,0	0,9	1,7	1,9	1,7	3,3	2,3
Estland	1,4	3,0	4,1	4,4	6,7	9,5	5,1
Lettland	2,9	6,2	6,9	6,6	10,1	15,8	8,5
Litauen	– 1,1	1,2	2,7	3,8	5,8	10,1	7,2
Polen	0,7	3,6	2,2	1,3	2,6	4,3	3,4
Schweden	2,3	1,0	0,8	1,5	1,7	2,4	1,9
Slowakei	8,4	7,5	2,8	4,3	1,9	3,8	3,2
Tschechien	– 0,1	2,6	1,6	2,1	3,0	6,2	2,7
Ungarn	4,7	6,8	3,5	4,0	7,9	6,3	3,7
Vereinigtes Königreich	1,4	1,3	2,1	2,3	2,3	2,8	2,2
EU-27	2,1	2,3	2,3	2,3	2,4	3,6	2,4
Japan	– 0,3	0,0	– 0,3	0,3	0,1	0,7	0,6
USA	2,3	2,7	3,4	3,2	2,8	3,6	1,6

Quellen: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2008.
Stand: April 2008.

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung										
	1985	1990	1995	2000	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,5	9,3	9,7	10,7	9,8	8,4	7,3	7,1
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	8,2	8,4	8,4	8,2	7,5	7,3	7,5
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,2	9,7	10,5	9,8	8,9	8,3	8,3	8,0
Spanien	17,8	13,0	18,4	11,1	11,1	10,6	9,2	8,5	8,3	9,3	10,6
Frankreich	9,6	8,4	11,0	9,0	9,0	9,3	9,2	9,2	8,3	8,0	8,1
Irland	16,8	13,4	12,3	4,2	4,7	4,5	4,3	4,4	4,5	5,6	5,8
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	8,4	8,0	7,7	6,8	6,1	6,0	5,9
Zypern	–	–	2,6	4,9	4,1	4,6	5,2	4,6	3,9	3,7	3,5
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	3,7	5,1	4,5	4,7	4,7	4,5	4,4
Malta	–	4,8	4,9	6,7	7,6	7,4	7,3	7,3	6,4	6,3	6,2
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,8	3,7	4,6	4,7	3,9	3,2	2,9	2,8
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,6	4,3	4,8	5,2	4,7	4,4	4,2	4,3
Portugal	9,1	4,8	7,1	3,9	6,3	6,7	7,6	7,7	8,0	7,9	7,9
Slowenien	–	–	6,9	6,7	6,7	6,3	6,5	6,0	4,8	4,7	4,7
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,0	8,8	8,4	7,7	6,9	6,3	6,1
Euroraum	9,3	7,5	10,4	8,3	8,6	8,8	8,8	8,2	7,4	7,2	7,3
Bulgarien	–	–	12,7	16,4	13,7	12,0	10,1	9,0	6,9	6,0	5,4
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,3	5,4	5,5	4,8	3,9	3,7	3,1	3,2
Estland	–	–	9,7	12,8	10,0	9,7	7,9	5,9	4,7	6,0	6,0
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	10,5	10,4	8,9	6,8	6,0	6,4	6,9
Litauen	–	0,0	6,9	16,4	12,4	11,4	8,3	5,6	4,3	4,5	4,8
Polen	–	–	13,2	16,1	19,6	19,0	17,7	13,8	9,6	7,1	6,1
Rumänien	–	–	6,1	7,2	7,0	8,1	7,2	7,3	6,4	6,1	5,9
Schweden	–	–	13,2	18,8	17,6	18,2	16,3	13,4	11,1	9,8	9,3
Slowakei	2,9	1,7	8,8	5,6	5,6	6,3	7,4	7,0	6,1	6,2	6,5
Tschechien	–	–	5,8	8,7	7,8	8,3	7,9	7,1	5,3	4,5	4,4
Ungarn	–	–	10,0	6,4	5,9	6,1	7,2	7,5	7,4	8,3	7,8
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,5	4,9	4,7	4,8	5,3	5,2	5,4	5,7
EU-27	–	–	–	8,7	8,9	9,0	8,9	8,1	7,1	6,8	6,8
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,3	4,7	4,4	4,1	3,9	4,0	4,2
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	6,0	5,5	5,1	4,6	4,6	5,4	6,2

Quellen: Für die Jahre 1985 bis 2000: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, April 2008.

Für die Jahre ab 2003: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2008.

Stand: April 2008.

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanzsaldo in ausgewählten Schwellenländern

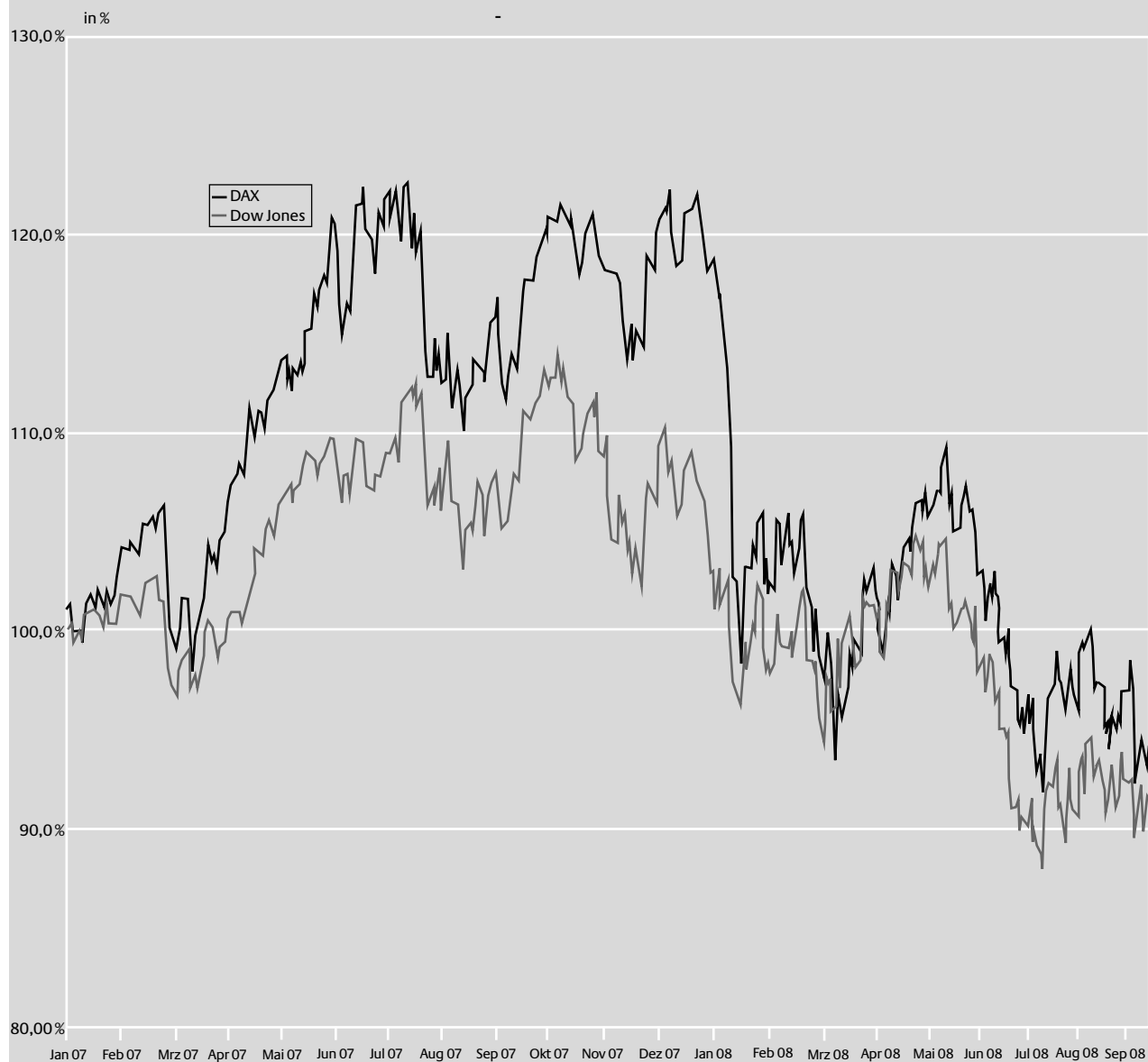
	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanzsaldo in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2006	2007	2008 ¹	2009 ¹	2006	2007	2008 ¹	2009 ¹	2006	2007	2008 ¹	2009 ¹
Gemeinschaft unabhängiger Staaten	8,2	8,5	7,0 ↓	6,5 ↓	9,5	9,7 ↓	13,1↑	9,5↑	7,5	4,5 ↓	4,8↑	2,4↑
darunter												
Russische Föderation	7,4	8,1	6,8 ↓	6,3 ↓	9,7	9,0	11,4↑	8,4	9,5	5,9	5,8↑	2,9↑
Ukraine	7,1	7,3	5,6	4,2 ↓	9,0	12,8	21,9↑	15,7↑	-1,5	-4,2 ↓	-7,6 ↓	-9,7 ↓
Asien	8,9	9,1↑	7,5 ↓	7,8↓	3,7	4,8	5,5↑	3,9 ↓	5,7	6,5 ↓	5,3 ↓	5,2↓
darunter												
China	11,1	11,4	9,3 ↓	9,5↓	1,5	4,8	5,9↑	3,6 ↓	9,4	11,1	9,8↓	10,0↓
Indien	9,7 ↓	9,2 ↑	7,9↓	8,0↓	6,2	6,4	5,2↑	4,0 ↑	-1,1↑	-1,8 ↓	-3,1↓	-3,4↓
Indonesien	5,5	6,3	6,1	6,3 ↓	13,1	6,4	7,1↑	5,9	3,0↑	2,5 ↑	1,8↑	1,2↑
Korea	5,1 ↑	5,0 ↑	4,2 ↓	4,4↓	2,2	2,5	3,4↑	2,9↑	0,6	0,6	-1,0↓	-0,9↓
Thailand	5,1	4,8 ↑	5,3↑	5,6↑	4,6	2,2	3,5	2,5	1,1↓	6,1↑	3,4↑	1,3↓
Lateinamerika	5,5	5,6	4,4↑	3,6↓	5,3	5,4	6,6↑	6,1↑	1,5	0,5↑	-0,3↑	-0,9
darunter												
Argentinien	8,5	8,7	7,0↑	4,5	10,9	8,8	9,2	9,1	2,5	1,1↑	0,4↑	-0,5↑
Brasilien	3,8	5,4 ↑	4,8↑	3,7 ↓	4,2	3,6	4,8	4,3	1,3	0,3	-0,7 ↓	-0,9 ↓
Chile	4,0	5,0	4,5 ↓	4,5↓	3,4	4,4	6,6↑	3,6↑	3,6	3,7↓	-0,5 ↓	-1,3 ↓
Mexiko	4,8	3,3	2,0↓	2,3 ↓	3,6	4,0	3,8 ↓	3,2↓	-0,3	-0,8	-1,0↑	-1,6↑
Venezuela	10,3	8,4	5,8	3,5	13,7	18,7	25,7↑	31,0↑	14,7	9,8↑	7,2↑	5,0↑
Sonstige												
Türkei	6,9 ↑	5,0 ↑	4,0 ↓	4,3 ↓	9,6	8,8	7,5↑	4,5 ↓	-6,1↑	-5,7↑	-6,7↑	-6,3↑
Südafrika	5,4	5,1 ↑	3,8 ↓	3,9 ↓	4,7	7,1	8,7↑	5,9	-6,5	-7,3↑	-7,7↓	-7,9↓

¹ Prognosen des IWF [↑/↓= aktuelle Prognose ggü. der vorigen (Oktober 2007) angehoben/gesenkt].
Quelle: IWF World Economic Outlook, April 2008.

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2./3. Januar 2007 = 100 %

(2. Januar 2007 bis 12. September 2008)



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes

	Aktuell 11.9.2008	Ende 2007	Änderung in % zu Ende 2007	Tief 2008	Hoch 2008
Dow Jones	11 434	13 265	– 13,80	10 963	13 058
Eurostoxx 50	2 808	3 684	– 23,79	2 711	3 635
Dax	6 179	8 067	– 23,41	6 082	7 949
CAC 40	4 249	5 614	– 24,31	4 061	5 550
Nikkei	12 103	15 308	– 20,94	11 788	14 691

Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 11.9.2008	Ende 2007	Spread zu US-Bond	Tief 2008	Hoch 2008
			in %		
USA	3,65	4,03	–	3,31	4,26
Bund	4,08	4,36	0,43	3,69	4,67
Japan	1,50	1,50	– 2,14	1,25	1,88
Brasilien	13,98	13,23	10,34	12,37	15,16

Währungen

	Aktuell 11.9.2008	Ende 2007	Änderung in % zu Ende 2007	Tief 2008	Hoch 2008
Dollar/Euro	1,40	1,46	– 3,87	1,39	1,60
Yen/Dollar	107,30	111,38	– 3,66	97,44	111,62
Yen/Euro	150,47	162,49	– 7,40	153,22	169,56
Pfund/Euro	0,80	0,74	8,49	0,73	0,81



HERAUSGEBER:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
REFERAT ÖFFENTLICHKEITSARBEIT
WILHELMSTRASSE 97
10117 BERLIN
[HTTP://WWW.BUNDESFINANZMINISTERIUM.DE](http://www.bundesfinanzministerium.de)
ODER
[HTTP://WWW.BMF.BUND.DE](http://www.bmf.bund.de)

REDAKTION:

BUNDESMINISTERIUM DER FINANZEN
ARBEITSGRUPPE MONATSBERICHT
REDAKTION.MONATSBERICHT@BMF.BUND.DE
BERLIN, SEPTEMBER 2008

SATZ UND GESTALTUNG:

HEIMBÜCHEL PR,
KOMMUNIKATION UND PUBLIZISTIK GMBH,
BERLIN/KÖLN

DRUCK:

KÖLLEN DRUCK + VERLAG GMBH, BERLIN/BONN

BEZUGSSERVICE FÜR PUBLIKATIONEN DES

BUNDESMINISTERIUMS DER FINANZEN:

TELEFONISCH 0 18 05 / 77 80 90¹

PER TELEFAX 0 18 05 / 77 80 94¹

¹ JEWEILS 0,12 €/MIN. AUS DEM FESTNETZ DER T-COM, ABWEICHENDE
PREISE AUS ANDEREN NETZEN MÖGLICH.

ISSN 1618-291X



Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.